KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 157 September/Oktober 2011 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 157 September/Oktober 2011 berichten wir über:



Protest gegen die zunehmenden Militäroperationen. Die Bevölkerung von Bajirge, einer Kleinstadt im Kreis Gewer, blockiert die Grenzstation zu Südkurdistan.



Die Bombardierungen der Meder-Verteidigungsgebierte in Südkurdistan haben vor allem das Ziel, die Bevölkerung zu treffen, damit sie ihre Ortschaften verlassen.



Die Bevölkerung von Amed demonstriert gegen die Bombardierungen der türkischen Luftwaffe auf das Kandil-Gebiet zum Militärflughafen Alle Fotos: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wieder steht der Weltfriedens-/Antikriegstag am 1. September an. Um die aktuelle kurdisch-türkische politische Landschaft zu beschreiben, könnte man geneigt sein, große Teile unseres vor einem Jahr verfassten Editorials zu zitieren:

Wieder gibt es nach ca. 13 Monaten einseitig erklärter Waffenpause der kurdischen Freiheitsbewegung keine positiven Nachrichten zu vermelden. Es gibt in der kurdischen Frage „keine Anzeichen für eine Annäherung“. „Im Gegenteil, der Krieg wurde von türkischer Seite auf allen Ebenen ausgeweitet.“ Das „Schlagwort vom politischen Genozid“ wird leider laufend praktisch mit repressivem Inhalt gefüllt, denn die „Kriminalisierung und vieltausendfache Inhaftierung der zivilgesellschaftlichen politischen Ebene wurde und wird fortgesetzt“. Es wird weiter „Pogromstimmung gegen Kurdinnen und Kurden geschürt“. „Immer wieder wurde ein falsches Spiel mit den Kurdinnen und Kurden getrieben oder es wurde ein guter Wille sabotiert“, indem sie mit politischer Hinhaltetaktik auf Trab gehalten wurden. Dagegen praktiziert man „die ‚Demokratische Autonomie’ als neue Strategie, um den Begriff von der Lösung der kurdischen Frage autonom und selbstorganisiert mit Leben füllen zu können“.

Und wie in dieser Ausgabe ausführlich dargestellt, erscheint die Lage noch dramatischer als vor einem Jahr:

Weil die parlamentarische Krise die Arbeit der Fraktion des linken, kurdischen „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ blockiert.

Weil die türkische Öffentlichkeit medial auf eine „tamilische Lösung“ der kurdischen Frage – sprich: gewalttätige Vernichtung jedweder kurdischen Opposition wie gegen die LTTE im Frühjahr 2009 – konditioniert wird.

Weil Abdullah Öcalan sich von seiner Vermittlerrolle verabschieden musste.

Weil die Kriegsführung gegen die kurdische Guerilla inzwischen an der iranischen und der türkischen Front von der „low intensity“ in Richtung heiße Phase eskaliert.

Weil, weil, weil …

Feststellen mussten wir vor einem Jahr auch die „offensichtliche Tatsache, dass niemand mit militärischen Mitteln eine befriedigende Lösung herbeiführen kann. Es müssen auf jeden Fall alternative Möglichkeiten gesucht und entwickelt werden.“ Daran hat sich nichts geändert. Bereitschaft und praktische Vorbereitungen auf kurdischer Seite werden in der aktuellen Ausgabe dokumentiert.

Den Gegenpol in diesem Konflikt, die absolute Verweigerungshaltung gegenüber einer politischen Lösung, nimmt die türkische Betonfraktion ein. Es wäre naiv, dort Unwissenheit über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Einigung anzunehmen. Wir müssen von einer bewussten Entscheidung ausgehen: Eine solche Lösung ist nicht gewollt; eine selbstbewusste, selbstbestimmte Organisierung des Volkes, hier des kurdischen, wird nicht akzeptiert. Und diese Position wird von der ganzen unheiligen Allianz Türkei/Iran/Syrien/USA/EU geteilt.

Wie aber kann der „kurdische Knoten“ durchschlagen werden, ohne militärische Gewalt, mit unkonventionellen Methoden? „Realistische, begehbare Wege gestaltet die kurdische Seite“, sagten wir vor einem Jahr, und es bleibt dabei. Nur ihr kann immer noch eine Perspektive zugetraut werden, und es ist schon gelungen, manche Realisten in der türkischen Gesellschaft davon zu überzeugen. Abwarten ist aber nicht, denn ein Krieg auf breiter Ebene beginnt, und die Opfer werden auf jeden Fall zu groß sein.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Wie mit Böswilligkeit ein Problem gelöst werden soll

Songül Karabulut

Entgegen jeder Erwartung, nach den Parlamentswahlen würde die aufgeheizte Stimmung zur Normalität zurückkehren und konkrete Schritte zu einer Lösung der kurdischen Frage wie z. B. die Umsetzung der Öcalan-Protokolle sowie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung würden die Tagesordnung bestimmen, ist die Türkei auf einen neuen Vernichtungskrieg ausgerichtet.

Nachdem die AKP bei den Wahlen am 12. Juni 2011 trotz mehr Wählerstimmen nicht die notwendige Anzahl Sitze für einen Alleingang in Sachen neuer Verfassung hatte erringen können, scheinen ihre Wut und ihr Ärger gestiegen zu sein. Sie scheint entschlossen, die Kurden bei der Gestaltung der neuen Verfassung herauszuhalten. Sie will Lausanne nach fast 100 Jahren wiederholen.

Nach den Wahlen wurde das Abgeordnetenmandat Hatip Dicles durch die Hohe Wahlkommission aberkannt und die weiteren fünf inhaftierten kurdischen Abgeordneten sitzen noch immer im Gefängnis.

Das führte dazu, dass die BDP und Mitglieder des Wahlblocks sich weigerten, ihren parlamentarischen Eid abzulegen, solange die Situation ihrer KollegInnen nicht geklärt ist. Seitdem tagt die Parlamentsfraktion des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ wöchentlich in Amed (Diyarbakır) statt in Ankara. Die CHP, die wegen ihrer zwei inhaftierten Abgeordneten ebenfalls ihren parlamentarischen Eid vorerst verweigert hatte, kehrte ins Parlament zurück, nachdem sie sich mit der AKP-Regierung verständigt hatte. Der Druck der AKP auf die BDP nahm anschließend massiv zu, um nach der CHP auch der BDP den Willen zu brechen. Diese Krise hält nun seit zwei Monaten ohne Aussicht auf Lösung an.

Obwohl der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan vor den Wahlen der Öffentlichkeit mitgeteilt hatte, dass im Dialog mit der staatlichen Delegation drei Protokolle ausgearbeitet worden seien und diese nun durch die AKP beantwortet werden müssten, gibt es darauf keinerlei Reaktion der Regierung. Weder dementierte sie noch gesteht sie die Existenz dieser drei Protokolle ein. Daraufhin erklärte Öcalan, seine Rolle auf diese Weise nicht mehr wahrnehmen zu können. Während der letzten Konsultationen mit seinen Anwälten am 27. Juli (nach diesem Datum haben keine weiteren Anwaltsbesuche bei ihm stattgefunden) forderte er, falls seine Mitwirkung weiterhin gewollt sei, müssten seine Gesundheit, Sicherheit und freie Bewegungsmöglichkeit gewährleistet werden. In vorhergehenden Gesprächen mit seinen Anwälten hatte Öcalan erklärt: „Die türkische Öffentlichkeit sollte wissen: Ich hatte dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, dass ich die Guerillaeinheiten an einen Ort zurückziehen und das Problem innerhalb einer Woche lösen kann. Aber er reagiert nicht. Er will keine Lösung; obwohl wir jegliche Erleichterung bieten, nähert er sich der Lösung nicht an. Die praktischen Mittel müssen mir zugestanden werden, damit ich meine Rolle wahrnehmen kann. Ich verlange diese Instrumente nicht, weil ich auf Imralı sitze, ich würde das Gleiche auch verlangen, wenn ich draußen wäre. Unabhängig davon, ich benötige diese praktischen Mittel. Ich hatte gesagt, das Parlament muss zu diesem Thema einen Beschluss fassen. Aus diesem Grunde hatte ich appelliert, dass das Parlament nicht in die Sommerferien geht. Wenn notwendig kann es zu einer dringenden Sitzung einberufen werden. Oder der Ministerpräsident kann verlautbaren, dass sie nicht an eine militärische Lösung glauben, und ihren Willen bekunden, mithilfe einer demokratischen Verfassung zu einer Lösung kommen zu wollen. Wir könnten auf diese Weise das Problem innerhalb einer Woche lösen. Wenn mir die notwendigen praktischen Mittel nicht gewährt werden, wie kann ich meine Rolle spielen? Ich habe keinen Zauberstab in der Hand.“

Nachdem Öcalan am 27. Juli bekanntgegeben hatte, er werde unter diesen Umständen nicht mehr tätig werden, wurden die Anwälte unter dem Vorwand ungünstiger Wetterbedingungen an der Fahrt nach Imralı gehindert. Außerdem wurde am 17. August vier Anwälten Öcalans wegen angeblicher Unterstützung einer terroristischen Organisation für ein Jahr ihre Tätigkeit als Anwälte untersagt.

Am 14. Juli deklarierte der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) die Demokratische Autonomie. Obwohl in den kurdischen Kreisen seit 2008 das Lösungsprojekt der Demokratischen Autonomie öffentlich debattiert worden war, brach Entsetzen aus, als wäre es zum ersten Mal und völlig unerwartet gewesen. Seit Jahren versucht die kurdische Bevölkerung gemeinsam mit ihren Institutionen, das Projekt aufzubauen und umzusetzen.[1]

Obwohl der DTK seit 2007 arbeitet, wird nun hinterfragt, was er denn überhaupt sei, welchen Status er besitze. Auf einmal wird die Legitimität des DTK in Frage gestellt. Sowohl die

Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan als auch die Kolumnisten liefern ausreichend Anhaltspunkte dafür, dass die bevorstehende politische Operation sich hauptsächlich gegen den DTK richten wird. Auch kursieren Zahlen (die Rede ist von etwa 1500) von im Rahmen einer solchen Maßnahme zu inhaftierenden Personen.

Erdoğan hatte in der Wahlkampfphase seinen Kurswechsel offen zur Sprache gebracht, indem er erklärte, in der Türkei gebe es keine kurdische Frage, sondern wenn überhaupt, dann einige Probleme seiner kurdischen Bürger. Diese Äußerung ist eine Abkehr von seiner zuvor eingeleiteten Phase, als er die Existenz der kurdischen Frage anerkannt und auch Fehler des Staates gegenüber den Kurden eingeräumt hatte. Dieser Wechsel ist nichts anderes als die Rückkehr zu der alten Politik, in der die kurdische Frage nur als Terrorfrage behandelt wurde.

Am 14. Juli kam es in Farqîn (Silvan) zu militärischen Zusammenstößen zwischen der türkischen Armee und der Guerilla, bei denen die Armee hohe Verluste hinnehmen musste. Bezogen auf diesen Vorfall bekundete Erdoğan: „Niemand soll von uns guten Willen erwarten." Ohne Scheu gab er zu, die AKP werde mit schlechten Absichten handeln. Kurze Zeit später kündigte er neue Strategien und Methoden im Kampf gegen den Terror und entsprechende Vorbereitungen hierzu an. Die öffentliche Stimmung wird angeheizt, weil nur über Ergebnisse militärischer Zusammenstöße geredet wird. Gänzlich ausgeklammert wird in der Debatte, dass es zu Zusammenstößen kommt, während türkische Soldaten auf Guerillajagd sind.

Und zuletzt drohte Erdoğan anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen seiner Partei: „Ich sage es ganz offen: Diejenigen, die sich nicht von dieser Terrororganisation distanzieren, machen sich der Mittäterschaft schuldig. Sie sind dazu verdammt, den Preis dafür zu zahlen. Wir bleiben aus Respekt für den Ramadan geduldig. Aber jeder soll wissen, dass es nach diesem Monat des Friedens und der Solidarität sehr anders aussehen wird. Sie werden einen hohen Preis zahlen müssen."

Nicht zu vergessen ist natürlich, dass die erste vollbrachte Tat der neuen Regierung ein Désignée beim Militär war. Vor der Sitzung des Obersten Militärrats, auf der Personalfragen und Beförderungen behandelt werden, erklärte die Armeeführung ihren Rücktritt. Dieser wurde als Protest gegen die Inhaftierung hochrangiger Militärs sowie gegen ihre Nichtbeförderung gelesen. Die Krise dauerte nicht lange, die AKP hatte am Ende der Sitzung die Neubesetzung nach eigenem Gusto vollzogen. Nachdem Polizei, Justiz und Geheimdienst erfolgreich unterwandert worden waren, wurde nun die Armee nach eigenen Vorstellungen formiert. Die Akte des neuen Generalstabschefs Necdet Özel ist im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gewiss nicht sauber. So beweisen Videoaufnahmen, dass Özel am 11. Mai 1999 einen Chemiewaffeneinsatz gegen kurdische Guerillas in Şirnex (Şırnak) anordnete. Während die jüngste Intervention der Regierung in die Armeestrukturen als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Türkei dargestellt wird, entspricht das aber keineswegs der Realität. Zwar wurde die Macht der Generäle beschnitten, doch statt der Demokratie wurde eher der Einfluss der AKP innerhalb des Staates gestärkt.

So weit im Groben die innenpolitischen Ereignisse in der Türkei in den letzten zwei Monaten, nun sollten wir uns den außenpolitischen Entwicklungen widmen.



Die Bevölkerung der Kleinstadt Bajirge (Esendere) in der Provinz Colemêrg (Hakkari) demonstriert an der Grenze zu Südkurdistan/Nordirak gegen die Militäroperationen der iranischen und der türkischen Armee. Foto: DIHA

Seit dem 16. Juli führt die iranische Armee militärische Angriffe gegen Stellungen der Partei für ein Freies Leben (PJAK) in Kandil im iranisch-irakischen Grenzgebiet durch. Aufgrund der tagelangen Bombardierungen und Gefechte kamen sowohl iranische Soldaten als auch PJAK-Guerillas und einige Zivilisten ums Leben. Diese Angriffe unterscheiden sich sehr von den vorherigen. Das iranische Regime attackiert seit Jahren in regelmäßigen Abständen die kurdische Autonomieregion im Nordirak (Südkurdistan). Die jüngsten Angriffe stellen eher den Versuch dar, die Region zu besetzen. Der Iran spricht von der strategischen Bedeutung Kandils und unterstreicht seine Absicht, diese Region von der kurdischen Guerilla säubern zu wollen. Er beabsichtigt zur Destabilisierung in der Grenzregion radikal-islamische Kräfte zu stationieren. Dieses militärische Vorgehen Irans ist sicherlich kein Alleingang. Die Türkei unterstützt ihn aktiv im Kampf gegen die kurdische Guerilla. Auf diese Weise erhofft sie sich, zwei unterschiedliche Kräfte, sowohl die kurdische Freiheitsbewegung als auch Iran, zu schwächen. Die Motivation Irans ist es, durch die Errichtung einer Pufferzone an der iranisch-irakischen Grenze seinen Einfluss im Irak sowie in Syrien zu steigern, für Instabilität zu sorgen, um die bevorstehende Intervention gegen sich hinauszögern zu können. Die Vermutung, nach einer Weile werde das türkische Militär sich ebenfalls der grenzüberschreitenden Operation anschließen, trat am 17. August ein. Mehr als 20 Kampfflugzeuge beschossen über Stunden PKK-Stellungen in Südkurdistan. Auch wird immenser Druck auf die südkurdischen Kräfte ausgeübt, sich ebenso an diesem Konzept zu beteiligen. Die kurdische Befreiungsbewegung soll auf diese Weise gezwungen werden, an drei Fronten parallel gegen den Iran, die Türkei und den Irak zu kämpfen. Die Türkei wird höchstwahrscheinlich ihre Luftangriffe mit Angriffen durch Bodentruppen unterstützen. Informationen über Belagerungen durch türkisches sowie iranisches Militär an der Grenze bestätigen diese Annahme.

Syrien ist ein weiteres Nachbarland der Türkei, das ebenfalls wichtige Entwicklungen durchlebt. Die Türkei ist damit in einem solchen Maß beschäftigt, dass der türkische Ministerpräsident Syrien als „unsere innere Angelegenheit“ erklärte. Mit Zustimmung der USA und in Arbeitsteilung scheint Syrien größtenteils der Türkei überlassen worden zu sein. Diese versucht die syrische Opposition zu organisieren, übermittelt der syrischen Staatsführung Ultimaten und Botschaften der USA. Alles deutet darauf hin, dass die Türkei mit der Erfahrung aus dem Irak in keinem Nachbarland von den Ent-



Türkisches Militär im Operationsgebiet Amed (Diyarbakır) mit in Lizenz von Heckler & Koch in der Türkei produzierten G3-Sturmgewehren
Foto: DIHA

wicklungen ausgeschlossen sein will, um sie mit steuern zu können. Die Situation des kurdischen Volkes in Syrien ist für dieses große Interesse der Türkei an Syrien ausschlaggebend. Wenn es dort zum Systemwechsel kommen sollte, wird sich das kurdische Volk da ebenfalls einbringen und das Ergebnis mitbestimmen wollen. Genau das will die Türkei verhindern.

Wieder einmal haben wir die Situation, dass Kräfte mit entgegengesetzten Interessen und im Machtkampf miteinander liegend im Kampf gegen die Kurden gemeinsam agieren. Iran, Syrien, Türkei, USA und EU treten heute als Teile dieses Vernichtungskonzeptes auf. Aber die Widersprüche untereinander werden diese Allianz nicht lange bestehen lassen können. Das antikurdische Bündnis zwischen der Türkei und Iran kann an der Frage Syriens scheitern. Der Prozess in Dänemark gegen den kurdischen Fernsehsender Roj TV, der am 15. August eröffnet wurde, sowie die neue Rechtsprechung in Deutschland, wonach künftig der § 129b StGB gegen die Kurden angewandt werden soll, sind nicht losgelöst von der Gesamtpolitik zu betrachten.

Wie stehen all diese Entwicklungen in Verbindung und auf welche weisen sie hin?

Die AKP hat in ihrer achtjährigen Regierungszeit innenpolitisch alle ihrer Macht im Wege stehenden Kräfte unter Kontrolle gebracht, außer den Kurden. Nachdem sie alle staatlichen Institutionen, Polizei, Justiz, Armee nacheinander unterwandert hat, entpuppt sie sich als Kriegsregime. Alle Institutionen sind auf einen totalen Krieg gegen die Kurden ausgerichtet. Seit einiger Zeit wird in den Medien in Kommentaren über die „tamilische Lösung“ debattiert, um die Bevölkerung auf einen umfassenden Krieg vorzubereiten. Die Türkei nimmt den hohen Preis für ein solches Konzept in Kauf und sieht für das kurdische Volk die Vernichtung vor.

Die Vorstellung, die kurdische Guerilla in einem Drei-Fronten-Krieg militärisch zu vernichten, die legalen kurdischen Strukturen innerhalb der Türkei mit einer umfassenden politischen Operation mit Tausenden Gefangenen zu brechen sowie mit aktiver Unterstützung ihrer westlichen Verbündeten auch im europäischen Ausland gegen die Kurden vorzugehen, mag den Appetit der AKP-Regierung gesteigert haben. Aber wir wissen, dass Habgier oft die Vernunft ausschaltet.

Dabei wird vergessen, dass seit 27 Jahren (seit dem Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK) alle Regierungen in der Türkei dasselbe Ziel mit derselben Intensität verfolgt haben. In den letzten 27 Jahren hat die PKK 9 Ministerpräsidenten, 5 Staatspräsidenten, 10 Generalstabschefs überlebt. Alle sind mit ihrem Vorhaben gescheitert, haben mit ihrem Irrsinn die Türkei immer mehr ins Dunkel gedrängt. Nicht nur die Kurden wurden Opfer dieser Politik, auch die Türkei selbst mit all ihren Einrichtungen und ihrer Bevölkerung hat einen hohen Preis zahlen müssen.

Erdoğan sagt jetzt, das Messer sei am Knochen angelangt, die Regierung werde keine Geduld mehr zeigen und die Kurden würden, sofern sie sich nicht von der PKK distanzierten, einen hohen Preis zahlen müssen. Er spricht davon, Millionen Menschen zur „Rechenschaft“ ziehen zu wollen. Als sei das kurdische Volk nicht schon mit allen Unterdrückungsformen konfrontiert worden.

Während der Regierungszeit Tansu Çillers wurden über 4 000 kurdische Dörfer verbrannt und entvölkert, Millionen Menschen vertrieben, Tausende kurdische Intellektuelle, Unternehmer, Politiker, Journalisten etc. zum Angriffsziel der Kontraguerilla. Tausende Menschen wurden festgenommen und unvorstellbarer Folter ausgesetzt, großangelegte grenzüberschreitende Militäroperationen durchgeführt, kurdische Parteien und Institutionen verboten, Zeitungsbüros bombardiert.

Diese ganze Unterdrückungspolitik hat die Kurden nicht von ihren Freiheitsbestrebungen abgehalten.

Damals war die kurdische Befreiungsbewegung in der Türkei gar nicht mal so verankert wie heute und sie besaß nicht die Möglichkeiten, die sie heute hat. Heute ist es auch nicht mehr so einfach, Kurden gegeneinander aufzubringen.

Der Status quo in der Region hielt damals in all seiner Härte an, während heute die Regime wackeln und eines nach dem anderen seine Macht verliert. Während damals nur die Kurden kämpften, sind es heute alle Völker in der Region, die gegen die Rückständigkeit ihrer Regime Widerstand leisten.

Zu keiner Zeit waren die Bedingungen in allen Teilen Kurdistans so günstig wie heute. Während früher der türkische Teil Kurdistans das Zentrum des Kampfes und der Errungenschaften darstellte, geht es heute um alle Teile Kurdistans. Die Kurden in Syrien, die Kurden im Iran, die Kurden im Irak und die Kurden in der Türkei sind auf den Beinen und kämpfen für ihre Rechte.

Lausanne ist längst durchbrochen und wird nicht mehr zu wiederholen sein. Zu keiner Zeit waren sich die Kurden ihres konkreten Lösungskonzeptes so sicher wie heute. Demokratische Autonomie als Lösungskonzept und Lebensform der Kurden wird Schritt für Schritt umgesetzt werden, mit oder ohne Zustimmung der jeweiligen Staaten. Kurden werden keine Lösung akzeptieren, in der ihre Existenz nicht gesichert ist.

An der Böswilligkeit der türkischen Machthaber hat es nie gemangelt. Im Gegenteil, die Böswilligkeit in der Annäherung an das kurdische Volk hat das Problem produziert. Auch Erdoğan sollte dies endlich zur Kenntnis nehmen, und wenn er etwas Neues vorlegen will, dann sollte er guten Willen zeigen und die kurdische Frage mittels ehrlichem Dialog und Verhandlungen angehen. ♦

Fußnote:
1) 2007 warf Abdullah Öcalan die Idee der „demokratischen Autonomie“ (*demokratik özerklik projesi*) auf. Eine Autonomie für Kurden hatte einst auch Atatürk vorgeschlagen, um sich deren Unterstützung im Befreiungskrieg zu sichern. Die DTP nahm die Idee des Projekts in ihr Parteiprogramm auf und veröffentlichte im Oktober 2008 eine Schrift mit dem Titel „Das Projekt der DTP für die demokratische Lösung des Kurdenkonflikts“ (*DTP'nin Kürt Sorununa İlişkin Demokratik Çözüm Projesi*). Das Projekt sieht die Etablierung von 20 bis 25 Regionalparlamenten sowie des Kurdischen als Bildungssprache vor. Die Broschüre wurde an alle Abgeordneten, Minister sowie Diplomaten per Post verteilt.

Über die aktuelle Kriegspolitik der türkischen Regierung

»Die Luft ist schwer wie Blei!«

Murat Çakır, Kolumnist, 19. August 2011

Es kam, wie von vielen informierten Kreisen vorausgesagt wurde: Noch bevor der Ramadan zu Ende war, begannen die Angriffe der türkischen Armee auf mutmaßliche Stellungen der PKK. Berichten zufolge ist vor allem die Zivilbevölkerung die Leidtragende. Das Bombardement der türkischen Kampfjets und Bodeneinheiten trifft Dörfer und zivile Siedlungen.

Dabei hegte man nach den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 noch Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des Konflikts. Das Linksbündnis, getragen von der prokurdischen und mehreren linkssozialistischen Parteien, hatte mit 36 Parlamentssitzen einen großen Erfolg erkämpft. Auf der anderen Seite waren Vertreter des Staates dabei, mit dem in Isolationshaft gehaltenen Kurdenführer Abdullah Öcalan Verhandlungen zu führen. Am 15. Juli 2011 hatte Öcalan deshalb erklärt, dass *»die Verhandlungen fortgeführt werden und eine Friedenskommission gegründet«* werde.

Doch die Aberkennung des Mandats von Hatip Dicle wenige Tage nach der Wahl, die Nichtfreilassung von gewählten Abgeordneten und der im Rahmen des KCK-Komplotts inhaftierten BDP-PolitikerInnen sowie weitere Repressalien und die Fortführung der militärischen Operationen verhießen nichts Gutes. Ministerpräsident **Recep Tayyip Erdoğan**, der durch den Rücktritt der obersten Generäle und die Unterstützung der USA gestärkt aus dem Machtkampf heraustrat, verschärfte von Tag zu Tag seine Kriegsrhetorik. Obwohl Öcalan vehement sich für eine friedliche Lösung einsetzte und erklärte, den Konflikt binnen einer Woche deeskalieren zu können, blieben seine Appelle unerhört. Just an den Feierlichkeiten zum 10. Gründungsjahr seiner AKP erklärte Erdoğan den »totalen Krieg«.

Warum? Was sind die eigentlichen Gründe für diesen Kurs der neuen Staatspartei AKP? Was bedeutet ein solcher Krieg für die Region und wie könnte es weitergehen? Das sind die Fragen, nach deren Antwort in diesem Artikel gesucht wird.

Diktatorisches Regime im Aufbau

Kommentatoren der regierungsnahen Zeitungen, auch zahlreiche liberale Stimmen, vertreten die Auffassung, dass PKK-Angriffe der Grund für diese Kriegserklärung seien. Ein kurzer Rückblick jedoch zeigt, dass die aktuelle Eskalation der militärischen Gewalt von langer Hand geplant war und letztendlich ein Ergebnis der unsäglichen AKP-Politik ist.

Während Erdoğan sich damit rühmte, das Kriegsrecht und die Staatssicherheitsgerichte aufgelöst zu haben, scheuen die inzwischen installierten sogenannten *»Gerichte mit Sonderermächtigung«* und Willkürjustiz der Sicherheitskräfte keinen Vergleich mit diktatorischen Verhältnissen. Die Gleichschaltung der Justiz und der Medien, die Inhaftierung von über 70 kritischen JournalistInnen, die Verurteilung von minderjährigen Kindern zu hohen Haftstrafen – weil sie Steine geworfen hätten –, von Polizisten und Soldaten erschossene Kinder sowie tausende Verhaftete sprechen eine andere Sprache. Den Berichten der Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden alleine 2010 rund 16 000 Personen aus politischen Gründen verhaftet. Und in der ersten Jahreshälfte 2011 wurden in den kurdischen Gebieten 4 015 Personen verhaftet.

Damit nicht genug: Obwohl die PKK einseitig einen Waffenstillstand erklärt hatte, wurden zahlreiche GuerillakämpferInnen gezielt getötet und militärische Operationen in Kurdistan nahmen nicht ab. Gleichzeitig wurden Bestattungen von »gefallenen« Soldaten dazu genutzt, um den Hass der türkischen Bevölkerung gegen KurdInnen aufzustacheln und in gewählten Städten Lynchhysterie zu verbreiten.

Ohne Zweifel: Die AKP ist dabei, ihre Hegemonie systematisch für die Errichtung eines autoritären Regimes zu nutzen. Die Rücktritte der obersten Generäle wurden zum Anlass genommen, einen nachweislichen Kriegsverbrecher, General Necdet Özel, zum Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte zu ernennen. Der von der kurdischen Bevölkerung *»Chemical Necdet«* genannte Özel ist als kompromisslos bezüglich der kurdischen Frage bekannt.

Gleichzeitig wird die Neustrukturierung der Armee und der Sicherheitskräfte vorangetrieben. Während die Streitkräfte, professionalisiert und modernisiert, zu einer Interventionskraft umgebaut werden, erfolgt die Paramilitarisierung der Polizei. In diesem Zusammenhang erklärte die AKP-Regierung ihren Willen, die Gendarmerie dem Innenministerium zu unterstellen. Zudem werden sogenannte *»Supergouverneure«* ernannt, die mit Sondervollmachten ausgestattet werden und die Polizeikräfte sowie die Gendarmerie befehligen sollen. Zusammen mit den sonderermächtigten Gerichten, dem sogenannten *»Gesetz zur Bekämpfung des Terrors«*, weiteren Geset-

zesverschärfungen und den paramilitärisch hochgerüsteten Sicherheitskräften werden diese *»Supergouverneure«* das Instrument und die wichtigste Stütze der AKP-Diktatur.

Neoosmanische Imperialismusgelüste

Diese Entwicklung muss in einem engen Zusammenhang mit den Neuordnungsversuchen des Nahen Ostens betrachtet werden. Alle Schritte, die von der AKP-Regierung unternommen werden, geschehen im Einklang mit den USA und der NATO. Entgegen den Unkenrufen einiger Konservativer aus Europa, *»die Türkei steht vor einer Islamisierungsgefahr«*, ist die Bindung an den Westen, sprich die USA, Kerneuropa und an die NATO fester denn je.

Im Unterschied zu den früheren Jahren sind die türkischen Machthaber selbstbewusster und fordern, im Bewusstsein über die wachsende geostrategische Bedeutung der Türkei, ihren Anteil an dem zu verteilenden »Kuchen«. Dafür sind sie bereit, als Gendarm der westlichen Mächte in der Region zu agieren und Interventionskriege mit aller Macht zu unterstützen. Mit der Durchsetzung der neuen Rolle der Streitkräfte sind sie auch dafür bestens gerüstet. Im Gegenzug forderten und erhielten sie Unterstützung bei ihrem militärischen Vorgehen gegen die kurdische Bewegung.

Die Kriegserklärung Erdoğans ist daher keine innenpolitische Posse und bei weitem kein unkontrollierter Gefühlsausbruch. Im Gegenteil; es ist ein berechneter Schritt, mit dessen Verwirklichung der regionale Machtanspruch untermauert werden soll. Mit den nächtlichen Angriffen, der Nutzung von Drohnen und bunkerbrechenden Bomben soll die militärische Stärke der Armee demonstriert werden. Es ist auch ein unmissverständliches Signal an die syrische Führung.

Die Entwicklung in Syrien ist für Ankara und Washington besonders ärgerlich, da diese Entwicklung für beide Staaten ein unkalkulierbares Risiko beinhaltet. Eine Änderung des Status quo in dem multiethnischen Syrien würde womöglich den gesamten Nahen Osten destabilisieren. Zudem hat die Türkei mit Syrien eine 850 km lange gemeinsame Grenze und ein dickes gemeinsames »Kurdenproblem«. Eine mögliche Emanzipation der syrischen KurdInnen wäre für die Türkei unakzeptabel. So erhöht die AKP-Regierung den Druck auf Syrien, um Assad zu Zugeständnissen zu drängen, die jedoch gleichzeitig die territoriale Einheit Syriens sicherstellen sollen.

Auf der anderen Seite hat die AKP-Regierung eine strategische Kooperation mit dem Molla-Regime in Iran aufgebaut. Daher wurde das massive Vorgehen der iranischen Armee gegen die kurdische Bewegung durch Ankara unterstützt. Umgekehrt erlaubte Iran der türkischen Luftwaffe die Nutzung ihres Luftraums bei den letzten Bombardierungen.

Wie weiter?

Die Tatsache, dass die politisierte kurdische Bevölkerung nicht mehr so leben will wie bisher, macht immer noch das größte Hindernis für die Regionalmachtphantasien der zum Neoliberalismus konvertierten AKP aus. Sowohl die Regierung und die sie unterstützenden Kräfte als auch die Militärs scheinen davon überzeugt zu sein, dass die kurdische Bewegung mit massiver militärischer Gewalt zerschlagen werden kann.

Genau dies ist aus der Sitzung des neustrukturierten *Nationalen Sicherheitsrates* zu hören. In seiner Erklärung vom 18. August 2011 weist der Sicherheitsrat darauf hin, dass *»unter den günstigen Bedingungen der internationalen Politik mit aller Härte und einer neuen Strategie der Kampf gegen den Terror mit Erfolg gekrönt«* werde.

Wie diese »neue Strategie« aussieht, kann man aus den Interviews der Regierungspolitiker und den Medienkommentaren lesen. Es ist zu erwarten, dass den massiven militärischen Schlägen landesweite Repressionen und Verhaftungswellen folgen werden. Erdoğan äußerte sich dazu unmissverständlich: *»Alle, die der Terrororganisation nahestehen, werden die geballte Macht des Staates zu spüren bekommen.«* Damit sind auch türkische Linke und Menschenrechtsorganisationen gemeint.

Die AKP spielt mit dem Feuer. Hoffen wir, dass sie nur ihre Finger verbrennt und nicht die gesamte Region.

Zeitgleich begann auch die kriegsverherrlichende und Hass erzeugende Propaganda der regierungsnahen Medien. Die Tageszeitung Yeni Şafak druckte auf ihrer ersten Seite mit großen Buchstaben *»Ihr seid die Mörder«* und veröffentlichte die Fotos von BDP-PolitikerInnen. Nach Erdoğans Drohung wurden mehrere BDP-Büros angegriffen und in verschiedenen Städten sind allabendlich nationalistische Mobs auf den Straßen.

Die Gefahr eines Bürgerkrieges bzw. einer bürgerkriegsähnlichen Situation ist nicht von der Hand zu weisen. Die Bombardierung kurdischer Dörfer geht unvermindert weiter. Anwälten von Öcalan wird seit mehreren Wochen der Besuch auf der Imralı-Insel verwehrt. Einigen Anwälten wurde sogar ihr Mandat entzogen.

Auf der anderen Seite gehen immer mehr Menschen in Kurdistan protestierend auf die Straßen. Die Regierung antwortet darauf mit massiver Polizeigewalt. Appelle türkischer Intellektueller, die die Beendigung der militärischen Operationen und zivile Konfliktlösungen einfordern, verhallen in der Leere. Gesprächsangebote der Bündnisabgeordneten zur friedlichen Lösung bleiben unerhört.

All das deutet darauf hin, dass der Konflikt weiter verschärft wird und die Situation eskalieren könnte. Wenn auf diesem kriegerischen Weg weiter vorangeschritten wird, kann ein blutiger Prozess beginnen, an dessen Ende die Türkei, wie wir sie heute kennen, nicht mehr existieren könnte. Denn ein wieder entfachter Krieg wird nicht mehr in den Bergen einzugrenzen sein. Dann würden auch die Städte brennen – und damit auch die Straßen Europas.

Die AKP spielt mit dem Feuer. Hoffen wir, dass sie nur ihre Finger verbrennt und nicht die gesamte Region. ♦

Öcalan und KCK wollen die Lösung auf friedlichem Weg erreichen

Diese Härte wird die Türkei spalten

Aus Interviews mit Cemil Bayık und Murat Karayılan

Aus aktuellem Anlass geben wir Auszüge aus drei Interviews der Nachrichtenagentur ANF mit Cemil Bayık und Murat Karayılan, Mitgliedern des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK), wieder.

Aus dem Interview mit Cemil Bayık, 18. Juli 2011, ANF, Abdullah Bilal

Nach der Parlamentswahl am 12. Juni 2011 wurde dem gewählten unabhängigen Abgeordneten Hatip Dicle das Mandat entzogen und die inhaftierten Abgeordneten des Blocks „für Arbeit, Demokratie und Freiheit" sind noch immer in Haft. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Vor den Wahlen hatte bereits die YAS [*Hohe Wahlkommission*] die Kandidatur einiger Abgeordneter des Wahlblocks zu verhindern versucht. Der Staat wollte auf diese Weise den Freiheitskampf der Kurden behindern und sie aus den Wahlen drängen. Denn die AKP [*Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung*] hatte eigene Pläne, die sie unbedingt umsetzen wollte. Ihr Ziel ist ein Präsidialsystem in der Türkei und Erdoğan [*Ministerpräsident*] an der Spitze. Dafür sollte nur der AKP und der CHP [*Republikanische Volkspartei*] der Einzug ins Parlament ermöglicht werden, und die kurdische Freiheitsbewegung sollte dadurch geschwächt werden, dass dem Wahlblock „für Arbeit, Demokratie und Freiheit" der Erfolg verwehrt bleibt und die MHP [*Partei der Nationalen Bewegung*] unter die 10%-Wahlhürde gedrückt wird. AKP und Tayyip Erdoğan hatten daher mit scharfen Angriffen und chauvinistischen Äußerungen gegen die Freiheitsbewegung, die BDP [*Partei für Frieden und Demokratie*] und das Wahlbündnis begonnen und damit, Feindseligkeit gegen die Kurden zu schüren, um auf diese Weise auch die MHP zu schwächen. Neben der Einführung des Präsidialsystems wollten sie die notwendige Mehrheit im Parlament für eine neue Verfassung im Alleingang erreichen. Hierfür versuchte die YAS kurz vor den Wahlen, einigen Kandidaten die Teilnahme zu verweigern. Aber wegen der heftigen Gegenreaktion von Kurden und demokratischen Kreisen war sie gezwungen, ihren Beschluss zurückzunehmen.

Die Wahlen fanden wie geplant am 12. Juni statt und der Block erzielte einen wichtigen Erfolg. Daraufhin wurde über die Hohe Wahlkommission das vor den Wahlen praktizierte Manöver nun erneut versucht, Hatip Dicle wurde das Mandat entzogen. Nachdem sie damit gescheitert waren, den Erfolg des Blocks zu verhindern, versuchten sie ihn nun zu spalten. Die Verleugnungspolitik gegen die Kurden ist in der Mentalität von Regierung und Staat noch immer existent, so dass für diese eine Konsolidierung der kurdischen Kraft nicht hinnehmbar erscheint. Das Wahl-„Bündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit" hat unter den Völkern der Türkei neue Hoffnungen keimen lassen. Jahrelang wurde die Strategie verfolgt, alle Völker in der Türkei gegen die Kurden aufzubringen. Damit sollte der Einfluss der PKK nur auf Kurdistan reduziert und ihre Einflussnahme außerhalb Kurdistans verhindert werden. Mit dem Wahlerfolg des Blocks erlitt diese Strategie Schiffbruch. Die Intervention vor wie nach den Wahlen hat vor diesem Hintergrund die Liquidierung der PKK als Ausgangspunkt.

Die CHP erklärte anfänglich, ihre Deputierten nicht [*im Parlament*] vereidigen zu lassen, solange ihre beiden inhaftierten gewählten Abgeordneten nicht freikämen. Aber sie hat ihr Wort nicht gehalten, der Eid wurde geleistet. Wie bewerten Sie diesen Rückschritt?

Die AKP hat eine Strategie verfolgt, um den Willen von CHP und BDP zu brechen, denn ihr erhoffter Erfolg bei der Wahl war ausgeblieben. Sie wollte allein eine neue Verfassung ausarbeiten. Als sie die notwendige Anzahl an Mandaten nicht zusammenbekam, versuchte sie, die CHP auf Linie zu bringen und deren Zustimmung zu gewinnen. Die Kurden sollen bei der Gestaltung der neuen Verfassung herausgehalten werden, um keine ihrer Forderungen berücksichtigen zu müssen.

Sollte es der AKP gelingen, CHP und BDP unter ihre Kontrolle zu bringen, würde sie ihr Verfassungsvorhaben nach eigenen Vorstellungen umsetzen. Hinter den offenen Drohungen und Angriffen Erdoğans steckt diese Motivation. Die CHP wollte mit der Verweigerung ihres Eides ihre inhaftierten Abgeordneten freibekommen. Und die AKP wollte in diesem Kampf die CHP sowohl in der Frage der Liquidierung der PKK als auch in der Frage einer neuen Verfassung auf ihre

Linie bringen. Am Ende hat die CHP kapituliert und die Bedingungen der AKP akzeptiert.

Dasselbe wollte die AKP auch mit der BDP und dem Wahlblock erreichen. Aber Block wie auch BDP haben ihre Würde gewahrt. Ihnen geht es nicht nur um die Freilassung ihrer gewählten Abgeordneten, sondern im Unterschied zur CHP ist es eine politische Haltung gegen die Politik der AKP. Nachdem diese einsehen musste, dass sie die BDP nicht wie die CHP auf Linie bringen kann, versucht sie sie nun mit allen Mitteln aus dem Parlament herauszuhalten.

Öcalan erklärte gegenüber seinen Anwälten, dass der Staat die Einberufung eines Friedensrates akzeptiert habe. Welche Aufgabe bzw. Funktion soll dieser Friedensrat haben?

Der Vorsitzende Öcalan und die KCK wollen die Lösung der kurdischen Frage auf friedlichem Wege erreichen. All ihre Bemühungen dienen diesem Ziel.

Aber Staat und AKP versuchen, das Volk zu manipulieren und die Bewegung zu zerschlagen. Zudem versuchen sie die Freiheitsbewegung zu täuschen. Weder AKP noch Staat haben die Absicht, die kurdische Frage friedlich zu lösen. Sie sind auf Liquidierung aus. Denn das ist ihre Mentalität. Um neue Wege und Vernichtungsmethoden zu finden, ändern sie ihre Taktik und führen entsprechende Gespräche.

Das haben inzwischen alle verstanden, daher wird gefordert, die Regierung, der Staat müsse diese Politik, diese Taktiken und Ablenkungsmanöver aufgeben. Seit 1993 versucht der Vorsitzende Öcalan trotz seiner harten Bedingungen, diese Mentalität des Staates zu verändern, sie von der Vernichtung abzubringen. Den Staat so weit zu bringen, Sprache und Kultur der Kurden zu akzeptieren. Vor diesem Hintergrund gab er in den letzten Konsultationen mit seinen Anwälten bekannt, dass er in den Gesprächen mit der Delegation des Staates verschiedene Protokolle angefertigt und unterbreitet hat. Erst wenn der Staat diese Protokolle akzeptiert, können die gegenwärtigen Gespräche in Verhandlungen übergehen. In diesem Falle würden wir unsere Waffenruhe aufrechterhalten. Sollten die Protokolle nicht akzeptiert werden, so ist dies als Zeichen für das Beharren des Staates auf Vernichtung zu verstehen. Wir werden uns dann schützen. Dies werden wir für unsere Würde tun.

Der Vorsitzende erklärte, dass der Staat eines dieser Protokolle akzeptiert habe und zwar das über die Gründung eines Friedensrates. Das ist nur eines von insgesamt drei Protokollen. Das zweite sieht die Berufung einer Verfassungskommission vor. Zur Ausarbeitung einer Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer neuen Verfassung. Das dritte betraf die Einberufung einer Sicherheitskommission. Diese sollte sich für einen beidseitigen Waffenstillstand und die vollkommene Beendigung des Krieges einsetzen, dafür, dass die Operationen eingestellt und die politischen Gefangenen freigelassen werden.

Bis heute ist unklar, wann der Staat das Protokoll bezüglich des Friedensrates umsetzen wird, ob in naher Zukunft oder in einem Jahr. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür. Das sind Finten und Taktik, um so die PKK auszubremsen und langsam zu vernichten. Die beiden anderen Protokolle müssten auch akzeptiert und außerdem der Zeitplan für die praktische Umsetzung bekannt gegeben werden. Aber bislang ist kein Zeitraum benannt worden. Die Tatsache, dass das Protokoll akzeptiert wird, heißt nicht automatisch, dass der Staat sich von seiner Liquidierungsabsicht verabschiedet hat. Ohne entsprechende praktische Schritte ist sie unbedeutend. Niemand sollte sich etwas vormachen, unser Volk muss besonders aufmerksam sein. Unser Vorsitzender, unsere Bewegung und unser Volk werden hingehalten.

Während der Staat zum einen das Protokoll zur Gründung eines Friedensrates akzeptiert, weitet er in Kurdistan seine militärischen und politischen Operationen aus. Wie ist das zu bewerten?

Bekanntlich halten wir seit Monaten unseren Beschluss der Aktionslosigkeit aufrecht. In dieser Zeit sind annähernd 50 Guerillas gefallen. Zu keiner Zeit hat die Armee ihre Operationen eingestellt. Im Gegenteil, sie wurden sogar ausgeweitet. Auf der politischen Ebene wurden im Rahmen von Operationen politisch aktive Menschen festgenommen. Hätten sie tatsächlich die Absicht, die kurdische Frage friedlich zu lösen, so hätten sie die Operationen eingestellt. Sie haben aber daneben auch ein Bündnis mit den USA geschlossen. Das sieht vor, dass die Türkei an ihrem politischen Genozid sowie ihrer Vernichtungspolitik gegen die Kurden und gegen die PKK festhält, während die USA und Vertreter der kapitalistischen Moderne dem entweder schweigend zustimmen oder es gar unterstützen. Im Gegenzug soll die Türkei im Mittleren Osten den USA, Frankreich, Deutschland, Israel und England dienstbar sein. Nach dieser Übereinkunft hat Erdoğan erklärt, es gäbe keine kurdische Frage. Nachdem die Türkei aus diesem Bündnis Kraft geschöpft hat, bereitet sie sich auf einen neuen Vernichtungsfeldzug vor. Das ist der Grund für die Zunahme der Operationen gegen die Guerilla und gegen das kurdische Volk.

Während der Aktionspause der HPG [*Volksverteidigungskräfte*] haben Dutzende Guerillas ihr Leben verloren, ohne dass irgendjemand darauf eingegangen wäre. Aber nach dem Tod von 13 Soldaten in Farqîn (Silvan) brach ein regelrechter Tumult aus. Was sagen Sie zu diesem zweierlei Maß?

Niemand hat gefragt, warum die Operationen der Armee anhalten, während die PKK und der Vorsitzende Öcalan sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einsetzen. Niemand hat seine Stimme erhoben und Widerspruch eingelegt. Im Gegenteil, es gab sogar welche, die sich offen für die Tötung der Guerillas und für die Inhaftierung kurdischer Politiker ausgesprochen haben. Nur eine kleine Gruppe würdevoller Menschen hat sich dagegengestellt. Auch einige linke Gruppen haben die Operationen kritisiert, aber ihre Stimmen waren zu schwach.

Bei den letzten Militäroperationen war es ähnlich. Die türkische Armee hat eine Operation gegen die Guerilla begonnen; in deren Folge kam es zu Gefechten. Nun heißt es: „Warum hat die PKK angegriffen?“, oder „Unsere Soldaten wurden getötet, wir müssen die PKK ausrotten. Eine Übereinkunft mit der PKK und Öcalan kann es nicht geben.“ Mit psychologischer Kriegsführung machen sie BDP, PKK und den Vorsitzenden Öcalan zur Zielscheibe. Das ist die kolonialistische Mentalität, ein Verständnis, demnach alles richtig ist, was der Staat sagt. Zum einen eine Vernichtungsoperation gegen die Guerilla durchführen und dann fragen, warum sie sich dagegen wehrt. Dieser Mentalität nach kann sich ihnen niemand widersetzen und seine Würde verteidigen. Sie verlangen vom kurdischen Volk, sich nicht für die eigene Sprache und Kultur einzusetzen. Für sie ist alles richtig, was der Staat macht, und alles falsch, was die PKK, das kurdische Volk und der Vorsitzende Öcalan sagen oder machen. Das kurdische Volk wird das aber nicht akzeptieren, es wird seine Freiheit und Würde verteidigen, dies wiederum sieht der Staat als ein Vergehen an.

Ministerpräsident Erdoğan sagte erst kürzlich: „Unsere Tagesordnung wird sich verändern, niemand soll von uns guten Willen erwarten.“ Wo war bislang der gute Wille? Ist es guter Wille, die Gefängnisse zu füllen und Operationen durchzuführen, die 50 Guerillas das Leben kosten? Diese Verluste wurden uns alle im Frühjahr zugefügt. Wenn das guter Wille ist, was wird dann wohl der schlechte mit sich bringen? Reichen die bisherigen Festnahmen und Tötungen nicht?

Aus dem Interview mit Murat Karayılan, 22. Juli 2011, ANF

Am 14. Juli kam es zu militärischen Zusammenstößen zwischen HPG-Guerillas und türkischen Armeeeinheiten. Dieses Ereignis beschäftigt die Türkei noch immer. Was waren die politischen und militärischen Bedingungen für dieses Gefecht, bei dem insgesamt 22 Menschen ihr Leben verloren?

Unsere Bewegung hatte bekanntlich am 13. August 2010 zum achten Mal eine einseitige Waffenruhe verkündet. AKP-Regierung und türkisches Militär haben trotz dieser Waffenruhe bei jeder sich bietenden Gelegenheit Operationen durchgeführt. Um die Waffenruhe in einen dauerhaften Waffenstillstand zu verwandeln, und damit das Sterben ein Ende nimmt, brachten wir einige Bedingungen zur Sprache. Die erste Bedingung war ein beidseitiger Waffenstillstand. Wenn verhindert werden soll, dass Menschen getötet werden, so muss, wenn die eine Konfliktpartei ihre militärischen Aktivitäten einstellt, die Gegenseite dies ebenfalls tun. Wenn die einseitige Aktionspause ignoriert wird und bei jeder Gelegenheit Operationen durchgeführt werden, so ist es nicht zu verhindern, dass es zu Zusammenstößen kommt und Menschen getötet werden.

Seit diesem Frühjahr haben in Amanos 7, in Dêrsim (Tunceli) 7, in Bazarcix (Pazarcık) 3, in Qilaban (Uludere) 10 und in unterschiedlichen Gebieten einzelne unserer Freunde bei den Militäroperation des türkischen Staates ihr Leben verloren. Wie sollen wir uns gegenüber diesen von der Armee einseitig aufgezwungenen Angriffen verhalten? Selbstverständlich sind unsere Kräfte angewiesen, sich zu verteidigen, eine Verteidigungsposition einzunehmen gegenüber Militäroperationen mit Tötungsabsicht. Das ist ein allgemeiner Beschluss unserer Bewegung. Denn Verteidigung ist ein Recht jedes Lebewesens.

Die Vorfälle in Farqîn (Silvan) ereigneten sich in diesem Rahmen. Eine große Einheit der türkischen Armee war auf der Suche nach der Guerilla, um gegen sie eine Vernichtungsoperation durchzuführen. Am 14. Juli gegen Mittag kam es zu Zusammenstößen. Bei diesem Gefecht handelte die Guerilla schnell und attackierte diese Militäreinheit, wobei sie ebenfalls zwei Kämpfer verlor. Während die Auseinandersetzungen noch anhielten, setzte die Armee Cobra-Hubschrauber ein, die das Gebiet unter Beschuss nahmen und infolgedessen einen Flächenbrand verursachten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es bei diesem willkürlichen Beschuss zu Todesfällen kam. Folglich handelte es sich nicht um einen geplanten, organisierten Angriff der Guerilla, vielmehr wurde der Guerillakommandant im Rahmen der aktiven Selbstverteidigung initiativ, um seine Einheit zu schützen (…). Die Verantwortung für diesen Vorfall liegt allein bei denen, die die Soldaten dorthin geschickt haben. Anstatt uns anzugreifen und unsere Menschen lynchen zu wollen, sollten diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die diesen Beschluss gefasst haben, die den Soldaten befohlen haben, in den Bergen auf Guerillajagd zu gehen. (…) Wir möchten den Konflikt auf friedlichem Wege lösen. Hierfür haben wir die Aktionspause ausgerufen. Wenn die Regierung das ebenfalls will, soll sie die Armee und die Polizei zurückhalten und im Dialog die Lösung zu vertiefen versuchen. Aber nein, sie suchen nach Gelegenheiten, um zuzuschlagen, sie sammeln Informationen, führen Aufklärungsflüge durch, und wenn sie Guerillakräfte entdecken, greifen sie sie an. Welche Aufgabe hatten die zwei von der Guerilla entführten Offiziere? Hatten sie nicht eine geheimdienstliche Aufgabe, waren sie nicht darauf aus, in der Bevölkerung Spitzel zu organisieren? Wenn Ihr ständig die Guerillas bekämpfen und töten wollt, müsst Ihr wissen, dass Ihr dabei auch getötet werden könnt. Das ist die Realität.

Nach dem Vorfall in Farqîn (Silvan) kam es in vielen Städten der Türkei infolge provokativer Berichterstattung und chauvinistischer Äußerungen zu Lynchangriffen auf Kurden. Menschen wurden auf offener Straße vom Mob verprügelt, Parteibüros der BDP in Brand gesetzt. Was können Sie dazu sagen?

Überall gibt es Lynchangriffe auf das kurdische Volk. Hauptverantwortlicher dafür ist der türkische Ministerpräsident. Wie sagte er: „Wir werden keinen guten Willen mehr zeigen.“ Daraufhin gab es viele Lynchangriffe gegen Kurden. Die Angriffe der Polizei nahmen drastisch zu, sie tyrannisiert die Kurden regelrecht. Vor einigen Tagen ging sie brutal gegen eine Trauergesellschaft vor, 50–60 Menschen, unter ihnen gewählte Vertreter, Ratsmitglieder und Bürgermeister. Die Polizei griff die Menge mit Tritten und Schlagstöcken an. Ist



Demonstration in Colemêrg gegen die Erdoğan-Politik: „Wir sind bereit für den revolutionären Volkskrieg“ Foto: DIHA

das akzeptabel? Ist nicht der Ministerpräsident dafür verantwortlich? Die gewählten Vertreter dieses Volkes angreifen, sie schlagen und dann behaupten, den Willen dieses Volkes zu akzeptieren.

Wie will Erdoğan den Angriff gegen kurdische Arbeiter in Erzirom (Erzurum) erklären? Wie wollen die Journalisten und Kolumnisten, die in ihren Artikeln die Menschen aufgestachelt haben, dies erklären? Was ist, wenn wir jetzt die Kurden dazu aufrufen, Türken anzugreifen? Es ist offensichtlich, dass diese Politik der türkischen Presse und Regierung falsch ist. Diese Härte wird die Türkei spalten. Denn die Kurden werden nicht mehr vor Repression und Tod kapitulieren. Sie haben diese Schwelle längst überschritten. Daher sagen wir, dass es ein freiwilliges Zusammenleben auf der Grundlage gesellschaftlicher Akzeptanz geben kann. Um sich gegenseitig akzeptieren zu können, muss man sich der Wahrheit stellen. Jeder muss sich mit seiner Geschichte konfrontieren. Jeder einzelne begangene Fehler muss vor Augen geführt und Empathie muss hergestellt werden. Nur auf dieser Grundlage kann es in der Türkei zu einer gesellschaftlichen Übereinkunft kommen.

Der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) hat am 14. Juli die Demokratische Autonomie ausgerufen. Was müssen wir uns darunter vorstellen?

(…) Die Verkündung der Demokratischen Autonomie durch den DTK ist unserer Meinung nach zeitlich richtig und zutreffend. Damit hat der DTK gezeigt, dass er eine repräsentative Kraft der Institutionen und Einrichtungen in Kurdistan ist. Diese Haltung des DTK ist eine würdevolle Haltung gegen den Wahn des politischen Genozids, den die AKP seit dem 14. April 2009 unter dem Namen KCK-Operationen verübt, gegen die parlamentarische Krise sowie allgemein gegen die Politik, die darauf ausgerichtet ist, den kurdischen Willen mit Füßen zu treten. Es ist ein historischer Schritt. Manche halten ihn für verfrüht und behaupten, er entbehre einer Grundlage. Diese mag nicht sehr stabil sein, aber diese politische Haltung hat eine große Bedeutung. Sie bezeichnet ein Ziel und eine Lösung. Sie zeigt, dass das kurdische Volk und die kurdische Politik nicht orientierungslos sind. Die Kurden wollen ihre Belange selbst in die Hand nehmen. Sie sind polizeiliche Repression und staatliche Unterdrückung leid. Dieses Volk ist noch immer Folter und Ausnahmezustand ausgesetzt.

Autonomie oder Selbstverwaltung ist ein in Kurdistan historisch verankertes Verwaltungsmuster. Sie liegt in der Natur der Gesellschaften und ist von jeher ein System innerhalb der kurdischen Gesellschaft. Die Beziehung des kurdischen Volkes zur osmanischen Administration war eine Art Autonomie. Vor diesem Hintergrund ist die Verkündung der Demokratischen Autonomie eigentlich ein verspäteter Akt. Eine Verspätung von 87 Jahren. Sie hätte 1924, als die Kurden von der türkischen Republik verleugnet wurden, ausgerufen werden müssen. Vor 1924 spricht Mustafa Kemal Atatürk von der kurdischen Autonomie. Aber später, mit dem Vertrag von Lausanne, werden die Kurden in der Verfassung von 1924 für nicht existent erklärt. Atatürk hat sein Wort nicht gehalten und später das natürliche Autonomiegebilde in Kurdistan vernichtet. Das eigentliche Ziel der genozidalen Zwangsvertreibung und Umwälzung in Dêrsim 1938 war es, die Autonomie in Dêrsim zu beseitigen. Die letzte Autonomie in Kurdistan wurde 1938 in Dêrsim beseitigt. Sie wurde von der Republik vernichtet und seitdem lebt die kurdische Gesellschaft im Widerspruch mit der Republik. Wenn die türkische Republik sich mit den Kurden versöhnen will, so muss sie ihnen ihre Autonomie zugestehen. Die Kurden wollen mit ihrer eigenen

Sprache und Kultur innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei auf der Grundlage eines freiwilligen Zusammenlebens leben. Sie wollen sich selbst verwalten. Die vom DTK deklarierte Demokratische Autonomie stützt sich auf eine sehr starke und tiefe politische und philosophische Perspektive.

Die Demokratische Autonomie, welche wir heute vorschlagen, hat einen starken Unterbau und stützt sich auf die Perspektive der demokratischen Moderne. Dieses Projekt betrifft nicht nur Kurdistan, sondern ist ein Vorschlag für die gesamte Türkei. Es ist ein Modell zur Demokratisierung. Es ist ein Rahmen, zum einen für die Demokratisierung der Türkei und zum anderen für deren Befreiung durch die Demokratisierung der kurdischen Gesellschaft. Autonomie ist zudem ein natürliches Recht des kurdischen Volkes, das ihm auch nach internationalem Völkerrecht zusteht. Der türkische Staat kann nicht mehr davor flüchten. Mit der Zuspitzung der Situation kann die AKP-Regierung auch nichts erreichen. Das kurdische Volk erwartet keine milde Gabe. Die Demokratische Autonomie ist ein Resultat, das die Kurden durch ihre langjährigen Anstrengungen und Widerstand erzielt haben. Sie hat die Phase der Umsetzung erreicht. Wenn der Staat dies nicht akzeptiert, wird das kurdische Volk dafür kämpfen und seine Demokratische Autonomie aus eigener Kraft im alltäglichen Leben organisieren und umsetzen. Hierfür verfügt es – neben legitimen Forderungen – auch über legitime Kampfinstrumente und -möglichkeiten.

Der Rahmen der Demokratischen Autonomie wurde in Form einer 12-seitigen Deklaration veröffentlicht. Darin wird ausführlich darauf eingegangen, wie die Demokratische Autonomie zu behandeln und zu verstehen sei. Sie ist ein geeignetes Lösungsmodell entsprechend den Bedingungen der Türkei, eine Formel sowohl für die Demokratisierung der Türkei als auch für die Lösung der kurdischen Frage. Sie ist die Lösungsperspektive des kurdischen Volkes. Sie wurde im Volk breit akzeptiert, von seiner legalen Politik programmatisiert und von unserer Bewegung ebenfalls als geeignetes Lösungsmodell betrachtet.

Die gegenwärtige Aufgabe liegt darin, die Demokratische Autonomie umzusetzen. Überall ihre Institutionen aufzubauen, sie funktionstüchtig zu machen sowie das demokratische System der Gesellschaft und ihre Selbstverwaltung aufzubauen. Das ist die Hauptaufgabe aller Patrioten, demokratischen Institutionen und Kreise. Das kurdische Volk muss mit dem Aufbau sein eigenes demokratisches System, seine eigene Lösung darlegen.

Abdullah Öcalan hat die Perspektive einer Partei „Demokratischer Nationalkongress" benannt, wie die gegenwärtige Krise im Parlament überwunden werden könnte. Was können Sie uns darüber sagen?

Wir sind der Überzeugung, dass eine solche Partei eine starke gemeinsame Kampfplattform darstellen würde. Diese hätte schon viel früher entwickelt werden müssen. Aber der vor der Parlamentswahl entstandene Wahlblock „Bündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit" stellt ein gewisses Modell dar. Er hat gezeigt, dass es funktionieren und erfolgreich sein kann. Diese Erfahrung wirkt ermutigend. Unserer Meinung nach war es ein Fehler, nach den Wahlen so lange mit der Aufbauarbeit zu warten. Diese Blockbewegung sollte rasch in eine Partei verwandelt werden, flexibel und in Form einer Dachpartei. Dies könnte die Partei „Demokratischer Nationalkongress" sein. Ohne weiteren Zeitverlust sollten entsprechende Vorbereitungen begonnen werden. Eine breite Blockbewegung, die in der Türkei und in Kurdistan alle linken, sozialistischen, demokratischen sowie patriotischen Kreise umfasst, ist zwingend notwendig.

Die BDP vertritt eine lösungsorientierte Haltung, um die Krise im Zusammenhang mit dem Parlamentsboykott zu überwinden. Aber voreiliges Drängeln ist nicht förderlich. Es ist möglich, diese Krise auf der Grundlage einer gemeinsamen Übereinkunft zu bewältigen. Unser Vorsitzender hat dafür eine Formel vorgeschlagen wie: „Die Situation der inhaftierten Abgeordneten ist ein Verfassungsproblem, ein politisches Problem. Wir werden es im Rahmen der Gesetze und der Verfassung lösen." Wenn die Regierung sich dieser Formel ebenfalls positiv annähert, kann das Problem gelöst werden. Eine Perspektive, es Schritt für Schritt zu beheben, ohne von den Grundprinzipien abzuweichen, kann lösungsfördernd sein. Dieses Thema ist auch wichtig für die Lösung des Konfliktes im Allgemeinen. Es gibt die Protokolle [*s. o.*]. Wenn im Rahmen dieser Protokolle die Lösung des [*Gesamt-*]Konfliktes entwickelt werden soll, kann die Bewältigung der parlamentarischen Krise dafür eine Vorreiterrolle spielen.

Aus dem Interview mit Murat Karayılan: AKP hat sich für den Krieg entschieden, 8. und 9. August 2011, ANF

Abdullah Öcalan erklärte am 27. Juli gegenüber seinen Anwälten, dass er sich aus der [*Gesprächs-*]Phase zurückzieht. Welche Gründe haben ihn dazu gebracht?

Der Vorsitzende versucht seit insgesamt 18 Jahren, davon 6 Jahre draußen und 12 Jahre auf Imralı, in der kurdischen Frage eine friedliche demokratische Lösung zu entwickeln. Er hat diesen Beschluss gefasst, weil seine vielseitigen Bemühungen keine Erwiderung fanden und vom türkischen Staat keine Schritte zur Lösung unternommen wurden. Weil die Lösungsphase sich nicht entwickelt hat, sagte er: „Ich ziehe mich zurück." Als weiteren Grund fügte er an, dass die kurdische Freiheitsbewegung diese Phase ebenfalls nicht zureichend hat beantworten können. Der Kern seiner Kritik an uns bezieht sich auf unsere unzureichenden Anstrengungen zur Verwirklichung einer Lösung. Unsere Bewegung hat zur Entwicklung der demokratischen Lösung nicht alle notwendigen Mittel genutzt und auf dieser Grundlage seine Hand nicht ausreichend stärken können. Diese Kritik ist berechtigt. Zwar hat unsere Bewegung den Staat zu einem Dialog mit dem Vorsitzenden gezwungen, aber das reichte nicht, um die Lösung zu entwickeln. Wir befassen uns ausführlich mit dieser Kritik. Wir führen Diskussionen darüber, wie wir die Mängel, die die Grundlage für diese Kritik und Selbstkritik bilden, überwinden können, wie wir die Möglichkeiten und Bedingungen für eine Lösung noch effektiver gestalten können. Wir haben die

Appelle unseres Vorsitzenden immer mit großer Sorgfalt behandelt und das Notwendige praktiziert. Wir haben dem Dialog unseres Vorsitzenden mit der Delegation des Staates auf Imralı große Bedeutung beigemessen, uns diesen Gesprächen strategisch angenähert und die praktischen Notwendigkeiten zu erfüllen versucht.

Aber vom Staat, als Konfliktpartei, fehlen zur Lösung des Problems die erforderlichen Schritte. Er ist derjenige, der Schritte einleiten musste. Er hat die Roadmap unseres Vorsitzenden ein Jahr lang verheimlicht, sie niemandem gegeben, um so eine Auseinandersetzung über sie zu verhindern. Diese Roadmap war zur Entwicklung der Lösung angefertigt worden. Später am 10. Mai hat unser Vorsitzender drei Protokolle vorgelegt, sowohl dem Staat als auch der KCK. Wir als Bewegung haben ihnen zugestimmt. Obwohl die staatliche Delegation, die die Gespräche mit dem Vorsitzenden führt, diesen Protokollen gegenüber ebenfalls nicht abgeneigt war, blieben sie auf staatlicher Ebene unbeantwortet. Die bis zum 15. Juni geforderte staatliche Antwort auf die Protokolle blieb aus. Viel wichtiger ist jedoch, dass entgegen den Erwartungen die politische Tagesordnung in der Türkei nach den Wahlen nicht von der Lösungsphase, sondern von Gewalt bestimmt wurde.

Es ist inzwischen unübersehbar, dass die AKP-Regierung diesen Konflikt nicht mittels Dialog und Verhandlung, sondern mit den unterschiedlichsten Vernichtungsmethoden zu lösen gedenkt. Ministerpräsident Erdoğan hatte vor den Wahlen äußerst aggressive Reden gehalten. Für manche stellten diese Äußerungen nicht die wahre Meinung der AKP dar, sondern Wahlpropaganda, doch nach den Wahlen wurde klar, dass sie nicht nur vorübergehender Natur waren. Die initiierte parlamentarische Krise, die Festnahmen im Rahmen der KCK-Operationen, die Fortsetzung der Militäroperationen und weitere Angriffe haben gezeigt, dass die AKP-Regierung keinerlei Interesse an Entspannung oder Lösung hat. Zudem hat sie mit der Äußerung „Es gibt keine kurdische Frage, sondern nur das PKK-Problem" eine von Gewalt geprägte Tagesordnung aufgestellt und den Iran dazu ermutigt, Kandil anzugreifen. Somit wurde die Phase der Vernichtung begonnen.

Unser Vorsitzender unterbreitete angesichts dieser Entwicklungen einen konkreten Vorschlag: Die Regierung solle ihm den Weg freimachen, der Ministerpräsident an ihn appellieren und Sicherheiten geben und er werde innerhalb einer Woche alle Guerillaeinheiten an einem Ort sammeln. Aber Erdoğan und die AKP ignorierten diesen Vorschlag. Statt für den Lösungsweg entschied sich die Regierung dafür, die ohnehin gespannte Atmosphäre noch weiter anzuheizen und ihre Operationen zu verstärken. Vor allem die Verluste bei den Gefechten in Farqîn (Silvan) hat die AKP als Trumpfkarte benutzt. Gemeinsam mit CHP und MHP wurde eine Kriegserklärung abgegeben und mit dieser Offensive eigentlich ihr seit längerem vorbereitetes Konzept umzusetzen begonnen. Der Vorsitzende sagt dazu, niemand soll ihn vorschieben und benutzen, niemand soll über seine Person seine Spielchen spielen; er zieht sich zurück. Dabei ließ er die Tür noch ein wenig offen, indem er ankündigte, dass ein Gespräch mit der Delegation stattfinden werde. Unabhängig davon ist eine Haltung wichtig. Denn die Regierung ist nicht aufrichtig, dies muss erkannt werden.

Die AKP-Regierung und auch der türkische Staat und alle betreffenden Kreise müssen diese Haltung und den Appell des Vorsitzenden ernst nehmen. Wenn sie sie ignorieren und weiterhin an ihrer Gewaltpolitik festhalten, wird die Situation einen völlig anderen Verlauf nehmen.

In den letzten Tagen scheinen die heftigen Angriffe und Gefechte im Zusammenhang mit der iranischen Offensive in Südkurdistan etwas abgeflaut zu sein. Wie ist der letzte Stand?

Die Absicht hinter dem Angriff Irans gegen Kandil, dem ständigen Artilleriebeschuss der Dörfer entlang der Grenze zur Entvölkerung der Gebiete, war es, Kandil zu besetzen. Dieser Plan ist Teil eines umfassenden Konzeptes gegen die gesamte kurdische Befreiungsbewegung, das der türkische Staat dem Iran offeriert und auf dessen Umsetzung er gedrängt hatte. Dazu gibt es in den letzten Jahren ein Abkommen zwischen der Türkei und Iran. Ziel ist die Schwächung der Kurden. Mit der Besetzung Kandils, unter Einbeziehung der Regionalregierung Kurdistans, sollten PKK und PJAK [*Partei für ein Freies Leben in Kurdistan, iranischer Teil*] getroffen und innerkurdische Auseinandersetzungen provoziert werden. Um so Kraft und Strategie der Kurden zu schwächen und ihre Mitwirkung an der Neugestaltung der Region zu verhindern. Das war die eigentliche Absicht. In diesen Plan sollten nicht nur die Türkei und Iran, sondern auch die irakische Regierung einbezogen werden. Und ebenfalls die Regionalregierung Kurdistan. Die war darüber informiert. Zwar sagt sie, sie würden sich nicht daran beteiligen, lehnt ihn aber auch nicht ab. Weil sie praktisch nicht an der Operation teilgenommen haben, sind sie im Verlauf der Operation ebenfalls zum Angriffsziel gemacht worden. So wurden nicht nur die Gebiete unter unserer Kontrolle, sondern auch Gebiete der PDK [*Barzanis Demokratische Partei Kurdistan*] massiv bombardiert.

Es heißt, auch die USA hätten unterstützend agiert. Warum unterstützen die USA ein Land wie Iran, das sie zum Feind erklärt haben?

Ja, ein weiterer Pfeiler dieses Plans waren die USA. In einigen Presseorganen, die sich sogar auf iranische Nachrichtenagenturen bezogen, wurde einiges zur Sprache gebracht. Demnach waren die USA ebenfalls informiert und leisteten auf gewisse Weise Unterstützung. Denn sie wollen sowohl die PKK als auch Iran schwächen. Außerdem würden militärische Auseinandersetzungen an der irakischen Grenze eine Öffentlichkeit schaffen, die sich für ein Verbleiben der US-Einheiten im Irak aussprechen würde. Vor diesem Hintergrund befürworteten die USA diesen Angriff. Kurzum handelt es sich hier um einen umfassenderen und auch über Iran hinausgehenden Plan, in den dieser hineingezogen wurde. Es ist unklar, inwieweit der sich dessen bewusst ist, aber die Türkei hat sehr geschickt den Krieg gegen die Kurden auf den Iran abgewälzt. Um sowohl Iran als auch die Kurden zu schwächen.

Hat der Iran das Gewünschte erreicht?

Gegen diesen Angriff haben in erster Linie die PJAK-Einheiten der Freiheitsguerilla Kurdistans einen ernsthaften und wichtigen Widerstand geleistet, so dass Iran das gewünschte Ziel nicht erreichen konnte. Er musste hohe Verluste hinnehmen, so blieben die Operationen mit der Zeit erfolglos. Wären sie erfolgreich gewesen, dann hätten sich mit hoher Wahrscheinlichkeit andere Kräfte ebenfalls daran beteiligt. Als sie sahen, dass Iran Schwierigkeiten hat, haben sie sich im Hintergrund gehalten und ihn alleingelassen. Das führte dazu, dass die seit annähernd zwei Wochen anhaltenden Angriffe und Bombardements in den letzten Tagen abgenommen haben und nur sporadisch stattfinden. Das heißt, der iranische Staat hat seine massiven Angriffe gegenwärtig eingestellt. Ich hoffe, dahinter steckt die Einsicht, dass diese Angriffe nicht in seinem Interesse liegen. Es kann natürlich auch an anderen Gründen liegen oder Taktik sein.

Sollte Iran seine Angriffe nicht wiederaufnehmen, werden die Guerillaeinheiten ebenfalls nicht angreifen. Damit es nicht erneut zu Auseinandersetzungen kommt, versuchen wir, Vorkehrungen zu treffen. So haben wir vereinbart, dass sich die an der Grenzlinie stationierten HRK-[*Ostkurdistankräfte-*]Einheiten von PJAK zurückziehen und an ihre Stelle unsere HPG-Einheiten rücken. Auf diese Weise werden in Kandil und an der Grenzlinie keine PJAK-Guerillas mehr sein. Dies ist ein einseitiger Schritt, um den Iran nicht zu provozieren. Ich hoffe, dass dies von ihm auch anerkannt wird.

Werden die HPG-Einheiten kämpfen, wenn Iran seine Angriffe erneut aufnimmt?

In der gegenwärtigen Situation sind die Auseinandersetzungen im Iran an einem kritischen Punkt angelangt. Sollte er erneut angreifen, wird sich neben der PJAK auch die PKK verhalten müssen. Denn an der Grenzlinie befinden sich Einheiten der PKK und wir haben dem Iran keinen Krieg erklärt. Wir wollen auch nicht gegen die Islamische Republik Iran kämpfen. Eines der Ziele der internationalen Mächte, die die Region neu ordnen wollen, ist die Belagerung Irans. Im Moment sind sie mehr mit Syrien beschäftigt. Wenn sie das erledigt haben, ist Iran an der Reihe. Vor diesem Hintergrund wollen wir Kurden nicht mit dem Iran im Krieg liegen. Wir sollten unparteiisch sein. Wir wollen in der Konfrontation der internationalen Mächte mit regionalen Kräften niemandes Soldat sein. Die Kurden sollten eine unabhängige Haltung einnehmen. Sie sind ebenfalls eine der maßgeblichen Volksgruppen dieser Region und sollten sich nicht vor den Karren internationaler Hegemonialkräfte spannen lassen. Vor diesem Hintergrund erachten wir es nicht für richtig, in dieser Phase mit dem Iran in einem erbitterten bewaffneten Kampf zu stehen. Wir betrachten die Angelegenheit nicht aus aktueller politischer Perspektive, sondern vielmehr strategisch. Auch Iran sollte sich darüber Gedanken machen. Ein Krieg gegen die PKK liegt in keiner Weise in seinem Interesse. Die PKK stellt eine Kraft dar, sie verfügt über 30-jährige Erfahrung. Wenn die PKK eine kriegerische Haltung gegen Iran einnimmt, wäre dies schlecht für ihn. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Situation schwerwiegende Resultate für ihn nach sich ziehen würde.

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan erklärte: „Das Syrienproblem ist unsere innere Angelegenheit.“ Außenminister Davutoğlu ist heute nach Damaskus geflogen. Kann die Türkei Syrien angreifen?

Die Äußerungen Erdoğans zu Syrien sind tatsächlich äußerst interessant. Unabhängig von der Praxis Syriens zu sagen „Syrien ist unsere innere Angelegenheit“ ist eine regelrechte Drohung, mit der ein möglicher Angriff signalisiert wird. Es darf nicht vergessen werden, dass dieser Ministerpräsident, der dem syrischen Staat vorwirft, seine eigene Bevölkerung zu töten, auf die Kurden bezogen geäußert hatte: „Egal, ob Frauen oder Kinder, die Sicherheitskräfte werden das Nötige tun“, und er hat auf diese Weise der Ermordung Dutzender kurdischer Zivilisten durch Polizeikugeln den Weg bereitet. Warum zeigt er gegenüber dem kurdischen Volk, das in seinem eigenen Land durch die Polizei angegriffen und getötet wird, nicht eine ähnliche Sensibilität wie gegenüber der Bevölkerung in Syrien? Das ist ein großer Widerspruch in der Politik der AKP und Erdoğans.

Die Geschichte ist voller Eigenartigkeiten. 1998 hatte nach einer Drohrede von Atilla Ateş [*damaliger Armeekommandant*] auch Süleyman Demirel [*damaliger Staatspräsident*] im türkischen Parlament eine Drohrede gegen Syrien gehalten. Die Rede Erdoğans ähnelt ihr sehr. Damals bedrohten sie Syrien, und Syrien verwies unseren Vorsitzenden des Landes. Sie drohten: „Sonst werden wir angreifen!“ Heute nach 13 Jahren wird Syrien unter anderen Vorwänden bedroht. Es ist wichtig, dass diejenigen aus dieser Parallele eine Lehre ziehen, die es angeht. Es ist ein eklatanter Widerspruch, dass die Türkei zum einen faschistische Praktiken gegen die kurdische Bevölkerung innerhalb der Türkei gutheißt, während sie sich zum anderen gegen die Unterdrückung in anderen Ländern verhält. Ohne diesen Widerspruch zu lösen, wird Erdoğan nichts erreichen.

Es ist offensichtlich, dass der Haltung Erdoğans gegenüber Syrien nicht die Sorge um die Bevölkerung zugrunde liegt. Vielmehr spielt die AKP-Regierung im Rahmen der US-Politik die Rolle, Syrien zur Kapitulation zu bewegen, und beansprucht gemäß dieser Rolle die Möglichkeit zur Intervention. Das Problem ist auch nicht allein Syrien. Die AKP-Regierung hat im Zuge der Politik des gemäßigten Islam bei der Neuordnung der Region durch die USA eine wichtige Rolle übernommen. Diesbezüglich besteht eine Übereinkunft zwischen der Türkei und den USA. Obwohl noch vor einem Jahr Erdoğan Gaddafi einen Orden verlieh, versucht die Türkei jetzt alles für den Sturz Gaddafis. Dies geschieht planmäßig. Demnach wurden anfangs 30 000 Arbeiter aus der Türkei aus Libyen zurückgerufen, anschließend wurde Libyen direkt angegriffen. Jetzt wird auf Syrien gezielt. Der Grund, warum Erdoğan dermaßen mit Syrien beschäftigt ist, sind weniger die syrischen Angriffe auf die Bevölkerung, vielmehr versucht er, das gemeinsame Projekt mit den USA umzusetzen. ♦

Hintergründe zu den Angriffen des Iran auf das Kandil-Gebiet

Einfluss der Kurden bei der Neugestaltung des Nahen und Mittleren Ostens begrenzen

Müslüm Örtülü

Mitte Juli greifen iranische Truppen das nordirakische Kandil-Gebiet militärisch an. Eine legitime Operation des Iran gegen die separatistischen KurdInnen der PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan), die aus ihrem Rückzugsraum in den nordirakischen Kandil-Bergen gegen den iranischen Staat agieren, so die Stellungnahme des iranischen Botschafters in Bagdad, Hassan Danaeifar. Ist dies das einzige militärische Ziel des Iran bei der großangelegten grenzüberschreitenden Operation auf irakischem Territorium? Wie kommt es, dass die USA zu dem Ganzen schweigen? Und welche Rolle spielt die Türkei bei diesen Angriffen?

Der iranische Staat hat 30 000 seiner Soldaten zusammengezogen; diese überschreiten, mit aufwändiger Waffentechnik ausgestattet, die iranisch-südkurdische Grenze. Das Ganze hört sich an wie ein Ereignis aus dem ersten Golfkrieg. Doch was hier beschrieben wird, ereignet sich nicht in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, sondern am 16. Juli 2011: ein Angriffskrieg des Iran gegen die kurdische Freiheitsbewegung, welcher sich dieser Tage jenseits jeglicher medialen Aufmerksamkeit mitten im Unruheherd des Nahen und Mittleren Ostens abspielt. Das Rote Kreuz berichtet kurz nach den Angriffen von über 800 ZivilistInnen, die sich auf der Flucht befinden. Kurdische Nachrichtenagenturen sprechen von vier toten ZivilistInnen, die durch den Raketenbeschuss des Iran ums Leben kamen. Außerdem ist von mindestens 255 toten iranischen Soldaten und zwölf getöteten PJAK-KämpferInnen die Rede.

Am 11. Juli, also fünf Tage vor den ersten Angriffen des Iran, empfängt man in Teheran den türkischen Außenminister Ahmet Davutoğlu. Vier Tage später, am 15. Juli, kommen im Rahmen eines NATO-Treffens in Istanbul US-Außenministerin Clinton und Mitglieder der türkischen Regierung zusammen, darunter auch Außenminister Davutoğlu. Bei dem Gespräch zwischen Davutoğlu und Clinton soll es vordergründig um dessen Besuch in Teheran gegangen sein. Drei Tage später stattet der designierte CIA-Chef David Petraeus in Ankara Davutoğlu einen Besuch ab, und auch hier ist neben dem ISAF-Einsatz in Afghanistan die PKK ein Hauptthema. Es herrscht also reger und hoher diplomatischer Verkehr in Ankara. Das Ziel der AKP-Regierung hierbei ist klar: eine enge Zusammenarbeit mit dem Iran beim gemeinsamen „kurdischen Problem“, in stetiger Absprache mit dem strategischen Bündnispartner aus Washington, um diesen nicht zu verärgern. Eine diplomatische Gratwanderung, welche der Türkei anscheinend wunderbar gelingt. Denn die USA schweigen leise nickend gegenüber den Angriffen des Iran, während die Türkei aktiv ihren Partner in der antikurdischen Koalition unterstützt. So soll die Türkei geheimdienstliche Informationen über die Stellungen der PJAK und der PKK, die sie ihrerseits von den USA erhält, an den Iran weitergegeben haben. Darüber hinaus berichten AugenzeugInnen, dass auch fünf türkische Soldaten auf der Seite des Iran bei den Gefechten mit der PJAK ums Leben kamen. Hinzu kommt, dass die Türkei zeitgleich mit den Angriffen des Iran auf irakischem Territorium begonnen hat, ihre Soldaten an der türkisch-irakischen Grenze zusammenzuziehen. Für die türkische Regierung, die bei der Lösung der kurdischen Frage weiterhin ausschließlich auf die militärische Karte setzt, scheinen die diplomatischen Gegebenheiten geeignet zu sein, um einen weiteren großangelegten Angriff auf PKK-Stellungen im Nordirak zu wagen.

Dafür muss allerdings auch die irakische Regierung in die antikurdische Koalition mit eingebunden werden. Der schiitische Ministerpräsident des Irak, Nuri al-Maliki, scheint darin kein Problem zu sehen. Denn die Begrenzung des kurdischen Einflusses liegt auch in seinem Interesse. Zugleich weiß al-Maliki auch, dass er seine guten Beziehungen zu seinen schiitischen Glaubensbrüdern aus Teheran nicht zu sehr strapazieren darf. Immerhin hat das Mullah-Regime kräftig im Hintergrund mitgewirkt, als es darum ging, ihm den Posten des irakischen Ministerpräsidenten zu sichern. Und auch bei der Beilegung des innerschiitischen Konflikts mit Muktada al-Sadr samt seiner Mahdi-Armee, die immerhin über 10 000 Milizionäre verfügen soll, hat der Iran keine unbedeutende Rolle gespielt. So wird al-Maliki, auch im Hinblick auf den US-amerikanischen Truppenabzug und den damit einhergehen-

den steigenden Einfluss des Iran, seine zukünftige Politik kaum unabhängig von den Interessen Teherans bestimmen können. Und dies gilt umso mehr, wenn es dabei um das gemeinsame „Kurdenproblem“ geht. Daher schweigt man in Bagdad zu den Angriffen und lässt dem Iran freie Hand bei dem Angriff auf (eigentlich) irakisches Staatsterritorium.

Syrien, traditionell auch fester Bestandteil der antikurdischen Koalition, kann aufgrund seiner innenpolitischen Probleme aktuell seiner Rolle nicht gerecht werden. Dafür versucht das Trio Türkei-Iran-Irak, die politischen Kräfte in Südkurdistan in ihren Kampf einzubeziehen. Es wird gemunkelt, dass der Iran der YNK (Patriotische Union Kurdistans unter dem irakischen Staatspräsidenten Talabani) bereits Versprechungen gemacht haben soll, ihnen ein Teil des Kandil-Gebietes zu überlassen, wenn man die PKK erst einmal liquidiert habe. Sowohl PDK (Demokratische Partei Kurdistans unter dem Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Barzani) als auch YNK lehnen jedoch bisher eine aktive Unterstützung dieses Bündnisses ab. Sie sind sich dessen bewusst, dass sich die antikurdische Koalition bei ihren Angriffen zwar zunächst auf PJAK und PKK konzentriert. Bei einem möglichen Erfolg würden im nächsten Schritt allerdings YNK und PDK selbst zur Zielscheibe werden.

Auf Seiten der PKK bewertet man daher die militärischen Operationen des Iran nicht bloß als Angriff auf die eigenen Kräfte. Vielmehr versuche der Iran, im Rahmen der antikurdischen Koalition den Einfluss der KurdInnen bei der Neugestaltung des Nahen und Mittleren Ostens zu begrenzen. Der Vorsitzende des Exekutivrats der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan), Murat Karayılan, erklärt, dass man als Bewegung allerdings bisher keinen Kriegsbeschluss gegen den Iran gefällt habe: „Uns ist bewusst, dass der Iran im Widerspruch zum internationalen Kapital steht und somit von internationalen Mächten umzingelt wird. Da wir nicht gewillt sind, anderen Mächten zu dienen, und ein Kriegsbeschluss der KurdInnen gegenüber dem Iran den Interessen internationaler Kapitalisten dienen würde, lehnen wir dies ab.“ Vielleicht ist das auch mit ein Grund, weshalb die USA bisher zu den Angriffen des Iran schweigen. Die PKK-Führung macht allerdings auch deutlich, dass sie sich das Recht auf legitime Selbstverteidigung gegenüber den Angriffen nicht nehmen lassen werde.

Durch die Bombardierungen zerstörtes Dorf in Südkurdistan Foto: DIHA

Für den Iran droht indes der militärische Angriff zum Desaster zu werden. Die konservative iranische Tageszeitung Keyhan berichtet von der Erfolglosigkeit des iranischen Militärs gegenüber der PJAK. Unter den getöteten iranischen Soldaten seien auch drei hochrangige Generäle. Der Iran hat jedoch seine Strategie langfristig ausgelegt. Der Ausbau von militärischen Stützpunkten an der nordirakischen Grenze deutet auf eine dauerhafte Präsenz des iranischen Militärs in der Region hin. Und hierbei geht es nicht nur um die Sicherung der politischen Interessen des Iran, denn das Timing der Angriffe lässt auch vermuten, dass sie als Teil langfristiger wirtschaftlicher Interessen begriffen werden. So hat die iranische Regierung mit dem Irak und Syrien am 25. Juli, also knapp neun Tage nach den ersten Angriffen auf das Kandil-Gebiet, ein Energietransportprojekt über 10 Mrd. $ unterzeichnet. Bei diesem Projekt geht es um den Aufbau eines Pipelinenetzes, welches den Gastransport vom Iran nach Europa sichern soll. Da die Pipelines über die Autonome Region Kurdistan führen sollen, will Teheran seinen Einfluss auf das Nachbarland Irak, gerade auch in der Zeit nach dem Abzug des US-Militärs, sicherstellen. Die Präsenz der kurdischen Freiheitsbewegung wirkt da nur als potenzieller Störfaktor. ♦

Bilanz eines Jahres Waffenpause

220 Operationen – 220 Tote

Abdurrahman Gök, DİHA/Amed, Yeni Özgür Politika 12.08.2011

Die Bilanz eines Jahres der Aktionslosigkeit: Das türkische Militär hat 220 Operationen durchgeführt, 89 HPG-Guerillas wurden getötet und 131 Polizisten und Soldaten starben. Mindestens 5 200 Menschen wurden festgenommen und etwa 1 300 inhaftiert.

Der türkische Staat hat auf die vom Vorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Abdullah Öcalan, ausgerufene Phase der Aktionslosigkeit mit militärischen und politischen Operationen geantwortet. In der Zeit zwischen dem Tag der Bekanntgabe der Aktionslosigkeit, dem 13. August 2010, und dessen Jahrestag 2011 wurde von Seiten des türkischen Staates kein Schritt zur politischen Lösung der kurdischen Frage getan und die politischen und militärischen Operationen wurden sogar noch gesteigert. Das türkische Militär führte von Şemzînan (Şemdinli) bis Hatay, von Mêrdîn (Mardin) bis Samsun in vielen Gebieten innerhalb der Türkei pausenlos Operationen gegen in Defensivposition befindliche Guerillas durch; dutzende Guerillas der Volksverteidigungskräfte (HPG), Soldaten und Polizisten verloren dabei ihr Leben.

Innerhalb des Jahres wurden die in den ländlichen Gebieten vom Militär begonnenen Operationen in den Stadtzentren von der Polizei flankiert, wobei Tausende festgenommen und Hunderte inhaftiert wurden. Nach einem Bericht von Menschenrechtsorganisationen wurden vom türkischen Militär innerhalb eines Jahres gegen die Guerilla 188 Bodenoperationen, 12 Luftangriffe, 18 Angriffe mit Kobra-Kampfhubschraubern und 249 Artillerieangriffe durchgeführt. Bei den Kämpfen verloren 89 Guerillas, zehn Polizisten, ein Mitglied einer Spezialeinheit und 120 Soldaten, also insgesamt 131 Polizisten und Soldaten ihr Leben.

Der Plan ist, die kurdische Bewegung auszulöschen

Um aus der Phase der Aktionslosigkeit einen dauerhaften Waffenstillstand und eine Phase des Friedens zu entwickeln, forderte die kurdische Bewegung: „Eine neue Verfassung, Erziehung in der Muttersprache, ein Ende der Operationen, die Freiheit der politischen Gefangenen, die Absenkung der 10%-Hürde bei Wahlen und der Beginn von Verhandlungen." Diese Forderungen wurden sämtlich von der türkischen Regierung zurückgewiesen und statt die Operationen zu stoppen, wurden intensive diplomatische Aktivitäten mit den Nachbarländern und den westlichen Staaten begonnen und ein „Auslöschungsplan gegen die PKK" in Gang gesetzt. Als ein Ergebnis dieser intensiven diplomatischen Bemühungen wird in der Presse auch der zuletzt am 16. Juli begonnene Angriff des Iran auf die gemeinsam mit der PKK in Aktionslosigkeit befindliche Partei für ein Freies Leben (PJAK) und föderales kurdisches Gebiet gesehen.

Das Jahr 2011 begann mit 64 Toten

Die Phase der Aktionslosigkeit, die auf den Aufruf Öcalans hin vom Exekutivkomitee der KCK als Gelegenheit zur Verhandlungslösung der kurdischen Frage zunächst für einen Monat ausgerufen worden war, wurde im September 2010 bis zu den Parlamentswahlen im Juni 2011 verlängert. Das türkische Militär reagierte darauf mit einer Ausweitung der Operationen. Nach einer Erklärung des Hauptquartiers der HPG fanden zwischen dem 14. August und dem 28. Dezember 2010 85 Bodenoperationen, 7 Luftangriffe und 125 Artillerieangriffe statt. Bei den Kämpfen starben 32 Soldaten und 32 Guerillas. In dieser Zeit fand jeden Tag eine Operation statt. Zwischen dem 13. und dem 31. August und zwischen dem 26. September und dem 24. Oktober fanden mindestens 30 Operationen statt. Insgesamt fielen in 3 Monaten 29 Guerillas. Bei den Operationen zwischen August und 9. September fielen 3 Guerillas. Im August fanden 57 Artillerieangriffe, im September 6 Luft- und 41 Artillerieangriffe und im Oktober 27 Artillerie- und 4 Hubschrauberbombardements statt. Die Bombardierungen sorgten für schwere Umweltschäden, zwischen Juli und Oktober 2010 wurden über 86 Waldgebiete in Brand gesetzt.

Etwa 900 Festnahmen

Parallel zu den sich bis heute steigernden Militäroperationen wurden alle demokratischen Forderungen und Aktionen der kurdischen Bevölkerung ins Visier genommen. Infolge von Operationen der AKP-kontrollierten Polizei wurden nach



Noch immer sitzen Hunderte Heranwachsende und Jugendliche in den Gefängnissen der Türkei Foto: DIHA

Presseangaben mindestens 886 Personen festgenommen und 100 inhaftiert.

In den ersten drei Monaten 2011 vier Operationen

Anfang des Jahres fiel eine Abnahme der Operationen auf, in den ersten 3 Monaten wurden infolge von 4 Operationen 3 Soldaten und 10 Guerillas getötet.

Mit dem Frühling war wiederum eine Zunahme der Operationen zu verzeichnen. Im Monat April wurden 15 Operationen gegen die HPG durchgeführt, dazu kamen 30 Artillerie- und Mörserangriffe, 5 Bombardements durch Kampfhubschrauber und 2 Flugzeugbombardements. Bei den genannten Operationen fielen 23 HPG-Guerillas.

Im Monat Mai kam es mit 34 Operationen im Vergleich zum April zu mehr als einer Verdoppelung. Bei 6 Zusammenstößen verloren 14 Guerillas und 27 Soldaten ihr Leben. Außerdem starben 1 Mitglied einer Spezialeinheit und 6 Polizisten. Auf die Guerillagebiete wurden 39 Artillerie- und Mörserangriffe durchgeführt.

400 Inhaftierungen in zwei Monaten

Um die Umsetzung der dringendsten Forderungen zur Lösung der kurdischen Frage auf die Tagesordnung zu bringen, waren im März Aktionen des zivilen Ungehorsams begonnen worden. Diese wurden immer mehr zum Ziel staatlicher Angriffe. Die Proteste gegen die Entscheidung der Hohen Wahlkommission (YSK), KandidatInnen des pro-kurdischen Wahlbündnisses nicht zuzulassen, wurden zum Ziel schwerer Repression und von Angriffen. Bei zwischen dem 24. März und dem 11. Mai von Hatay bis Çanakkale, von Istanbul bis Colemêrg (Hakkari) durchgeführten Polizeioperationen wurden 2 506 Personen festgenommen und 400 inhaftiert.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 4 000 Festnahmen

Der Bericht des Büros des Menschenrechtsvereins (IHD) in Amed (Diyarbakır) über die Menschenrechtsverletzungen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 macht die Dimension der Repression gegen die kurdische Bevölkerung deutlich. Zwischen Januar und Juni ereichte die Zahl der Festnahmen 4 015 Personen, 1 145 wurden inhaftiert. Die Menschenrechtsverletzungen erreichten eine Zahl von 16 482, die Anzahl der dokumentierten Fälle von Folter und Misshandlung nahm um 200 % zu.

Operationen ausgeweitet

In den Monaten Juni und Juli wurden von Gewer (Yüksekova) bis Sêwas (Sivas), von Samsun bis Şirnex (Şırnak) mit steigender Tendenz Operationen durchgeführt. In jedem der beiden Monate fanden über 50 Operationen und 34 Artillerieangriffe statt. Bei 17 Konfrontationen starben 10 Guerillas, 58 Soldaten und 2 Polizisten. Aufgrund des Artilleriebombardements brachen 4 Brände aus, bei einem Angriff wurde das Vieh von DorfbewohnerInnen getötet. Im Juli wurde das Xakurkê-Gebiet in Südkurdistan 9-mal angegriffen, 8-mal vom Iran und einmal von der Türkei aus. Dabei brachen zwei Brände aus. Im Monat August steigt die Zahl der Operationen weiter an und damit auch der Verlust an Menschenleben.

Die von der Regierung ins Visier genommene linke kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) werden pausenlos mit Festnahmeoperationen überzogen. Allein in den ersten 9 Tagen des Monats Juni wurden von 309 Festgenommenen 98 inhaftiert. Die Festnahmen und Inhaftierungen in allen Teilen der Gesellschaft gehen pausenlos weiter. ♦

Militär, Polizei und die AKP

Haupt- und Nebenrollen im Krieg

Doğan Barış Abbasoğlu, Journalist

Als im Mai des Jahres 1807 Alemdar Mustafa Pascha in den Harem des Topkapı-Palastes trat, begegnete er dem Leichnam des osmanischen Sultans Selim III. Der Sultan eines immer noch mächtigen Osmanischen Reiches war von einigen Soldaten des Janitscharen-Heeres[1] verprügelt und anschließend erdrosselt worden.

Alemdar Mustafa Pascha war eine der führenden Persönlichkeiten im osmanischen Heer. Er hatte sämtliche Kräfte des Befehlshabers der Janitscharen, Kabakçı Mustafa, der den Sultan vom Thron gestoßen und im Harem eingesperrt hatte, bezwungen. Allerdings reichte es nicht mehr dazu, das Leben von Sultan Selim III. zu retten.

Alemdar Mustafa befahl sofort, Mahmud II., den einzigen Thronfolger Selims III., zu finden. Die Soldaten durchstöberten den gesamten Palast, brachen alle versperrten Türen auf und fanden schließlich im Dachgeschoss einen vor Angst zitternden Mahmud II. Der 22-Jährige hatte vor einigen Stunden noch geglaubt, dass man ihn ermorden werde, und nun wurde er durch Alemdar Mustafa auf den Thron gehoben. Die Geschichte von der Thronbesteigung Mahmuds II. ist eines der tragischen Beispiele in der türkischen Historie vom Einfluss des Militärs auf die Führungsebene des Staates.

Es wäre nicht verkehrt zu behaupten, dass der Einfluss des Militärs auf die Verwaltung der türkischen Republik auf diesen Aufstand des Janitscharen-Heeres zurückzuführen ist. Die Janitscharen betrachteten den Osmanenpalast als Vergnügungszentrum der Sultansfamilie. Ihrer Meinung nach waren sie selbst das eigentliche Machtzentrum, das den Fortbestand des Reiches garantierte. Diese Ansicht führte vor allem in den Zeiten der Stagnation und des Zerfalls des Osmanischen Reiches zu zahlreichen Aufständen des Janitscharen-Heeres.

Auch wenn die türkischen Historiker diese Aufstände herunterspielen und als Werk einiger tausend Gewalttäter abtun, steht es außer Frage, dass bis zur Ära Mahmuds II. die Janitscharen bis in die Verwaltung des Reiches hinein eine dominante Rolle spielten.

Nachdem das Janitscharen-Heer unter Mahmud II. zerschlagen worden war, übernahm die neue militärische Organisierung den Einfluss von den Janitscharen. Das neue Militär putschte 1908 Abdülhamid II. auf den Thron und sicherte sich mit einem zweiten Aufstand im Reich seine Machtposition. Es nistete sich in allen wichtigen Verwaltungspositionen im Staat ein. Diese Militärherrschaft, die sich unter dem Namen İttihat ve Terakki (Einheit und Fortschritt) organisierte, verübte den ersten Genozid der modernen Geschichtsschreibung – den Armeniergenozid.

So gut wie alle Gründerfiguren der modernen Türkei haben ihren Ursprung im Militär. Sieben der bisherigen elf Staatspräsidenten der Türkei stammen ebenfalls aus dem Militär. Zwei von ihnen gelangten durch einen Putsch an die Macht.

Im Gegensatz zu Europa wurde die Polizei als eigene Institution erst zu den Endzeiten des Osmanischen Reiches etabliert. Zuvor waren Institutionen innerhalb des Militärs für die innere Sicherheit verantwortlich gewesen. Auf militärischen Feldzügen waren sie auch Teil des allgemeinen Heeres und beteiligten sich am Krieg. Die Führung der Janitscharen war zugleich die Polizeiführung. Eine Abtrennung der polizeilichen Organisierung fand erst im Jahr 1845 statt. Allerdings wurde eine endgültige Trennung zwischen Militär und Polizei erst durch die Reformen des Innenministeriums im Jahr 1913 vollzogen. In der modernen türkischen Republik wurde diese Trennung nach dem Vorbild westlicher Staaten durchgeführt. Alle Polizeichefs seit dieser Trennung, angefangen mit Ihsani Ali Oktay, sind seither Zivilbeamte. Der starke Einfluss des Militärs auf die Verwaltung der Türkei hat zugleich auch zu engen Beziehungen zwischen Militär und Polizei geführt.

Die grundsätzliche militärische Organisierung ist in der Türkei nicht auf die Gefahrenabwehr von außen ausgerichtet, sondern eher auf Gefahren innerhalb des Staates. Und unter das Gefahrenverständnis des Militärs fallen vor allem die kurdische Bewegung und die sozialistischen und kommunistischen Bewegungen der Türkei. Dieser kurze geschichtliche Abriss soll ein besseres Verständnis von den Machtkalkulationen der AKP-Regierung mit Hilfe von Militär und Polizei schaffen.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass der aktuell von der AKP geführte Kampf gegen das Militär kein Kampf um die Macht ist. Damit ist gemeint, dass durch den Austausch der militärischen Führungsebene nicht eine Stärkung der zivilen Politik beabsichtigt ist. Die AKP ist eine politische Kraft, welche die Rolle des Militärs innerhalb des türkischen Staates genauestens analysiert hat. Daher ist ihr Ziel nicht die Trennung des Militärs von seiner historischen Rolle, sondern es



Seit Jahren gehen die Samstagsmütter, die Angehörigen der Verschwundenen, in vielen Städten der Türkei und Nordkurdistans auf die Straße. Sie fordern vom Staat die Aufklärung über den Verbleib ihrer Angehörigen. Foto: DIHA

vielmehr auf eine ihr genehme Linie zu bringen. Die Organisierung der AKP innerhalb des Polizeiapparats ist ebenfalls ein entsprechendes Standbein, da auch in der Geschichte der modernen Türkei stets eine natürliche Bindung zwischen Militär und Polizei bestanden hat. Die Vielzahl der Massaker in den kurdischen Gebieten, bei denen Polizei und Militär Hand in Hand gewirkt haben, ist der offensichtlichste Beweis dessen.

In den 1980er Jahren setzte das Militär im Kampf gegen die PKK, als Ausdruck des bisher größten kurdischen Aufstandes, ihre normalen Kampfeinheiten ein. Ab 1987 fing die Polizei ebenfalls an, sich mit ihren Spezialeinheiten an diesem Kampf zu beteiligen.

Die polizeilichen Spezialeinheiten waren vor allem in den 90er Jahren an unzähligen Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Der ehemalige Polizeichef und Innenminister Mehmet Ağar war gemeinsam mit dem Leiter der Spezialeinheiten İbrahim Şahin verantwortlich für hunderte Morde sogenannter „unbekannter Täter“, Entführungen, Vergewaltigungen und Erpressungen. Nach den Aussagen des ehemaligen Mitglieds der Spezialeinheiten Ayhan Çarkın wurden im Jahr 2010 insgesamt sechs ehemalige Polizisten verhaftet.

Das Militär hat seinerseits ab den 90ern innerhalb der Gendarmerie auf Kommandoebene seinen Geheimdienst, die sogenannte JITEM-Organisation(2), und speziell ausgebildete Kommandoeinheiten ins Leben gerufen. Es hat somit zu einem Mittel gegriffen, zu dem in Kriegsfällen in der Welt nur selten gegriffen wurde. Innerhalb des JITEM wurden Einheiten aus PKK-Aussteigern gebildet, die im Kampf gegen die PKK eingesetzt wurden. Im Gegensatz zu den Spezialeinheiten der Polizei suchte der JITEM nicht direkte Auseinandersetzungen mit der PKK, sondern konzentrierte sich darauf, Zivilisten aus dem Weg zu schaffen, die der Unterstützung der PKK verdächtigt wurden. Nach Schätzungen von Menschenrechtsvereinen hat der JITEM so mindestens 810 kurdische Zivilisten entführt, gefoltert und umgebracht.

Die Rolle von JITEM im Krieg in Kurdistan kommt durch Aussagen ehemaliger JITEM-Mitglieder immer deutlicher zum Vorschein. Abdülkadir Aygan, einst JITEM-Mitglied, lieferte im Jahr 2003 wichtige Informationen über die JITEM-Morde zwischen 1990 und 1998. Auf Grundlage dieser Informationen ist es im Jahr 2009 zu ersten Verfahren in Amed (Diyarbakır) gekommen. Das Verfahren gegen elf Soldaten, Dorschützer und PKK-Aussteiger dauert noch an.

Die heutige türkische Regierung gesteht, dass in den 90er Jahren sowohl durch die Polizei als auch durch das Militär Methoden des schmutzigen Krieges zur Anwendung kamen. Die für den Kampf gegen die PKK gegründeten Sondereinheiten haben einer der dunkelsten Perioden in der Geschichte der türkischen Republik ihren Stempel aufgedrückt.

In den vergangenen Tagen erklärte Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan, im Kampf gegen die PKK würde der Einfluss der Polizei gestärkt werden. Zuvor hatte er bereits verlautbart, dass es Pläne gäbe, eine spezielle Armee für den Kampf gegen die PKK aufzubauen. Mit diesen Aussagen hat Erdoğan unter Beweis gestellt, dass sich seine Annäherung an die kurdische Frage von den militaristischen Anschauungen seiner Vorgänger nicht unterscheidet.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das Militär allein gegen die PKK nicht obsiegen kann. Auch zu Zeiten, als Militär und Polizei komplett mobilisiert worden waren, war man nicht erfolgreich. Gruppen wie die Spezialeinheiten des Militärs, die Kontraguerilla oder JITEM haben alle nichts genützt.

Die militaristischen Mittel der AKP-Regierung unterscheiden sich nicht grundsätzlich von den bereits angewandten. Aber auch die Mentalität Erdoğans unterscheidet sich nicht grundsätzlich von derjenigen Tansu Çillers, die in der Periode des schmutzigen Krieges Ministerpräsidentin war. Der einzige Unterschied ist der, dass Çiller die Rolle einer Marionette spielte, während Erdoğan die Hauptrolle in dem Stück spielt. ♦

Fußnoten:
(1) Bis 1826 Elitetruppe im Osmanischen Reich.
(2) Jandarma İstihbarat ve Terörle Mücadele (Geheimdienst und Terrorabwehr der Gendarmerie); wurde lange Jahre offiziell geleugnet.

Etabliertes Rechtssystem der Türkei wurde auf Grundlage der Kurdenpolitik geformt

„Das Recht des türkischen Systems“

Eren Keskin, Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin, 12.08.2011

In einer ethnisch und religiös vielfältigen Türkei standen, und stehen immer noch, hauptsächlich Kurden standhaft gegen eine Vernichtungs- und Verleugnungspolitik, was dazu führte, dass das Rechtssystem entsprechend auf die Unterdrückung der Kurden orientierte.

In Kurdistan wird seit der türkischen Staatsgründung eine „speziellere“ Justiz angewendet. Um es anders auszudrücken: Die türkische Republik hat mit den Kurden ein mieses Spiel gespielt. Zunächst sicherte man ihnen alle ihre kulturell-ethnischen Rechte zu, was im Protokoll von Amasya 1919 nachzuvollziehen ist. Darin wurde festgehalten, dass „das osmanische Gebiet sowohl Türken als auch Kurden“ gehöre. Also versprach man ihnen, dass die Türkei den „Kurden ihre ethnischen und gesellschaftlichen Lebensweisen“ anerkennen werde.

In das erste Parlament kamen Kurden als offizielle „kurdische Repräsentanten“. In einem Rundschreiben Mustafa Kemals an alle Provinzkommandeure war sogar die Rede von einer „kurdischen Autonomie“. Auf der Konferenz von Lausanne gab der Delegierte für die Türkei, Ismet Inönü, bekannt, dass er der gemeinsame Vertreter von Kurden und Türken sei.

Jedoch veränderte sich die Situation mit der Verfassung von 1924. Die verfassungsrechtliche Begründung des Staates wird rasch wie folgt umformuliert: „Unser Staat ist ein Nationalstaat. Der Staat erkennt keine andere Nation, außer die des Türken, an.“

Im Nachhinein wurden alle anderen Ethnien, mit an erster Stelle die Kurden, verleugnet. Kurden sind aus der Sicht des Staates nur noch Türken. Von nun an wurde das System entsprechend der neuen Lage strukturiert. Somit ist den Kurden das Recht auf Repräsentation ihrer Identität ebenso entzogen worden.

Die Verfassung von 1924 hebt hervor, dass in der Türkei alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit „Türken“ seien.

Das heißt:
– Jeder **türkische** Mann und jede **türkische** Frau kann sich nach Vollendung des 30. Lebensjahres als Abgeordnete/r wählen lassen.
– Wer nicht **Türkisch** lesen oder schreiben kann, darf nicht kandidieren.

Um ins Parlament einzuziehen, müssen die Kurden also zu Türken werden. Und das, obwohl sie für ihre kulturellen Rechte einstehen wollten. Jetzt führt kein Weg mehr daran vorbei.

Die regionale und „speziell-juristische“ Herangehensweise in Kurdistan beschränkt sich keinesfalls nur darauf. Die Region wird stets mit „außergewöhnlichen Gesetzen“ regiert werden. Alle repressiven Erlasse und Gesetze sowie Phasen des Ausnahmezustands (als Beispiele: Gesetz über unabhängige Gerichte, Gesetz gegen das „Banditentum“ 1923, Dêrsim-(Tunceli-)Komplex, Besiedlungs-Gesetz 1934, etc.) gegen die kurdische Bevölkerung beriefen sich dauernd auf die „Verfassung für die Kurden“.

Die Menschen teilten mit uns dieselbe Ansicht, dass Legislative, Judikative und Exekutive zusammen vom türkischen Militarismus abhingen. Heute ist die Auffassung verbreitet, dass das System nicht mehr dem Militarismus, sondern nun der AKP unterstellt sei. Diesen Wandel habe Letztere durch einige Veränderungen beim höchsten Gericht des Landes vollzogen.

Ich halte das für keine „objektive“ Betrachtungsweise. Ich denke, dass der angebliche „Streit“ zwischen Armee und AKP wie die sogenannte Auseinandersetzung zwischen Mustafa Kemal und Jungtürken zu betrachten ist. Wir sollten nicht vergessen, dass auch Mustafa Kemal ein Jungtürke war. Er nahm die [*rechtskonservative, nationalistische*] „Türkisch-islamische Synthese“ sowie ihr chauvinistisches Weltbild als Grundlage in seine Ideologie auf. Dabei beruhte ihr Streit lediglich auf einem inneren Machtkampf. Mustafa Kemal wollte die Fäden in der Hand halten – was er letztendlich auch schaffte. Seine anti-demokratische Sichtweise unterschied sich von derjenigen der Jungtürken nicht. Ebenso heute, wie die Weltbilder von Ministerpräsident Erdoğan und der Armee.

Früher lag die Macht nur beim Militär. Heute jedoch sind Tayyip Erdoğan und seine Partei „ein kleiner Teilhaber“ dieser Macht. Nur weil ein beträchtlicher Teil des Systems in die Hände der AKP gefallen ist, bedeutet das aber nicht, dass die sogenannten „roten Linien“ aufgegeben wurden. Die türkische Besatzungspolitik Nordzyperns wird fortgesetzt. Die Verleugnung des Genozids an den Armeniern hat nicht aufgehört. Bezüglich der „besonderen“ Gesetzeslage und deren Folgen in Kurdistan ist keine Maßnahme rückgängig gemacht worden. Kurz: AKP und Armee haben sich in manchen „unangenehmen“ Themen so gut zusammengefunden, dass sie *hervorragend* kooperieren.

Durch die Standhaftigkeit der Gesellschaft, die, wenn auch kleine, Forderungen zu einem politischen Protest entwickeln kann, oder der kurdischen Bewegung, die trotz Repression fortbesteht, bekommt die imperialistische „Nahost“-Politik Risse.

Für dieses „neue“ System bedeutet das den Beginn seiner Krise. Und an dieser Stelle möchte ich passend Edward Said zitieren: „Der Intellektuelle löst keine Krise, er schafft sie!“

Die Lücke, die sich mit der Krise im System auftat, muss mit demokratischen Methoden verbreitert werden und die Demokratisierung sowie die Demilitarisierung müssen vorangetrieben werden. ♦

Offener Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Guido Westerwelle und den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning – zur Kenntnis an die Ständigen Vertreter bei der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Außenminister,
sehr geehrter Herr Menschenrechtsbeauftragter,

mit großer Besorgnis haben wir zur Kenntnis genommen, dass dem am Donnerstag, dem 04.08.2011, zum türkischen Generalstabschef ernannten General Necdet Özel, mit sehr eindeutigen Beweisen, ein Kriegsverbrechen nachgewiesen wird. Demzufolge hat Özel persönlich im Mai 1999 einen Giftgaseinsatz gegen kurdische Guerillakämpfer angeordnet. Dies wird in zwei aus Armeekreisen stammenden Filmmitschnitten deutlich belegt (siehe Hintergrund).
Menschenrechtsorganisationen und Parlamentsdelegationen berichten zudem, dass sich in der Zeit der Verantwortung des Generals als ehemaliger Oberster Befehlhabender der Jandarma (Gendarmerie) die Menschenrechtsverletzungen – darunter Folter und extralegale Hinrichtungen – durch Kräfte der Jandarma häuften.
Auf Grundlage der sehr eindeutigen Beweise für die Verantwortung an dem Einsatz von Giftgas – sowie aufgrund der Tatsache, dass die Türkei, wie auch die Bundesrepublik Deutschland, Vertragsstaat des am 29. April 1997 in Kraft getretenen Abkommens über das Verbot Chemischer Waffen (CWÜ) sind und somit den Überwachungsmechanismen der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) unterliegen – fordern wir Sie hiermit auf, Ihrer Verantwortung nachzukommen und bei der OPCW zu intervenieren.
Wir wählen als Form der Aufforderung an die Bundesregierung, die OPCW anzurufen, einen offenen Brief. Denn die jetzige Bundesregierung, wie auch die 1999 im Amt befindliche Bundesregierung, sind in weiteren Fällen konkreter Anhaltspunkte und Indizien über Kriegsverbrechen der Türkischen Armee mit chemischen Kampfstoffen bis heute untätig geblieben. In diesem Zusammenhang waren die Bundesregierungen offensichtlich bemüht, sämtliche Verdachtsmomente ohne Klärung der Sachverhalte und konsistente Argumentation zu entkräften – und ernsthafte Untersuchungen zu verhindern. (siehe Hintergrund)
Unserer Ansicht nach ist ein Generalstabschef, der allem Anschein nach ein Kriegsverbrechen begangen hat, ein nicht tragbares Hindernis für eine friedliche Entwicklung und Demokratisierung der Türkei.

Hintergrund:
In der europäischen und türkischen Öffentlichkeit wird der Rücktritt des Generalstabschefs Işık Koşaner sowie der Befehlshaber der Armee, der Marine und der Luftwaffe am Freitag den 29. Juli 2011 überwiegend als Ende der unverhältnismäßigen Macht des Militärs und Schritt zur Demokratisierung des Landes gewertet. Zum neuen Generalstabschef und Befehlshaber der Landstreitkräfte wurde der bisherige Kommandeur der Jandarma (Militärpolizei), Necdet Özel, ernannt. Özel ist als kompromisslos bezüglich der kurdischen Frage bekannt. Bereits am 11. Mai 1999 befehligte er als Brigadegeneral einen Einsatz gegen die kurdische Guerilla nahe des Dorfes Balikaya bei Silopi in der Provinz Şırnak. Dabei starben 20 PKK-Guerillas in einer Höhle, die mit Gasgranaten beschossen wurde.
Vorliegenden Berichten zufolge kamen dabei chemische Waffen zum Einsatz. Dies ist auch auf einem Filmmitschnitt, der aus Armeekreisen stammt, zu sehen. Davon existieren eine 42 Sekunden lange Version, auf YouTube[1], und eine ca. 5-minütige Version, die u. a. vom Fernsehsender Roj TV ausgestrahlt wurde[2]. Auf einem Funkmitschnitt ist zunächst zu hören, wie der Befehlhabende den Befehl gibt, „die notwendigen Maßnahmen" gegen Guerillas in einer Höhle „zu ergreifen". Dann ist zu sehen und zu hören, wie die Soldaten sagen, „dass sie nicht in die Höhle gehen könnten, weil die Wirkung des Gases noch andauere".
Die Soldaten, die auf einer weiteren Sequenz des Mitschnitts am folgenden Tag zu sehen sind, erklären, dass sie „eigentlich noch immer nicht in die Höhle steigen könnten, da der Einfluss des Gases noch andauert". Sie bekommen den Befehl dies trotzdem zu tun und erklären, „dass sie in permanenter Gefahr wären, sich zu vergiften". Die Guerilla hatte bereits 1999 erklärt, dass auf zwei Arten chemische Kampfstoffe zum Einsatz gekommen seien. Fotos von der Bergung der Leichen zeigen keine äußerlichen Verletzungen.[3] Ulla Jelpke, damals Bundestagsabgeordnete der PDS, hatte den Vorfall in einer Anfrage an die Bundesregierung thematisiert. Wie bei weiteren Verdachtsfällen 2010 antwortete die Regierung sehr ausweichend und verwies darauf, „dass die Türkei, wie die Bundesrepublik Deutschland, Vertragsstaat des am 29. April 1997 in Kraft getretenen Abkommens über das Verbot Chemischer Waffen (CWÜ) sei und somit den Überwachungsmechanismen der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) unterliege".[4]
Ähnlich ging die jetzige Bundesregierung mit einem weiteren Fall im Jahr 2010 um. U. a. DER SPIEGEL hatte berichtet, dass nach Betrachtung aller zugänglichen Fakten nahe der türkisch-irakischen Grenze, in der Provinz Hakkari, zwischen dem 8. und 15. September 2010 acht Menschen Opfer eines Einsatzes von chemischen Kampfmitteln durch das türkische Militär wurden.[5] Augenzeugen berichteten von dem Vorfall. Sie beschrieben, dass Soldaten gasförmige, allem Anschein nach chemische Kampfstoffe in Form von Geschossen in eine Höhle in der Nähe der türkisch-irakischen Grenzstadt Çukurca (Provinz Hakkari) einbrachten und wenige Zeit später mehrere Menschen, Mitglieder der Guerilla der PKK, aus dieser Höhle bargen. Einige der bereits leblosen Körper wurden daraufhin zusätzlich von Panzerfahrzeugen überfahren und/oder erschossen. Ein forensisches Gutachten steht in Einklang mit den Aussagen der Augenzeugen.

Auch hier wurde seitens der Bundesregierung verantwortliches Handeln, in Form ungenauer und haltloser Zurückweisungen der Fakten, unterlassen.

1 http://www.youtube.com/watch?v=qqPhbs3rNZo&feature=player_embedded
2 http://www.youtube.com/watch?v=hOwDu-iSvpA
3 http://www.firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=47480
4 (Drucksache 14/1197)
5 Spiegel Online, 12.08.2010, http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,711506,00.html

UnterzeichnerInnen:
Heidrun Dittrich, MdB Die Linke
Andrej Hunko, MdB Die Linke
Ulla Jelpke, MdB Die Linke
Ingrid Remmers, MdB Die Linke
Harald Weinberg, MdB Die Linke
Dr. Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag
Martin Dolzer, Soziologe
Prof. Dr. Werner Ruf, Friedensforscher
Yilmaz Kaba, Vorstand Die Linke, Niedersachsen
Murat Cakir, Kolumnist Özgür Gündem
Michael Knapp, Menschenrechtler
Bärbel Beuermann, MdL NRW
Ali Atalan, MdL NRW
Barbara Cárdenas, MdL NRW
Cansu Özdemir, MdBü Hamburg
Marion Padua, Stadträtin, Linke Liste Nürnberg
Britta Eder, Rechtsanwältin
Dr. Heinz-Jürgen Schneider, Rechtsanwalt
Prof. Norman Paech, Völkerrechtler
Antje Steinberg, Lehrerin, GEW
Dr. Gisela Penteker, IPPNW

Was verstehen wir unter dem Projekt der Demokratischen Autonomie?

Demokratische Autonomie als Selbstorganisierung der Bevölkerung

Baki Gül, Journalist und Soziologe

Die kurdische Bewegung hat für die Lösung der kurdischen Frage den Weg der Demokratischen Autonomie vorgeschlagen. Dieser Vorschlag fand in der Öffentlichkeit großen Widerhall und wurde in vielen Kreisen diskutiert. Nachdem die Co-Vorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK, Aysel Tuğluk, am 14. Juli 2011 die Demokratische Autonomie ausgerufen hatte, wurden die Diskussionen noch weiter angefacht. Hauptthemen hierbei waren der Begriff der Demokratischen Autonomie und deren Inhalt.

Die herrschenden Systemparteien bewerteten die Demokratische Autonomie ausschließlich als Bedrohung für den Nationalstaat. Die liberalen Intellektuellen diskutierten den Begriff äußerst vorsichtig und bewerteten ihn eher kritisch. Die sozialistischen Bewegungen nahmen die Demokratische Autonomie nur selten auf ihre Tagesordnung und diskutierten, wenn überhaupt, nur im begrenzten Umfang über sie. Die politischen kurdischen Kräfte hingegen verteidigten die Ausrufung der Demokratischen Autonomie.

Aber worum handelt es sich dabei eigentlich? Oder, wie erklärt die kurdische Bewegung ihr Lösungsprojekt für die kurdische Frage, Demokratische Autonomie? Vielleicht können wir einen Teil der Kritik und der Missverständnisse aus dem Weg räumen, wenn wir auf diese Fragen genauer eingehen.

Die Demokratische Autonomie ist in der Literatur der Politikwissenschaften kein unbekannter Begriff. Sie bedeutet darin so viel wie regionale Autonomie. Es handelt sich dabei um ein Modell, in dem der moderne Verwaltungsstaat aufgrund veränderter Umstände die Bevölkerung in bestimmtem Maße in die Verwaltung mit einbezieht. Entgegen der Dominanz der Bürokratie wird versucht, einen Kompromiss zwischen verschiedenen Menschen und unterschiedlichen politischen Gruppen zu schaffen. Henry S. Richardson, Schüler von John Rawls* und Befürworter von Aktionen des zivilen Ungehorsams, wird häufig als Referenz für die Demokratische Autonomie genannt. Zusammengefasst wird sie in den Politikwissenschaften als Machtteilung zwischen dem liberalen Zentralstaat und lokalen Verwaltungseinheiten verstanden.

Als Beispiele im Sinne der Demokratischen Autonomie werden oft Länder aus Westeuropa angeführt. Auch die von der EU eingeführten Bedingungen der Absicherung von kommunalen Verwaltungen werden in Verbindung mit der Demokratischen Autonomie gebracht.

Allerdings unterscheidet sich der Begriff der Demokratischen Autonomie bei der kurdischen Freiheitsbewegung inhaltlich von dem, wie er durch die Politikwissenschaften bestimmt wird. Bei der Übertragung von Kompetenzen und Autorität vom Zentrum des Staates auf die kommunale Ebene und bei der Betonung der demokratischen Partizipation der Bevölkerung gibt es zwar klare Parallelen. Allerdings stellt die kurdische Freiheitsbewegung hierbei den Nationalstaat nicht in das Zentrum ihrer Überlegungen. Vielmehr wird die Demokratische Autonomie als Selbstorganisierung der Bevölkerung außerhalb des Staates und all seiner Institutionen begriffen. Daher gleicht das Lösungsprojekt der kurdischen Freiheitsbewegung nicht dem föderalen Staatsaufbau in Belgien oder in Deutschland, der konföderalen Struktur der Schweiz oder dem Modell Frankreichs, in dem der Nationalstaat die Kommunen mit gewissen Kompetenzen ausstattet. Die Demokratische Autonomie schließt zwar die demokratischen Rechte der Mitbestimmung, mit denen die Bevölkerung in den oben genannten Beispielen ausgestattet wird, mit ein. Sie grenzt sich von diesen Beispielen allerdings insofern ab, als dass sie nicht staatszentriert ist und die bedrückende Dominanz der nationalen Identität verneint.

Derjenige, welcher die Demokratische Autonomie als Lösungsprojekt auf die Tagesordnung der kurdischen Freiheitsbewegung gesetzt hat, ist der Gründer und Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan. Er hat im Rahmen seiner Verteidigungen auf der Gefängnisinsel Imralı und bei seinen Anwaltskonsultationen den Begriff der Demokratischen Autonomie aufgegriffen. Er konzipiert seine Lösungssuche für die kurdische Frage auf der Grundlage von soziologischen, politischen und historischen Gegebenheiten. Als Schlussfolgerung dessen lehnt er als Lösungsformel den klassischen Nationalstaat ab und übt eine tiefgehende Kritik am Staats- und Herrschaftsbegriff. Die Demokratische Autonomie sieht er als realistischeren Weg, um die Probleme eines Volkes zu lösen, das auf vier Nationalstaaten verteilt ist und durch diese unterdrückt wird. Während er dies sagt, unterstreicht er zugleich,

*John Rawls, US-amerikanischer Philosoph. Gilt als Vertreter der liberalen Moralphilosophie des Egalitarismus.

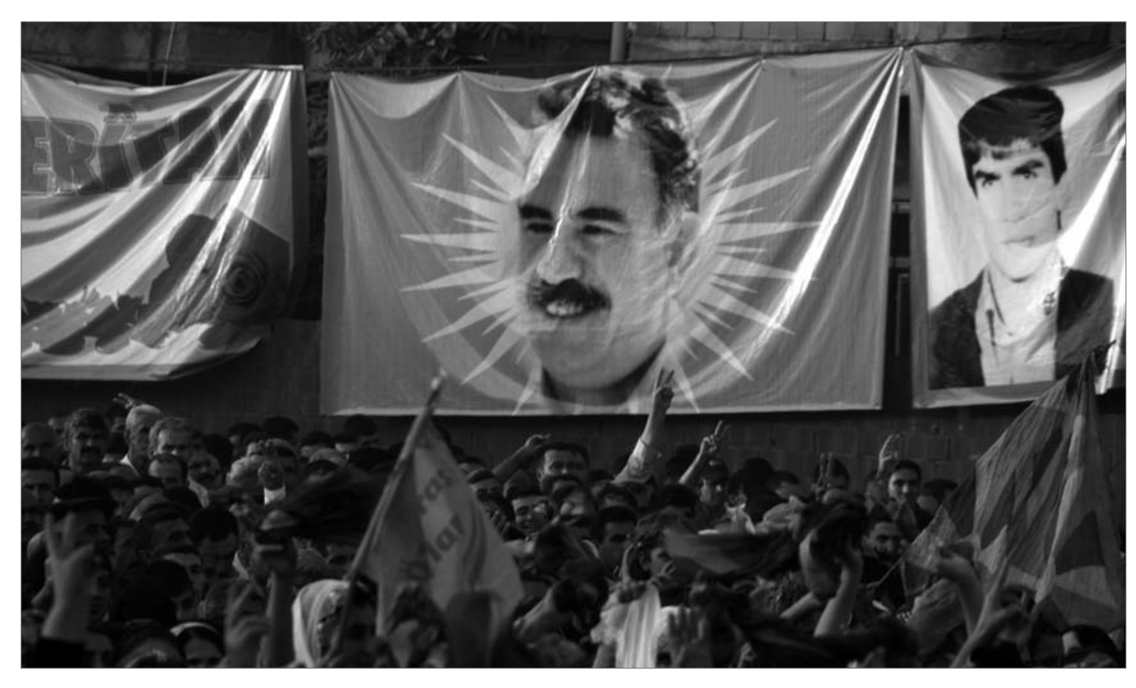
dass das nationalstaatliche Paradigma keinen Lösungsweg für die grundlegenden Fragen des 21. Jahrhunderts mehr bietet.

Die Vorstellungen Öcalans bei dem Modell der Demokratischen Autonomie bauen auf vier Prinzipien und acht Dimensionen auf. Wir werden zunächst auf die vier Prinzipien eingehen, die demokratische Nation, das gemeinsame Heimatland, die demokratische Republik und die demokratische Verfassung:

1. ***Das Prinzip der demokratischen Nation*** ist die Verneinung der Homogenisierung von Ethnien, Kulturen und Religionen. Es vertritt die Mentalität, dass die Akzeptanz der Vielfalt von Identität und Kultur der einzige Weg ist, nationale Probleme zu lösen. Dieses Verständnis der Nation beruht also nicht nur auf einer Sprache, einer Ethnie, einer Klasse oder einem Staat. Es beruht auf der Vielfalt von Sprachen und Kulturen und auf freien und gleichberechtigten Individuen in einer demokratischen Gesellschaft.
2. ***Das Prinzip des gemeinsamen Heimatlandes*** sagt aus, dass niemand das Recht hat, einen anderen aus der Gesellschaft herauszudrängen. Es bedeutet viel eher, dass das Heimatland frei miteinander geteilt wird. Die Liebe zum Heimatland wird nicht über chauvinistisches und rassistisches Gedankengut, sondern über die Verbundenheit mit der Ökologie und Entwicklung definiert.
3. ***Das Prinzip der demokratischen Republik*** heißt, dass der Staat offen gegenüber der demokratischen Gesellschaft und dem Individuum sein muss. Die Republik wird als Dach des Demokratisierungsprozesses begriffen und dementsprechend neu aufgebaut.
4. ***Das Prinzip der demokratischen Verfassung*** stellt die Einigung zwischen der demokratischen Gesellschaft und dem Staat dar. Individuelle Rechte und Freiheiten gewinnen nur im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft an Bedeutung.

Politik, Diplomatie, Soziales, Kultur, Recht, Ökologie, Ökonomie und die Selbstverteidigung stellen die acht Dimensionen der Demokratischen Autonomie dar. Über diese Dimensionen, die wir auch näher beschreiben wollen, funktioniert die praktische Organisierung der Demokratischen Autonomie:

1. ***Die politische Dimension*** beschäftigt sich mit dem Aufbau und der Entwicklung von demokratischen politischen Institutionen gegen die bürokratischen und oligarchischen politischen Instrumente des Nationalstaats.
2. ***Die diplomatische Dimension*** bedeutet, eine neue Bündnispolitik im Sinne der nationalen Einheit der Kurden zu erschaffen, die den freien Willen des Volkes stärkt und stets die Vorteile der gesamten Gesellschaft im Auge hat.
3. ***Die soziale Dimension*** beschreibt unter anderem die Absicht, das gesellschaftliche Leben in der eigenen Muttersprache führen zu können. Ein mehrsprachiger Alltag soll auf die Gegebenheiten der Gesellschaft zugeschnitten werden.
4. ***Die kulturelle Dimension*** soll ein Verständnis in der Bevölkerung schaffen, das die nationale Kultur vor der allgemeinen kulturellen Deformation durch die kapitalistische Moderne schützt.
5. ***Die rechtliche Dimension*** lehnt das Rechtssystem ab, welches die individuellen und kollektiven Rechte inklusive der Achtung der Identität nicht anerkennt. Das Rechtssystem der Demokratischen Autonomie wird demgegenüber auf den



Die Bevölkerung in Nordkurdistan begrüßt die Demokratische Autonomie für die Lösung der kurdischen Frage. Foto: DIHA

Prinzipien der Freiheit und der Demokratie errichtet. Anstelle einer Rechtsprechung, die auf der Herrschaft einer Klasse beruht, werden die ethischen Prinzipien der Gesellschaft zur Grundlage genommen.

6. ***Die ökologische Dimension*** soll ein Verständnis in der Gesellschaft durchsetzen, welches das Füreinander und die Abhängigkeit von Natur und Gesellschaft erfasst und akzeptiert und aufgrund dessen sich gegen die Zerstörung von Natur und Umwelt durch Industrialismus wehrt. Dies schließt den Widerstand gegen Projekte wie den Bau von Staudämmen, die Entwaldung und den Bau von Wasserkraftwerken, die zur Zerstörung der Natur beitragen, mit ein.
7. ***Die ökonomische Dimension*** beabsichtigt, entgegen der verbreiteten Monopolisierung der Wirtschaft, ein System aufzubauen, das die Bedürfnisse der Bevölkerung deckt. Es soll ein Wirtschaftssystem errichtet werden, welches kollektives und Privateigentum erlaubt, aber gleichzeitig auf der gesellschaftlichen Solidarität beruht und somit den Kampf gegen Armut und die gerechte Verteilung von Gütern gewährleistet.
8. ***Die Selbstverteidigungsdimension*** bekämpft die physische Gewalt gegen die Gesellschaft und steht gegen organisierte militaristische Gewalt zum Zwecke der Unterdrückung und Ausbeutung. Es wird lediglich eine Organisierung im Sinne der Selbstverteidigung erlaubt.

Die aufgeführten Dimensionen verdeutlichen, dass die Demokratische Autonomie nicht bloß als ein Lösungsmodell gesehen werden muss, das ausschließlich in Kurdistan greift. Sie beschreibt eine Säule in Öcalans Theorie der „Demokratischen Moderne". In seinen Verteidigungsschriften erklärt Öcalan, dass diese Theorie insgesamt über drei Säulen verfügt, die er wie folgt beschreibt: „Als ich von der Demokratischen Moderne sprach, erklärte ich, dass diese über drei Säulen verfügt: Gegen den Nationalstaat habe ich die demokratische Nation vorgeschlagen, gegen das Modell der Industriegesellschaft habe ich die ökologische Gesellschaft vorgeschlagen und gegen den Kapitalismus habe ich den sozialen Markt und die kommunale Ökonomie vorgeschlagen. Die Demokratische Autonomie stellt hierbei einen Teil, und zwar den politischen Teil, der demokratischen Nation dar. Dieses Modell ist für die gesamte Türkei anwendbar. Sie ist ein weitaus passenderes Modell für die Realität und die Kultur der Türkei."

Hatip Dicle, der sich mit den Thesen Öcalans und der Demokratischen Autonomie tiefgehend befasst, erläutert dies so: „Der Demokratische Konföderalismus ist das politische Dach für den Aufbau einer ethischen und politischen Gesellschaft, welche vom Staat ausgehöhlt worden ist. Und der Aufbau dieser demokratischen Gesellschaft bedeutet zugleich den Aufbau eines neuen demokratischen Lebens. Mit dem Nationalstaat ist die Herrschaft zu Allem geworden, während die Gesellschaft zu einem Nichts geworden ist. Daher bedeutet der Demokratische Konföderalismus, dass die Gesellschaft wiederaufersteht und die Herrschaft begrenzt und somit der Staat verkleinert wird. Die Demokratische Autonomie spiegelt genau dasselbe wider. Die Begriffe mögen unterschiedlich sein, ihr Inhalt ist derselbe."

Auch die Organisierung der Demokratischen Autonomie hat ihre speziellen Eigenheiten. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von der des Staates und seiner Bürokratie. Sie kritisiert auch das realsozialistische Konzept, bei dem die Partei an die Stelle des Staates rückt. Die wichtigste Grundlage der Demokratischen Autonomie fußt in ländlichen Gebieten auf der Organisierung von Kommunen und in den Städten auf der Organisierung der Volksräte. Diese Räte finden sich auf nächster Ebene durch Delegierte in regionalen Räten und mit breiter Repräsentanz in Kongressen wieder. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass hierbei verschiedenste Gruppen repräsentiert werden und sie ihre Interessen vertreten können. Deswegen wird auch der Begriff der demokratischen Nation verwendet, der sich vom chauvinistischen Nationen-Begriff der Nationalstaaten abgrenzt. Die demokratische Nation schließt alle Gruppen mit ein.

Der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft, welcher die Demokratische Autonomie nach dem entwickelten Modell Öcalans ausgerufen hat, erklärte zu dem Lösungsprojekt:

1. Die Türkei muss tiefgreifende Reformen durchführen, um ihre politischen und institutionellen Strukturen zu demokratisieren.
2. Hierbei müssen das kommunale Mitspracherecht und die kommunalen Entscheidungsbefugnisse gestärkt werden.
3. Um die demokratische Partizipation der Bevölkerung gewährleisten zu können, wird im kommunalen Bereich das Rätesystem zur Grundlage genommen.
4. Unser Autonomieverständnis beruht nicht auf einer Ethnie oder auf einem bestimmten Territorium, sondern verteidigt das freie Mitsprache- und Entscheidungsrecht verschiedener kultureller Gruppen im Regionalen und Lokalen.
5. Neben der allgemeinen Gültigkeit der Amtssprache und der Fahne der türkischen Nation kann sich jede Region und autonome Einheit unter ihrer eigenen Fahne und ihrem eigenen Symbol selbst verwalten.
6. Die Leitung der autonomen Einheit erfolgt durch einen Regionalrat. Der Rat wählt seinen Sprecher und seine Verantwortlichen für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche, die gemeinsam den Exekutivrat bilden. Für die Mitglieder des Exekutivrates sind die Entscheidungen des Rates bindend.
7. Jede autonome Einheit wird nach der Region, in der sie sich befindet, oder nach der größten Stadt innerhalb ihrer Einheit benannt.
8. Im Modell der Demokratischen Autonomie sind die Gouverneure zwar weiterhin der Zentralregierung untergeordnet, gleichzeitig sind sie aber auch zur Ausführung der Entscheidungen des Regionalrates verpflichtet. Die lokalen Organisationen der Ministerien der Zentralregierung sind zu selbigem verpflichtet. Weitere kommunale Verwaltungseinheiten wie die Stadtverwaltung oder der Posten des Gemeindevorstehers bleiben unangetastet. ♦

Legitimation für die kurdische Freiheitsbewegung bei der türkischen Basis?

Mandela – Öcalan, Apartheid = Republik Türkei

Erdem Can, Journalist

Eine kurze Untersuchung der Rezeption von Abdullah Öcalans Ideen in der türkischen medialen Öffentlichkeit, die allerdings die geschaffene Grundlage vor der aktuellen Phase militärischer Eskalation und Funkstille in den Gesprächen mit Öcalan auf Imralı behandelt und deren Auswirkungen nicht mehr berücksichtigen konnte.

Die Kurden standen im Gegensatz zu anderen Minderheiten aufgrund ihrer deutlich höheren Zahl und der Tatsache, dass sie eines der ursprünglichsten Völker der Region sind, stets in Opposition zur türkischen Verfassung von 1924. Diese basierte auf nationalistischen bzw. reduzierenden Prinzipien wie der einzigen Nation, Sprache, Fahne, Heimat und des einzigen Volkes und führte somit aus ihrer Natur heraus zum Widerstand. Die Kurden haben es nie akzeptiert, dass die türkische Seite den Staat für sich allein beanspruchte, obwohl man sich vor der Republikgründung auf eine gemeinsame Verwaltung geeinigt hatte.

Die kurdische Opposition, entstanden als Reaktion auf die Gleichschaltungsbemühungen Ankaras, besteht trotz der massiven Repressionen weiterhin. Die PKK fasste dieses historische Wissen richtig auf und schuf die größte kurdische oppositionelle Organisation, die sich zu einer soziologischen Bewegung entwickelt hat.

Der algerische Intellektuelle Malek Bennabi hatte einmal angeführt, dass nur diejenigen Völker kolonialisiert werden könnten, die auch dazu neigten, sich kolonialisieren zu lassen. Ankara hat es bis heute nicht verstanden, dass die Kurden sich weder kolonialisieren noch assimilieren lassen.

Auch der Expertenbericht des ehemaligen türkischen Außenministers und pensionierten Botschafters Ilter Türkmen für das Institut für Wissen und Strategie bekräftigt diese These. Türkmen äußerte sich dazu im Interview mit der Zeitung Yeni Şafak:
„Die Republik hat in der kurdischen Frage den größten Ressourcenverschleiß zu verzeichnen und dennoch versagt. Der Grund liegt darin, dass von Anfang an der Sachverhalt falsch interpretiert wurde. Die Türkei kann es sich nicht leisten, die kurdische Frage weiterhin ungelöst zu lassen, so dass sie gezwungen ist, eine Lösung auf politischer Ebene zu finden. Es wurde behauptet, man könne die Frage durch Assimilation lösen, und ist dann dazu übergegangen, sie als eine Terrorfrage zu definieren. Dabei wurden jedoch die ökonomischen, sozialen, kulturellen und identitätsbezogenen Aspekte ignoriert. All diese Fehler und die Schließung der kurdischen politischen Parteien haben dazu geführt, dass die Frage sich auf diesem kritischen Niveau befindet."

Den Bewertungen Türkmens, Außenminister in der Putschregierung vom 12. September, und seiner beratenden Funktion für den Staat und seine Organe ist Aufmerksamkeit zu schenken, da er eine seiner früheren Funktionen hiermit für überholt erklärt. Die oben zitierte Ausführung Türkmens beschreibt in kurzer Form, wie die kurdische Frage, die aufgrund der Verleugnungspolitik zu einem Geschwür angewachsen ist, zu lösen sei.

Hierbei betont Türkmen auch, dass der grundlegende Fehler genauso alt sei wie die Republik. Fragt man sich, warum Staatsvertreter wie Ilker Türkmen heute zu einer solchen Perspektive gelangt sind, dann kann man vor allem den hartnäckigen Widerstand der kurdischen Bewegung anführen. Diese hat die Gegenseite dazu gezwungen, sich mit der Frage der Lösung zu beschäftigen, da auch der politische Führer der Kurden und Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, die PKK als Ergebnis eines Problems beschrieben hat und nicht als das eigentliche Problem selbst.

Die Phase nach der völkerrechtswidrigen Verschleppung Öcalans aus Kenia auf die Insel Imralı ist mit großer Aufmerksamkeit zu analysieren und zu bewerten. Die Tatsache, dass bei seiner Verschleppung, des Anführers der größten bewaffneten Organisation in der Geschichte der Republik, kein Cent Vermögen beschlagnahmt werden konnte, hat auch

außerhalb seines Einflussbereiches eine positive Wirkung entfaltet. Somit war eines der meistbenutzten Argumente des Staates gegen die Organisation, ihre Kader veruntreuten und unterschlügen Vermögen, hinfällig. Diese Besitzlosigkeit war dem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen, da der Staat stets bemüht war, die Kader der Organisation vom kleinsten bis hin zum größten als Diebe darzustellen.

Öcalan hat mit seinen Verteidigungsschriften, die er in seiner Verfahrenszeit bereits zu schreiben begonnen hatte, eine spürbare Wirkung auf die große Politik ausgeübt und Fenster aufgemacht. Er hat hierbei die engen Grenzen des existierenden Regimes überwunden und dabei aufgezeigt, dass nicht primär die Lösung der kurdischen Frage, sondern ein neues Paradigma vonnöten war. Seine Ausführungen wurden und werden weiterhin sehr aufmerksam verfolgt.

Alle Gespräche mit seinen Anwälten, außer den aufgrund der willkürlichen Behinderung ausgefallenen, werden von allen Beteiligten aus der Nähe verfolgt. Seine alternativen Konzepte und umfangreichen Ausführungen haben, trotz der harten Haftbedingungen, dazu geführt, dass die Lösung der Frage nun auch am Tisch gesucht werden kann. Öcalan hatte begonnen, den Staat und das ungerechtfertigte Regime zu hinterfragen, und so vor allem in Kurdistan dazu beigetragen, dass sich das Volk unmittelbar in den Prozess einbringen konnte, in der Praxis verkörpert durch den Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK).



Mit Feiern, Protesten gegen die Staatspolitik und großen Transparenten wird in den Ortschaften Kurdistans die Demokratische Autonomie begrüßt. „Demokratische Autonomie, das freie Kurdistan werden wir mit der Kraft der Frau und den Volksaufständen aufbauen, Şırnak Frauenrat" Foto: DIHA

Aufgrund seiner Haftbedingungen hatte es Öcalan abgelehnt, die praktische Führung der PKK zu übernehmen, und wurde so zu einem Gleichgewichtsfaktor zwischen dem Staat und der PKK, die diesen bewaffnet bekämpfte. Er hat den Staat wie auch die PKK stets ernsthaft kritisiert und wurde in dieser Beziehung zu einem klaren Befürworter des Friedens.

Zwar sorgte der Vergleich mit Mandela zu Beginn für Aufregung, doch kann man nun sagen, dass die Gespräche des Staates mit Öcalan auf der Gefangeneninsel Imralı in Verhandlungen mündeten und in Protokollen resultierten.

In Südafrika war ohne Zweifel die Existenz Mandelas ein Schlüssel zur Lösung der Frage, allerdings dürfen wir nicht den Beitrag De Klerks, des damaligen Präsidenten des Apartheid-Regimes, vergessen. Vielleicht war eben De Klerk für Mandela so etwas wie ein Glücksfall, da er im Gegensatz zu seinen Vorgängern ein alternatives Verständnis von der Lösung aufbrachte.

Ein hoher Vertreter des türkischen Staates kommentierte den Bericht Cengiz Çandars mit den Worten, dass der Staat seit 1999 mit Öcalan verhandele und der kein Problem darstelle, sondern der Staat selbst, da er es bis heute nicht geschafft habe, ein gemeinsamer Staat zu werden. Der Journalist Çandar hatte im Auftrag des Instituts für ökonomische und soziologische Studien (TESEV) einen Bericht verfasst mit dem Titel: „Wie kann die kurdische Frage von ihrer Gewalt-Komponente befreit werden? Unter welchen Bedingungen könnte die PKK die Waffen abgeben?"

Çandar berichtet in Bezug auf die Gespräche mit Öcalan auf Imralı, dass man nicht einer Haltung begegnet sei, die der eigenen Position und Überzeugung entspreche. Dieses Eingeständnis wiederum impliziert ganz klar, dass die Gegner einer friedlichen Lösung nicht auf Seiten Öcalans und der PKK zu suchen sind, sondern auf Seiten des Staates. Die AKP-Regierung und der von ihr vertretene Staat sind im Vergleich zum Apartheid-Regime zur Zeit De Klerks rassistischer geprägt.

Auf der einen Seite hat eine Gruppe die ernsten Absichten Öcalans und der PKK richtig verstanden und führt auf der anderen Seite einen Streit darüber, wie denn die Frage am besten gelöst werden sollte.

Nuray Mert, die bei der konservativen Zeitung Milliyet schreibt, hatte sich zu den staatlichen Straßenbauprojekten in

Kurdistan geäußert: „Ich will keine Analogien herbeireden, aber Fakt ist doch, dass auch in Dêrsim 1935 von Straßenbauprojekten geredet wurde. Im Anschluss kam das Massaker, welches durch die gebauten Straßen erst ermöglicht wurde, da man diese zur Bewegung benötigte. Auch heute sind diese Projekte die Grundlage der Gewaltzuspitzung in der Region …"

Daraufhin antwortete Ministerpräsident Erdoğan mit an Beleidigung grenzender Rhetorik auf Wahlkampfkundgebungen: „Es gibt da diese Journalistin, die in ihrer Kolumne schreibt und im Fernsehen spricht. Sie gibt gegenüber dem Presseorgan der PKK Statements ab. Sie versucht, eine Analogie zwischen den von uns gebauten doppelspurigen Straßen und Massakern herzustellen, da wir angeblich die Straßen wie in Dêrsim zur besseren Fortbewegung bauen würden. Diese Äußerungen sind nicht ehrenhaft, sondern ehrlos."

Gegen die an Drohung grenzende Rhetorik und das damit verbundene Aufhetzen erheben sich immer lauter die Stimmen derer, die Öcalan und seine Rolle hervorheben. Darunter auch einer der angesehensten Autoren der türkischen Literatur, Vedat Türkali. Dieser hatte zwar im Rahmen der Politiksendung von Banu Güven Anlass dazu gegeben, dass sie ihren langjährigen Job loswurde, jedoch mit folgenden Worten klar aufgezeigt, wie sich das Verständnis von der Person Öcalan wandelt: „Dieser Mann, Öcalan, kann diese Frage lösen. Auch ich bin dafür, dass er sie löst. Ihr werdet fragen: warum? Öcalan ist der Mann, der alle Faktoren in Bezug auf unsere Heimat berücksichtigt und sowohl die Türken als auch die Kurden in seine unermüdlichen Bemühungen für den Frieden einbezieht. Ich erfinde diese Tatsachen nicht, denn auch die Kurden in London werden noch wissen, dass ich kein Freund dieses Mannes bin und mit ihm seinerzeit hart umgegangen bin. Man muss heutzutage jedoch realistisch sein. Wenn ich nicht diesen Mann als einen Patrioten bezeichnen soll, wen dann? Bestimmt nicht den, der den Befehl zur Tötung der sieben Kurden(-Kämpfer), die in Erwartung des Todes zitternd in der Höhle festsaßen, gegeben hat. So einer kann kein Patriot sein, so was Schwachsinniges kann es nicht geben …"

Die politischen Entscheidungen der Regierung in diesem Zusammenhang können wir beiseitelassen und das Verhalten der sogenannten unabhängigen Justiz betrachten. Hierbei werden wir feststellen, dass diese sich stets an den Entscheidungen und dem Verhalten Öcalans ausrichtet. Der Journalist Cevat Aşkın hat in der Zeitung Radikal in seinem Artikel „Ankara fordert Öcalan auf, sich nicht zurückzuziehen" die Antwort Ankaras auf Öcalans Rückzug aus den Verhandlungen wie folgt interpretiert:

„Der 6. Strafgerichtshof von Diyarbakır hat gegen die Verteidiger im KCK-Verfahren Anklage erhoben, da diese das Verfahren behindern sollen. Dieselbe Anklage hat auch der Vorstand der Anwaltskammer von Diyarbakır erfahren, da diese dem Gesuch des Gerichts nicht nachkam, neue Anwälte für die Verteidigung zu bestimmen. Des Weiteren wurden 98 Bürgermeister von der DTP und 8 Vorsitzende von Provinzräten mit der Forderung nach 15 Jahren Haft angeklagt, da sie eine Haftverbesserung für Öcalan forderten, damit dieser seine Rolle für eine friedliche Lösung wahrnehmen könne.

Die Eröffnung der Anklage nach den Kommunalwahlen von 2009 gegen alle Bürgermeister der BDP (ehemals DTP) und der Inhalt der Anklageschrift sind als Botschaft von Ankara in Richtung Imralı und Kandil zu sehen."

Dann gibt es auch einen Artikel von Ruşen Çakır in der Zeitung Vatan vom 03.08.2011. Darin heißt es: „Ob es uns gefällt oder nicht, aber Fakt ist, dass die bewaffneten Aktionen der PKK die kurdische Frage unwiderruflich auf die Agenda der Türkei gebracht haben. Frei von der minimalisierenden Einstellung der Anfangszeit können wir sagen, dass sich jede Regierung seit 1980 darangemacht hat, die kurdische Frage zu lösen, um kurz danach zu resignieren …"

Neben Journalisten und Intellektuellen, die noch bis gestern nicht wagten, gar ein Statement abzugeben, trauen sich im Zuge der Phase, die Öcalan durch seine Diskussionen angestoßen hat, nun sogar populäre Figuren, Ideen zu diesem Sachverhalt öffentlich zu thematisieren. Diese Kreise hatten in der Vergangenheit auf Äußerungen wie die Özals („Man kann den Konföderalismus thematisieren") oder Çillers („Man könnte das baskische Modell diskutieren") kaum reagiert. Nun diskutieren sie aber über radikale Ideen. Der Kino- und Theaterdarsteller Cem Özer formulierte seine Ansicht zu diesem Thema wie folgt: „Man muss für dieses Problem endlich eine Lösung finden. Das lässt sich nicht mit Krieg lösen. Es verlieren so viele Menschen ihr Leben. Man muss auch an die Menschen vor Ort denken. Der Staat muss sich endlich auf den Pfad des Friedens begeben. Man sollte den Kurden Autonomie zugestehen."

Hierbei wird klar, dass im Zuge der Verkündung der Demokratischen Autonomie diese im Westen viele Kreise als eine passende Lösung debattieren.

Zuletzt möchte ich auf eine Positionierung von Nihat Ergün, dem AKP-Minister für Industrie, Wissenschaft und Technologie, hinweisen. Ergün sagte im Interview mit der Zeitung Radikal zur kurdischen Frage: „Wenn wir in der Vergangenheit eine freie Atmosphäre geschaffen hätten, in der die Unterschiede sich ungehindert ausdrücken und entfalten können, so hätten die heutigen Terroristen wie auch Öcalan es eher vorgezogen, Philosophen zu werden." Diese Feststellung ist nur denkbar, wenn der Minister einen bestimmten Denker aus der Nähe verfolgt. Man kann sagen, dass sich aus diesen Aussagen herauslesen lässt, dass der Minister in der Frage, ob Terrorist oder Philosoph, gespalten ist.

Öcalan hat es durch seine unermüdlichen Mühen während seiner Haftzeit geschafft, die Vorurteile gegenüber seiner Person zu überwinden, und für die kurdische Freiheitsbewegung eine Legitimation bei der türkischen Basis erreicht. ♦

„Mein offener Brief an die Regierung“ (nach Öcalan)

Oya Baydar, Schriftstellerin, 10.08.2011

Ich wollte einen offenen Brief schreiben, von dem ich weiß, dass die Adressaten ihn nicht lesen werden oder, sofern sie ihn lesen, dieser sie nicht tangiert. Mir fielen hierbei die Botschaften ein, die Abdullah Öcalan als „Offener Brief an die Regierung“ verschickt hatte. Vielleicht habe ich die Überschrift aus dem offenen Brief von Öcalan übernommen, damit meine Kolumne, Schrift einer Mittellosen, interessanter wird.

Warum richtet sich der Brief vorrangig an die Regierung, die Herrschenden, also die AKP und den Ministerpräsidenten Erdoğan? Denn wir stehen nicht nur einem ausschließlich kurdischen oder türkischen, sondern einem aus ihrer Kombination hervorgegangenen riesengroßen Türkei-Problem gegenüber. Eigentlich ist die politische Führung, die für die gesamte Türkei Verantwortung trägt, Ansprechpartnerin und Verantwortliche für ein solches Landesproblem, welches durch den türkischen Nationalstaat zu einem unlösbaren Knoten wird. Der Name Regierung steht dafür. Zudem können weder die AKP noch Tayyip Erdoğan, als „der Mann“ dieser Regierung, die Teilung der Macht noch als Ausrede verwenden.

Ich kenne den genauen Wortlaut der Überschrift des Briefes bzw. der Botschaft von Öcalan nicht, aber meine Botschaft lautet wie folgt:

Ändert zuerst Eure Kriegssprache

Herr Ministerpräsident, sind Sie gewillt, einen Lösungsweg einzuschlagen für das vorrangigste Problem der Türkei? Ich sehe es als mein staatsbürgerliches Recht an, Ihnen diese Frage zu stellen. Denn Ihre Sprache und die Ihrer engsten Vertrauten, wie die von Arınç oder von Çiçek, gegenüber den kurdischen Menschen und der kurdischen politischen Bewegung ist keine Sprache eines lösungsorientierten politischen Willens. Es ist eine erniedrigende, ausgrenzende und provozierende Kriegssprache.

Unterschätzen Sie die Sprache nicht. Man sagt: „Sprache ist das Abbild des Menschen.“ Ihre Ausdrucksweise, einschließlich Ihrer Sprache und Körpersprache, spiegelt Ihre Absichten und Ihren Kern wider. Die Sprache von Krieg und Verständigung ist gegensätzlich. Die Sprache der Abneigung und der Gleichheit, die der Erniedrigung und der Würdigung ist unterschiedlich. Ihr Gegenüber versteht dies sofort. Es ist wie im Falle von „bitte, komm und setz dich“ und „setz dich!“.

Lassen wir noch wichtigere politische Entscheidungen beiseite; ob für Euch sympathisch oder nicht, jedes von Euch gegen die vom kurdischen Volk als Repräsentanten angesehenen Personen, politischen Parteien, Bewegungen, die Jugendlichen, die Ihr als Terroristen, das kurdische Volk jedoch als Freiheitskämpfer bezeichnet, gerichtete feindliche Wort, jede bedrohliche und erniedrigende Ansprache führen bei der Gegenseite zu einer unberechenbaren Zunahme von Wut, Protest und Vertrauensverlust. Mit ein wenig Empathie und Erinnerung an Ihre eigene Vergangenheit könnten Sie dies verstehen. Wenn Sie es vergessen haben sollten, will ich gern behilflich sein. Denken Sie an die Wut, die Sie zu Recht empfanden, daran, wie Sie ihre Fäuste geballt haben gegen die Herrschenden, an Ihren Vertrauensverlust und Ihren Zorn, als die Herrschenden verhinderten, dass Sie mit ihrer islamischen Identität Politik machen, als Ihre Werte, Ihre Heiligtümer und Ihr Lebensstil von diesen erniedrigt wurden, als einige Menschen von „Männern, die sich am Bauch kratzen“, oder (ich wiederhole es nur ungern und entschuldige mich bei allen Menschen und Kopftuch Tragenden) von „schwarzen Insekten“ sprachen. Sprache ist nicht alles, macht jedoch viel aus. Wenn Sie die Sprache des Friedens und der Versöhnung sprechen könnten, wären wir heute an einem ganz anderen Punkt.

Einige Feststellungen

Kommen wir nun zum Kern. Um es kurz zu halten, einige Feststellungen:

Als Individuum kann der Kurde anders als die PKK denken. Aber im Ganzen kann die kurdische Frage nicht außerhalb des Geflechts PKK-Imralı-Kandil-Europa betrachtet und gelöst werden. Wenn der türkische Staat und die Regierung die eine Lösungspartei bilden, ist die andere die bewaffnete und politische kurdische Bewegung.

Das kurdische Volk und die kurdische Bewegung in ihrer Gesamtheit wollen eine Lösung. Genauer gesagt, sie sind zu einer Lösung verurteilt. Die Salven und Drohungen sollten keine Berücksichtigung finden. Sie resultieren aus der Unwissenheit, wie ein Lösungsweg genau aussieht, und dem fehlenden Vertrauen in die Gegenseite.

Wie alle friedlichen Lösungswege weltweit zeigen, unabhängig von den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern, kann eine politische Lösung nur gelingen, wenn der Staat und die politische Regierung offiziell der Gegenseite Garantien geben, nicht jedoch nach dem Motto „legt die Waffen nieder, dann schauen wir mal“.

Öcalan, der vorrangig – menschlich gesehen gerechtfertigt – mit seinen Problemen und seiner Zukunft beschäftigt zu sein scheint, ist weiterhin unumstrittene Führungsperson der kurdischen Bewegung.

Schauen wir einmal, was Öcalan sagt:

Er sagt: „Der Ministerpräsident soll eine Erklärung abgeben, dann ziehe ich die Guerilla in einer Woche zurück.“ Er äußert: „Schafft die Grundlage, damit ich die Guerilla in einen sicheren

Raum bringen kann.“ Er sagt: „Ich kann unter den Umständen, in denen ich mich befinde, nicht einlenken.“ Der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (die Struktur, die Arınç in einer einem Staatsmann unangemessenen Oberflächlichkeit mit den Worten „sie trinken Tee und gehen wieder auseinander“ erniedrigt hat) übt auf seinem Kongress mit 850 Delegierten Selbstkritik wegen seines mangelnden Engagements für Öcalans Freiheit und erklärt die Verbesserung der Bedingungen Öcalans als zukünftiges Ziel.

Zusammengefasst, auch wenn wir nicht von Lösung sprechen, sind die ersten Schritte auf dem Weg zu einer Lösung ersichtlich. Zudem ist dies – für Zweifler – eine gute Gelegenheit, den wahren Einfluss Imralıs auf die Bewegung zu testen. Wenn Sie „für einen Weg zu einer Lösung und für die Etablierung des Friedens“ Öcalan Handlungsfreiheit gewähren, werden Sie über die Verbesserung der Haftbedingungen auf Imralı hinaus auch Hausarrest u. ä. notwendige Voraussetzungen einrichten. Es gibt Tausende Möglichkeiten, Ihr müsst nur wollen und Mut zum Handeln zeigen.

Sie wissen und spüren nicht

Ich habe noch eine andere Frage und Sorge: Ist es so, dass Sie eigentlich eine Lösung wollen, aber nicht über ausreichendes Wissen dazu verfügen, keine Vorbereitungen getroffen haben, ideologisch unzureichend sind, ein den Nationalismus nicht überwindendes Verständnis haben und – wer auch immer – jemand Sie in eine falsche Richtung, in den Sumpf lenkt? Einstieg in ein Sammeltaxi, um es gemein auszudrücken?

Warum ich so denke? Weil Sie den Kampf der Kurden um ihre Identität und Würde verleugnen (oder nicht verstehen), weil Sie nicht verstehen, warum die von Ihnen als Almosen „spendierten“ Rechte, die von Ihnen vorgesetzten Knochen nicht händeringend aufgegriffen werden, und weil Sie „diese Undankbarkeit“ nicht verstehen und über die Undankbaren (!) schimpfen. Weil wir beobachten, wie Sie Kemal Burkay, der 31 Jahre als Emigrant in Europa gelebt hat und recht alt geworden ist, in einer Art und Weise, die nicht nur die Kurden, sondern uns alle betrübt, die seine sowie die Würde der Kurden verletzt und in keiner Weise politischem Scharfblick entspricht, herumführen und sich dadurch etwas erhoffen.

Ich bin jemand, die nach dem Putsch vom 12. September als Emigrantin im Ausland gelebt hat. Ich weiß, was dies bedeutet. Ich habe selbst erlebt, wie weit entfernt ein Mensch, der die Ereignisse in seiner Heimat umfassend zu verfolgen glaubt, von diesen sein kann, wie er in einer Welt der Vorstellungen lebt und leeren Hoffnungen folgend gelockt werden kann. Leider können weder Kemal Burkay, den ich herzlich willkommen heiße – bei der Wiederholung seiner Zeilen „ich besitze nicht mal eine Katze … lächle“ vergieße ich regelmäßig Tränen –, und noch andere geschätzte Menschen nicht einen einzigen Stein in der kurdischen Frage bewegen. Sie würden höchstens – auch wenn sie es nicht wollen – dem Image erliegen, von Ihnen missbraucht worden zu sein. Wer auch immer Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihrer Regierung eingibt, aus diesen Taktiken Hoffnung zu schöpfen, hat, einmal abgesehen von möglicher Unkenntnis, böse Absichten und will eine Lösung verhindern. So wie Sie nicht Ihre eigenen Kurden erschaffen werden, so können Sie sich auch nicht Ihre eigenen kurdischen Führungspersonen konstruieren.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, möchte ich meinen Brief wie folgt abschließen: Eine Lösung der kurdischen Frage ist nicht möglich mit konservativem Nationalismus, mit auf dem Status quo beharrenden staatlichen Reflexen, mit einer das Land mit einer Wassermelone vergleichenden Trennungsphobie, mit dem Bestreben, eigene Kurden und kurdische Führungspersonen hervorzubringen und das Thema religiöse Brüderschaft zu missbrauchen. Dass es nicht funktioniert, wurde bereits getestet.

Auch wenn ich erinnern, ja sogar gestehen muss, dass es nervig ist: Vor zehn Jahren hätten weder ich noch andere mir bekannte Personen oder wichtige Teile der Gesellschaft, die für eine Lösung und Frieden sind, gesagt, dass „Öcalan der Schlüssel zum Frieden ist“ oder dass „die PKK Ansprechpartner ist“. Wenn wir dies heute zum Ausdruck bringen, ist das weder ein Sieg noch eine Niederlage für die Parteien. Es ist nur die Notwendigkeit an dem Punkt, an den die Geschehnisse durch die Dynamik von Leben und Gesellschaft gebracht worden sind. In einem, in fünf, in zehn, in zwanzig Jahren werden die Türkei, die Türken, die Kurden, der Nahe Osten, die Welt, wir alle werden an ganz unterschiedlichen Punkten angekommen sein. Kraft- und Machtverhältnisse werden sich ändern. Vielleicht ändern sich Grenzen und der politische Status. Das ist der Lauf der Geschichte und des Lebens. Es gibt keine absoluten Wahrheiten, keine unendlichen Realitäten. Schritte in Richtung einer Lösung werden Sie oder Ihre Nachfolger früher oder später gehen. Sie werden die Bedingungen auf Imralı verbessern, sich an den Verhandlungstisch setzen und eine Lösung erarbeiten.

Jeder Tag, jeder Monat, jedes Jahr, der oder das vergeht, bedeutet Tod und Blutvergießen. Ausgelaugte Menschenleben, geschürte Feindschaft, gebrochene Herzen, ein zerbrechendes Land. Und für dieses Land sind Sie aufgrund Ihrer Position in erster Linie verantwortlich. Die Geschichte wird zunächst Sie für das Blutvergießen, die verlorenen Menschenleben, die zerstörten Hoffnungen, das Leid der Menschen verantwortlich machen. Zeigen Sie den Mut, den Sie gegen die Vorherrschaft des Militärs aufgebracht haben. Fürchten Sie sich nicht! Das nach Ruhe strebende Volk, türkisch wie kurdisch, welches seine Kinder nicht sterben sehen will, wird Ihnen folgen. Schrecken Sie nicht zurück vor den Kriegsparolen der engstirnigen, fanatischen Nationalisten – eine laute Minderheit – in Ihren Reihen und außerhalb dieser. Millionen sind bereit, Friedenslieder zu singen. Ansonsten werden wir gemeinsam Trauerlieder anstimmen. ♦

(Quelle: www.t24.com.tr; Unabhängige Internet-Zeitung)

Oya Baydar ist eine türkische Schriftstellerin und Journalistin. Früh engagierte sie sich in der politischen Linken. Als Gründungsmitglied der Türkischen Sozialistischen Arbeiterpartei geriet sie nach dem Militärputsch 1980 ins Visier der Militärregierung, wurde zunächst inhaftiert. Nach ihrer Flucht vor dem Putsch im September 1980 lebte sie zwölf Jahre lang in Frankfurt am Main. 1992 konnte sie aufgrund einer Amnestie in die Türkei zurückkehren. Unter dem Eindruck des Falls der Berliner Mauer begann die Autorin, die 30 Jahre lang geschwiegen hatte, wieder zu schreiben. 2001 gründete sie den Turkey Peace Attempt, dessen Sprecherin sie nach wie vor ist. Seit ihrer Rückkehr in die Türkei arbeitet sie als Journalistin, Publizistin und Schriftstellerin in Istanbul.

Hamdiye Çiftçis Stimme soll zum Schweigen gebracht werden

„Stimmen aus dem Gefängnis" unterbunden

Michael Knapp, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Im *Kurdistan Report* Nr. 154 (März/April) begannen wir zusammen mit der seit mehr als einem Jahr im E-Typ-Gefängnis von Bidlîs (Bitlis) inhaftieren kurdischen Journalistin Hamdiye Çiftçi die als Artikel- und Interviewserie konzipierten „Stimmen aus dem Gefängnis". Sie gab damit denen, deren Stimmen der türkische Staat zu rauben versucht – den politischen, gefangenen Frauen – eine Plattform, um über ihre Geschichte, ihre Motivation, die ihnen zugefügten Grausamkeiten wie auch ihren Kampf berichten zu können. Dies ist für den türkischen Staat derart störend, dass er die aktuelle, zweite Ausgabe von „Stimmen aus dem Gefängnis" beschlagnahmen ließ und sie uns deshalb nicht erreichte.

Auch ein Besuch der in Bidlîs gefangenen Frauen, insbesondere von Hamdiye Çiftçi, durch Bundestagsabgeordnete der Linkspartei und Delegierte im Juni 2011 wurde unter fadenscheinigen Gründen und mit einer Verzögerungstaktik verhindert. Dem türkischen Staat scheint jedes Mittel recht zu sein, kritische JournalistInnen an ihrer Arbeit zu hindern.

Auch aus diesem Grund berichten wir an dieser Stelle über die Anklage gegen Hamdiye und damit stellvertretend über die Repressionen und Einschüchterungen, denen kritische, kurdische JournalistInnen in der Türkei ausgesetzt sind.

Anklageschrift erst nach 10 Monaten

Hamdiye Çiftçi wurde im Rahmen der seit 2009 andauernden Repressionswelle gegen kurdische PolitikerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, die Frauenbewegung und alle anderen kurdischen Basisinitiativen als kritische, kurdische Journalistin am 9. Juni 2010 inhaftiert. Sie ist damit eine von Tausenden Gefangenen dieser politischen Repressionskampagne. Auch sie wurde nach dem Antiterrorgesetz inhaftiert. Erst im April 2011, also nach mehr als zehn Monaten, wurde ihr die Anklage genannt, so dass die Vorbereitung einer Verteidigungsstrategie langfristig verhindert wurde.

Allerdings war vielen schon von Anfang an klar, dass es sich um eine Racheaktion wegen ihrer journalistischen Arbeit handelte. Was jedoch die Staatsanwaltschaft konstruierte, übertraf jegliche Erwartung.

Im Jahre 2008 zu Newroz war es in Hamdiyes Heimatstadt Colêmerg (Hakkari) zu schwersten Polizeiübergriffen auf die Bevölkerung gekommen. Vor laufender Kamera brach ein Zivilpolizist dem etwa 13 Jahre alten kurdischen Jungen Cüneyt Ertuş mit den Worten „Die Arme, die Steine auf uns werfen, brechen wir" mit einem professionellen Hebel den Arm, der schwer verletzte Junge wurde inhaftiert und mehrtägiger Folter, u. a. mit Druckwasser und Schlägen wie auch Nichtbehandlung seiner Verletzungen, unterzogen. Schon während des Übergriffs wurden anwesende JournalistInnen von Sicherheitskräften bedroht, die Bilder nicht zu veröffentlichen. Dennoch gingen die Bilder um die Welt und bei YouTube „Cüneyt Ertuş" einzugeben reicht, um das Vorgehen der Polizisten zu beobachten.

Statt nun ein Strafverfahren gegen die Folterer einzuleiten, wurde die Wohnung Hamdiyes mehrfach durchsucht, sie erhielt Todesdrohungen und auch ihre Familie wurde Opfer von schweren staatlichen Übergriffen einschließlich Folter, die einerseits das Ziel hatten, Beweise dafür zu finden, ob Hamdiye das Material verbreitet hatte, und andererseits sie bei ihrer weiteren journalistischen Arbeit einzuschüchtern.

„Haltlose" Vorwürfe gegen die Polizei

Ihr wird vorgeworfen, „haltlose" Vorwürfe gegen die Polizei publiziert zu haben, was von der Staatsanwaltschaft als Straftat gewertet wurde. Das Video, auf dem deutlich zu erkennen ist, wie Cüneyt Ertuş der Arm gebrochen wird, entbehrt laut Staatsanwaltschaft jeder Grundlage. Neben der guten Videodokumentation gibt es aber dutzende ZeugInnenaussagen und die Verletzungen an Cüneyt Ertuş' Körper belegen diese Übergriffe deutlich. Es liegt nahe, dass die Staatsanwaltschaft neben der Repression gegen eine missliebige Journalistin auch die Straflosigkeit der Folterer garantieren will.

Hamdiye Çiftçi wird weiterhin ihre Mitarbeit bei der im Übrigen auch in der Türkei legalen, aber dennoch von der Staatsanwaltschaft als von KCK bzw. PKK „gesteuerte Nachrichtenagentur" bezeichneten Agentur DIHA vorgeworfen und es wird behauptet, dass sie ihre journalistische Arbeit allein auf Befehl der „verbotenen Organisation"* praktiziert habe. Dies

*Die juristische Umschreibung für PKK/KCK

wird von der Staatsanwaltschaft als „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation“ interpretiert, was mit durchschnittlich 15 Jahren Haft bestraft wird.

Europäische Medien machen sich immer wieder zum Erfüllungsgehilfen der türkischen Staatspolitik

In der Akte wird insbesondere angeführt, sie habe auch über die zahlreichen mit Betretungsverbot belegten Almen in der Region Colêmerg (Hakkari) berichtet und über den ebenfalls inhaftierten Hıfzullah Kansu, den Kreisvorsitzenden der mittlerweile verbotenen, linken, prokurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP), an Roj TV die Äußerung übermittelt: „Mit dem Betretungsverbot aller Almen und Weiden um Colemêrg (Hakkari) herum ist die Stadt nahezu zu einem offenen Gefängnis geworden.“ Wer die Region Colêmêrg (Hakkari) kennt, kann diesen Eindruck nur bestätigen. Die türkische Justiz versucht diesen Satz und seine Verbreitung über den kurdischen Fernsehsender Roj TV als organisatorische Aktivität einer verbotenen Vereinigung darzustellen.

Der Prozess gegen Hamdiye Çiftçi zusammen mit 15 weiteren im KCK-Verfahren Angeklagten hat am 14. Juli am 3. Schwurgerichtshof in Wan (Van) begonnen und dauert an. Deutlich ist der Versuch, ihre journalistische Arbeit auf jeder Ebene wie auch im Gefängnis zu behindern, um die Realität zu verschleiern und vor der internationalen Öffentlichkeit zu verbergen. Er stellt nur die Spitze des Eisbergs von Inhaftierungen, Folterungen bis hin zu Morden an kritischen JournalistInnen in der Türkei dar.

Die Isolation der Gefangenen durch Briefe und Kontakte durchbrechen

Die meisten europäischen Medien machen sich in diesem Rahmen leider zum Erfüllungsgehilfen der türkischen Staatspolitik, die von europäischen Regierungen direkt unterstützt wird, indem sie Meldungen aus Kurdistan weitgehend totschweigen oder einfach türkische Agenturmeldungen wiedergeben. Deshalb ist es besonders wichtig, die Isolation der Gefangenen durch Briefe und Kontakte zu durchbrechen und damit auch dem türkischen Staat ein Zeichen zu geben, dass die Gefangenen auch international nicht alleingelassen werden. Adressen von Gefangenen sind gern über die E-mail-Adresse <k.report@gmx.de> zu erfragen. ♦



Hamdiye Çiftçi wird unter strengster Bewachung mit anderen Frauen vom Gefangenentransporter ins Gericht gebracht. Und auch hier wieder die G3-Sturmgewehre (oben links)
Foto: DIHA

Für ein neues Syrien

Die Kugeln von Al-Assad haben nur die Angst der Syrer besiegt!

Tarek Ahmo, Journalist

Zu Beginn der Aufstände in Syrien wurde ein heikles Dokument von „Unbekannten“ veröffentlicht. Angeblich wurde es von fünf Offizieren und „Persönlichkeiten aus Regierungskreisen“ formuliert. Darin werden die politische Situation bewertet und einige Vorschläge zur Niederschlagung der Protestaktionen und des Volksaufstands gegen das Regime unterbreitet. Das Regime müsse brutal gegen die Protestaktionen vorgehen und dürfe keine Versammlungen zulassen, bei denen wie auf dem Kairoer Tahrir-Platz zum Sturz des Regimes aufgerufen wird. Wer Parolen gegen die „Person des Präsidenten“ rufe, müsse sofort getötet werden.

Dieses sogenannte „Dokument“ war vom Geheimdienst verfasst worden. Dem Regime werden darin auch „Reformvorschläge“ unterbreitet, es beinhaltet aber im Wesentlichen Vorschläge zur schrittweisen Vernichtung der Opposition und zur Niederschlagung der Proteste.

Hintergrund der Veröffentlichung dieses Dokuments war die Sorge, dass die Umstürze in Ägypten und Tunesien auch die Menschen in Syrien ermutigen könnten, den Sturz des Regimes von Al-Assad zu fordern. Deshalb müssten Proteste brutal unterdrückt werden!

Das Dokument wurde Ende März veröffentlicht, zwei Wochen nach den Protestaktionen in der Provinz Dara. Hier wurden Hunderte Protestierende von Sicherheitskräften getötet und Tausende inhaftiert. Die Bevölkerung wurde mit Panzern und Gewehren angegriffen, jedes Viertel wurde umzingelt. Wasser und Strom wurden gesperrt. Die Provinz wurde nach außen völlig isoliert, so dass auch keine Nahrungsmittel mehr hereinkamen. Selbst die Lieferung von Säuglingsnahrung wurde untersagt. Die Bevölkerung wurde als Geisel genommen. Durch Hunger und Durst sollte sie gezwungen werden, auf ihre Forderung nach einem Leben „in Freiheit und Würde“ zu verzichten.

Internationalen Nachrichtenagenturen, Fernsehsendern und Zeitungen wurde der Zugang zu der Provinz versperrt.

Die Menschen in den Provinzen Banyas, Dschabla, Latakya und Homs gingen auch auf die Straße, um die Bevölkerung in Dara zu unterstützen. Das Militär wurde umgehend in diese Gebiete gesandt und wieder wurden Hunderte von Protestierenden getötet. Besonders blutig wurden die Proteste von der vierten Armee-Division unter der Führung des Präsidentenbruders General Mahir Al-Assad unterdrückt. Trotzdem hat die syrische Bevölkerung nicht aufgegeben und in Dschisr Ash-Shughur, Idlib, Marat Al-Numan und Hama ihre Protestaktionen noch verstärkt. Auch hier wurden Zivilisten von den Sicherheitskräften angegriffen und Hunderte getötet. Während dieser Angriffe haben sich Gruppen von Militärangehörigen, die sich nicht an der Tötung von Zivilisten beteiligen wollten, von ihren Truppen entfernt. Zwischen ihnen und dem Militär kam es infolgedessen zu Auseinandersetzungen, während derer Hunderte Soldaten getötet wurden. Unter Führung von General Huseyin Harmush griffen sie das Militär an, um das Volk zu schützen. Tausende flohen aus Syrien in die Türkei, um dort Asyl zu suchen.

Inzwischen trat Al-Assad zweimal an die Öffentlichkeit und bezeichnete die Forderungen des syrischen Volks nach Freiheit, Demokratie und Reformen als ein Komplott ausländischer Kräfte. Der Ausnahmezustand wurde aufgehoben und ein neues Parteiengesetz verabschiedet. Zehntausende Kurden, denen 1962 die Staatsbürgerschaft aberkannt worden war, haben diese zurückerhalten. Für das syrische Volk kommen diese Zugeständnisse jedoch zu spät und es akzeptiert sie nicht. Nach so vielen Getöteten und Inhaftierten, der Besetzung von Dörfern und Städten erkennt niemand mehr die Präsidentschaft Al-Assads an.

Auf der anderen Seite hat der Iran dem Regime von Al-Assad finanzielle Unterstützung in Höhe von sechs Milliarden US-Dollar gewährt. Es wird berichtet, dass iranische Soldaten und die libanesische Hizbullah die Militärkräfte von Al-Assad gegen die Protestierenden in Syrien unterstützen.

Auch in der Stadt Dair Az-Zaur an der Grenze zum Irak gibt es Aufstände. Hier leben arabische Stämme, von denen ein großer Teil auf den Irak, Jordanien und Saudi-Arabien verteilt ist. Besonders an den Freitagen kommt es zu starken Protesten gegen das Regime. Alle Statuen von Al-Assad und seinem Vater wurden zerstört, zahlreiche Militärstützpunkte von der Bevölkerung niedergebrannt. Deswegen kam es auch hier zu massiven Militäreinsätzen, bei denen viele Zivilisten getötet wurden.

Das Volk möchte seine Proteste friedlich fortsetzen und weigert sich, Waffen gegen das Regime einzusetzen. Das würde sich das Regime wünschen, weil es damit einen Freibrief für

die noch brutalere Niederschlagung der Proteste hätte. Aus diesem Grund platzierte das Regime selbst Waffen in Moscheen und behauptete dann, sie gehörten bewaffneten Gruppen. Diese (Täuschungs-)Versuche schlugen jedoch fehl.

Das Regime versuchte auch, Auseinandersetzungen zwischen der religiösen Minderheit der Aleviten und den Sunniten anzuzetteln. Auch das hätte den Weg für brutale Angriffe des Regimes freigemacht. In einigen Vierteln von Homs kam es zu Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Religionsgruppen. Die „Aufständische Jugend", Aleviten und Sunniten, hat jedoch dazu eine öffentliche Erklärung abgegeben und diesen Provokationen ein Ende bereitet.

Das Regime versucht, die Aufstände als „sunnitisch" darzustellen, und bezweckt damit, Aleviten, Drusen und Christen auf seine Seite zu ziehen. Während der militärischen Belagerung von Dair Az-Zaur wurden die Minarette der „Osman Bin Afan"-Moschee beschossen. Die Länder der sunnitischen Muslime sahen sich diese Bilder schweigend an. Trotz der Versuche des Regimes, einen Bürgerkrieg auszulösen, gab es Massenproteste in den Städten As Suwayda (drusisch geprägt), Maherda (ismailitisch geprägt) und in dem Viertel Bab Tumaya von Damaskus (christlich geprägt).

Das Regime fährt mit seinen brutalen Angriffen fort, dazu hatte es sich von Anfang an entschlossen. Al-Assad kann nicht einsehen, dass ihm das Gleiche geschehen kann wie Husni Mubarak und Zine El Abidine Ben Ali. Er wiederholt die Erfahrungen von Muammar al-Gaddafi und kann sich nicht dazu entschließen, dem Beispiel von Mubarak und Ben Ali zu folgen. Deshalb hat er die Aufstände in Dara, Dair Az-Zaur und Homs brutal niedergeschlagen, obwohl viele Armeeangehörige aus diesen Provinzen stammen. Denn Al-Assad musste gemäß dem „Dokument des Geheimdienstes" jeden mit dem Tode bestrafen, der seinen Stutz betrieb.

Durch die militärischen Angriffe und die Einmischung Irans hat sich die Haltung der arabischen Staaten gegenüber dem Regime von Al-Assad geändert. Saudi-Arabien hat seinen Botschafter aus Damaskus zurückbeordert. König Abdullah hat die Angriffe auf die arabischen Stämme in Dair Az-Zaur und die Festnahme ihrer Scheichs scharf kritisiert.

Der US-Botschafter in Syrien besuchte Hama am 04.07.2011 und schickte einen Bericht über die Folgen der Angriffe nach Washington. Es heißt, die USA würden mit Hilfe der NATO Syrien angreifen, sollte das Töten der Bevölkerung nicht aufhören. Um einen solchen Angriff zu legitimieren, treffen die USA Vorkehrungen. Sie bereiten die arabischen Staaten auf einen eventuellen Angriff vor und bringen sie gegen Al-Assad auf. Russland und China werden durch einige wirtschaftliche Vergünstigungen zufriedenzustellen sein. Durch die Schwächung Al-Assads wird ein Angriff auf den Iran erleichtert. Damit wird Israel zufrieden sein. Es ist möglich, dass sich Benjamin Netanjahu an dem Krieg beteiligt, um die innerisraelischen Krisen, Proteste und Unruhen zu beenden.

Die Türkei zeigt unterschiedliche Haltungen. Zu Beginn der Angriffe auf die Bevölkerung in Syrien legte der türkische Ministerpräsident eine harte Haltung an den Tag, um die



Lager der syrischen Flüchtlinge in der Türkei an der Grenze zu Syrien Fotos: DIHA

Stimmen der sunnitischen Wähler zu gewinnen. Staatspräsident Abdullah Gül drohte Syrien sogar mit „militärischem Eingreifen“. Nach den Wahlen in der Türkei änderte Erdoğan jedoch seine Haltung und unterbreitete Al-Assad „Reformvorschläge“. Das syrische Volk nennt die Haltung der Türkei zwiespältig. Es will keine Reformen mehr von einem Mörder wie Al-Assad annehmen. Die Bevölkerung in Syrien fordert seinen Rücktritt.



Für die Türkei ist die Wahrung der bisherigen Ordnung wichtig. Ein Syrien, in dem den Kurden keine Rechte gewährt werden. Erdoğan hat durch den türkischen Geheimdienst erfahren, dass Al-Assad und seine Umgebung einen „alevitischen Staat“ als Alternative betrachten. Die Türkei hat Syrien gedroht und angemerkt, dass sie die Existenz eines solchen Staates nicht anerkennen werde. Al-Assad hat mit dieser Alternative Hoffnungen verbunden, denn außer der „Niederschlagung der Aufstände“ hat er keine Pläne mehr.

Die Türkei hat Syrien folgendes „Reformbündel“ vorgeschlagen:

1. In der neuen Verfassung darf die Gründung von ethnischen Parteien (Kurdenpartei) nicht zugelassen werden. Den Parteien, die ideologische Verbindungen oder Verbindungen zu Bewegungen haben, soll eine politische Betätigung untersagt werden (hier ist die Partei der Demokratischen Einheit PYD gemeint).
2. Projekte wie „demokratische Selbstverwaltung“ oder „regionale Autonomie“, welche die Einheit des Staates gefährden, dürfen nicht befürwortet werden. Eine einfache regionale Verwaltung, in der Gouverneure und Polizei das Sagen haben, kann eingeführt werden.

Der syrische Staat hat dem zugestimmt. Der türkische Staat und die AKP-Regierung haben sich auch in die Angelegenheiten der Kurden in Syrien eingemischt. Die Türkei versucht, einige bestochene Kurden gegen die kurdische Freiheitsbewegung in Syrien zu mobilisieren. Vor kurzem bildeten sich in den kurdischen Gebieten Gruppen, die sich gegen die kurdischen Fahnen und Symbole aussprechen und versuchen, die Kurden auf die Seite der türkischen Politik zu bringen.

Die AKP hat zwei Pläne:

1. Falls Assad an der Macht bleiben will, muss er sich und das ganze Land an die Türkei „übergeben“.
2. Fall er das ablehnt, wird die jetzige Ordnung beseitigt und eine neue Ordnung des „gemäßigten Islam“, die der AKP und den USA nahesteht, die Macht übernehmen.

Die Muslimbrüderschaft in Syrien agiert nur noch nach den Wünschen der AKP. Diese Organisation bestreitet das Recht der Kurden, Teil der syrischen Nation zu sein, und betrachtet Syrien als ein „rein arabisches Land“.

Als sich die kurdischen Parteien am 14.04.2011 in Qamishlo vereinigten, wurde dies von Erdoğan als „großes Komplott“ gegen Syrien bezeichnet.

Das syrische Volk darf die Einmischung der Türkei nicht zulassen. Die „Aufständische Jugend“ hat nicht zugelassen, dass es (wie von Al-Assad gewünscht) zu Auseinandersetzungen zwischen Aleviten und Sunniten kommt. Es muss aufhören, dass den Kurden ihre Rechte vorenthalten werden.

Ein neues Syrien wird geschaffen. Es darf keine Feindschaft und Diskriminierung im neuen Syrien geben. Wenn sich das Volk von einem Diktator wie Al-Assad befreien will, darf es nicht die Pläne eines Diktators wie Erdoğan übernehmen.

Syrien will frei sein. Die Freiheit muss für alle gelten, sowohl für Araber als auch für Kurden, sowohl für Muslime als auch für Christen.

Ein neues Syrien. Mit einem neuen Charakter. Mit einer Identität der Vielfalt, in der sich jeder wiederfindet … ♦

Wissenschaftliche Studien zur kurdischen Frage im Mittleren Osten

Selbstbewusste Kurden als Hindernis für Zugriff auf Ressourcen

Martin Dolzer, Soziologe

In dem folgenden Text werde ich die Studie des türkischen Journalisten Cengiz Çandar für die „Türkische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien" (TESEV) und zwei Studien für die „Stiftung für Wissenschaft und Politik" (SWP) – allesamt aus dem Jahr 2011 – vergleichen.

Hintergrund

Cengiz Çandar ist ein bekannter Journalist, der unter anderem für Cumhuriyet, Hürriyet und Radikal schrieb. Zudem war er Anfang der neunziger Jahre einer der Berater von Ministerpräsident Turgut Özal. Özal starb unter ungeklärten, mysteriösen Umständen an einem Herzinfarkt, kurz nachdem er 1993 versuchte, einen Friedensdialog mit der PKK zu beginnen. Experten und die Familie von Özal gehen davon aus, dass der Ministerpräsident von Tätern aus dem „Tiefen Staat" ermordet wurde.[1] Die TESEV beschreibt sich selbst: „TESEV ist ein unabhängiger, nichtstaatlicher Think Tank, der Probleme des Sozialen, Politischen und Wirtschaftlichen analysiert. Neue Kanäle für den politikorientierten Dialog und die Forschung öffnend, hat TESEV das Ziel, die Rolle der Zivilgesellschaft im demokratischen Prozess zu fördern. (...) Die Themen der Arbeit werden unter drei Kategorien sortiert: Demokratisierung; Außenpolitik; Good Governance."[2] TESEV ist eine liberale wissenschaftliche Stiftung und wurde 1994 gegründet. Sie setzt sich im Rahmen ihrer Arbeit auch für die Durchsetzung der Minderheitenrechte und gegen Korruption ein.

Die SWP, das „Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit" ist ein Think Tank, der die Bundesregierungen seit Jahren stark beeinflusst. Die SWP sagt in ihrer Selbstbeschreibung: „Seit bald 50 Jahren berät die Stiftung Wissenschaft und Politik den Bundestag und die Bundesregierung ebenso wie die Wirtschaft und eine interessierte Fachöffentlichkeit in außenpolitischen Fragen. Waren dies zu Beginn der Stiftungsarbeit vor allem Fragen der Abrüstung, reicht das Spektrum heute von der klassischen Sicherheitspolitik bis hin zu Aspekten des Klimaschutzes und politischer Herausforderungen angesichts knapper Ressourcen. (...) Diese Aufgabe der Kommunikation und des Austausches von Ideen auch in großer Nähe zu EU und Nato nimmt besonders das Brüsseler Büro der SWP wahr."[3] Unter Beratung und wissenschaftlicher Diskussion versteht die SWP hauptsächlich das Forcieren einer zunehmend repressiven Innen- und Sicherheitspolitik sowie außenpolitisch das Vorantreiben einer immer aggressiveren Kolonialpolitik Deutschlands und der EU unter bundesdeutscher Führung. Diese Ausrichtung wird dabei teils offen geäußert und teils hinter dem Motto „Innovative Governance" oder ähnlichen Begriffen kaschiert.[4]

Diskussion in der Türkei und die „TESEV-Studie"

Seit ca. drei Jahren entwickelt sich der gesellschaftliche Diskurs über eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage, Stück für Stück in der türkischen Öffentlichkeit, auf wissenschaftlicher Basis, in den Medien und im politischen Alltag. Zu diesem Diskurs gehört u. a., dass die Einbeziehung sämtlicher politischer Akteure, einschließlich der PKK und Abdullah Öcalans, für einen Friedensprozess notwendig ist. In diesem Rahmen werden ein ernst gemeinter Dialog zwischen dem türkischen Staat und sämtlichen am Konflikt beteiligten Akteuren eingefordert und mögliche Komponenten von Lösungswegen skizziert.

In den soziologischen Studien und im genannten Diskurs näherten sich die Beteiligten bis zu den Parlamentswahlen 2011, von den jeweiligen Standpunkten aus, der Realität an. Allgemein wahrgenommen wird, dass die politisierte kurdische Bevölkerung ein hohes politisches Selbstbewusstsein entwickelt hat und nicht gewillt ist, sich weiterhin autokratischen und durch militärische Besatzung und psychologische Kriegsführung geprägten Strukturen unterzuordnen. Bereits seit 2009, besonders jedoch seit kurz vor den Wahlen im Frühsommer 2011, spitzt die AKP-Regierung die Diskussion und ihr Handeln erneut auf die militärische Vernichtung der PKK und die Zerschlagung funktionierender legaler politischer Strukturen der KurdInnen durch Repression zu. In diesem Rahmen wird, als ein Moment, auch immer wieder das Massaker gegen die Tamilen als Handlungsoption zur Lösung der kurdischen Frage erwähnt.[5]

Die Studie von Cengiz Çandar enthält dagegen Vorschläge für Komponenten eines ernst gemeinten demokratischen Lösungsweges. Sie ist die vierte einer Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten der TESEV, in denen politische Lösungswege für die kurdische Frage thematisiert und skizziert werden, und trägt den Titel „Die kurdische Frage jenseits der Gewalt

– Zurück aus den Bergen – Wege zur Entwaffnung der PKK". Der Journalist traf sich u. a. mit dem Ministerpräsidenten, PolitikerInnen mehrerer Parteien, Kabinettsmitgliedern, Ministern, MeinungsführerInnen, den AnwältInnen A. Öcalans und führenden Persönlichkeiten der PKK.

Çandar schlägt u. a. eine Amnestie für PKK-Mitglieder und Führungskader vor, um sozialen Frieden zu ermöglichen. Seiner Meinung nach sollte zuerst ein Klima des Vertrauens zwischen den Konfliktparteien – der Regierung und der PKK – geschaffen werden. Dazu wäre notwendig, die KCK-Verfahren zu beenden und die Inhaftierten, besonders die BürgermeisterInnen freizulassen. Des Weiteren sollte, so Çandar, die PKK weiterhin ihre Haltung der Selbstverteidigung beibehalten, während die türkische Armee ihre Operationen beenden müsse. Auf diese Weise wäre es möglich, die Kontinuität der gewaltförmigen Auseinandersetzungen zu durchbrechen. Mittlerweile sei es Zeit – und es wären die gesellschaftlichen Voraussetzungen vorhanden –, den Konflikt auf der politischen Ebene zu lösen.

Dazu sei eine weitere Voraussetzung, dass der kurdischen Bevölkerung die Wege zu demokratischer Teilhabe eröffnet werden. Repression und eine militärische Zuspitzung würden die Menschen lediglich in die „Berge" treiben. Neben der Beendigung der KCK-Verfahren sollten u. a. die Pressefreiheit und die uneingeschränkte Ausstrahlung kurdischer Sendungen ermöglicht werden. Auch die 10%-Hürde sei ein Hindernis auf dem Weg zur Demokratie. Im juristischen Bereich wären Gesetzesänderungen und die demokratische Umstrukturierung der Verfassung notwendig. Auch das Recht auf muttersprachlichen Unterricht sollte garantiert werden. Çandar dazu: „Den KurdInnen sollte in diesem Rahmen auch ein neuer Status gegeben werden, der den menschenrechtlichen und kommunalpolitischen Maßstäben der EU entspricht." Der Journalist fasst zusammen, dass sämtliche InterviewpartnerInnen darin übereinstimmen, dass Abdullah Öcalan eine wichtige Rolle als Dialogpartner in einem Friedensprozess spielen kann. Diesbezüglich wären kurzfristig die Verbesserung der Haftbedingungen und langfristig die Freilassung des Politikers mögliche Wege. Selbst die GegnerInnen der PKK und Mitglieder des Regierungsapparates könnten sich die genannten Schritte als Handlungsmöglichkeiten vorstellen.

Çandar erkennt die Realität, dass die Treffen zwischen der Regierung und A. Öcalan in weiten Teilen der türkischen Gesellschaft Anerkennung finden. Die gesamte Studie ist aus liberaler Sicht geschrieben und im Vergleich zur momentanen Regierungspolitik der AKP unter R. T. Erdoğan eine wohltuende Herangehensweise. Aus emanzipatorischer Sicht hat sie jedoch eine große Schwäche. Die Logik Çandars verkehrt das Ursache-/Wirkungsverhältnis. Es ist nicht die kurdische Seite, die seit Staatsgründung eine Assimilations- und militärische Vernichtungspolitik betreibt und den Konflikt auslöst, sondern der türkische Staat. Die skizzierten Lösungsmöglichkeiten würden dementsprechend nur in einer humanistisch orientierten Gesellschaft funktionieren, in denen es den Verantwortlichen um das Wohl aller Menschen ginge – und Çandar ist Humanist.

Die Koordinaten der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaftsformationen in der Türkei, der EU und der USA sind allerdings andere. Die Herrschenden dieser Formationen orientieren hauptsächlich auf die Durchsetzung wirtschaftlicher und militärisch-strategischer Interessen – wenn nötig – oder wenn das gut für die Wirtschaft ist – auch mit Gewalt und gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen. Historisch gesehen war es der Widerstand der PKK, der die kurdische Kultur vor ihrer Vernichtung bewahrte – und eine Selbstverteidigung gegen permanentes Unrecht ist völkerrechtlich legitim.

Die SWP-Studien

Die humanistischen Ideen Çandars, der die Realität genau analysiert und Kompromisse als Ausweg sucht, werden in den beiden Studien der SWP nicht in Betracht gezogen. Guido Steinberg und Günter Seufert (die Autoren) nutzen der Ausrichtung der Studien entsprechend eine eurozentristische, leicht überhebliche und kolonialpolitische Rhetorik. Die AKP wird in beiden Studien als „bester" Bündnispartner und gemäßigt neoliberales Role Model für den Mittleren Osten beschrieben. Die Autoren verschweigen oder verharmlosen auch die feudalistisch-islamische Ausrichtung der Partei und die neo-osmanischen Ambitionen der Gülen-Bewegung.

Guido Steinberg betrachtet die Region Mittlerer Osten und die kurdischen Bevölkerungsgruppen im Irak, im Iran, in Syrien und der Türkei in der Studie „Die neue Kurdenfrage – Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn" hauptsächlich instrumentell. Die Regionalregierung von PUK und KDP im Nordirak ist seiner Ansicht nach ein wichtiger Stabilitätsfaktor, der durch Interessen seitens des Irans, Syriens und der irakischen Zentralregierung gefährdet ist: „Die Entwicklungen in dieser Region sind für die deutsche und europäische Politik vor allem relevant, weil der Irak Nachbar der Türkei ist, des wichtigsten und größten Beitrittskandidaten der EU", ist eine Ausgangsthese.

In Bezug auf die kurdische Frage in der Türkei fabuliert Steinberg: „Trotz aller Bemühungen der türkischen Regierung um eine Entschärfung der Kurdenproblematik eskalieren die Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK im Osten des Landes immer wieder, auch die großen Städte im Westen der Türkei sind Ziel von Anschlägen." Festgeschrieben wird hier, im Gegensatz zu den von Cengiz Çandar erkannten Realitäten, die Dämonisierung der PKK – und vor allem die Terrorzuschreibung gegenüber ihrem politischen Handeln. Steinberg erweckt den Eindruck, als würde die PKK die großen Städte im Westen der Türkei mit Anschlägen überziehen. Als „Beweis" führt er zu späterem Zeitpunkt die Anschläge der Freiheitsfalken (TAK) an, die er als Teil der PKK sieht. Deren selbst proklamierte Eigenständigkeit und Kritik an der zu „friedlichen" Politik der PKK bezeichnet der

„Wissenschaftler“, jenseits der Faktenlage, als Strategie der Befreiungsbewegung, deren Bestandteil die TAK wären. Die Friedensbemühungen der PKK, die Gespräche zwischen der türkischen Regierung und A. Öcalan sowie die Diskussionen in der türkischen Öffentlichkeit finden ebenso keine Erwähnung wie die verstärkten Militäroperationen, zunehmende Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und systematische Angriffe staatlicher Kräfte auf die Zivilbevölkerung.

Im weiteren Verlauf der Studie macht der Autor deutlich, dass die SWP in erster Linie an den reichhaltigen Öl- und Gasvorkommen im Nordirak und der Nabucco-Gaspipeline interessiert ist. Unter diesen Gesichtspunkten werden die Beziehungen der Akteure in den vier Ländern teils richtig, teils in mehr oder weniger „bewusster“ Fehlinterpretation beschrieben. Letztlich kommt Steinberg zu der Schlussfolgerung: „Deutschland und Europa sind an der Stabilität und territorialen Integrität des Irak und der Region insgesamt in hohem Maße interessiert. Beides könnte in Gefahr geraten, falls der Konflikt zwischen den irakischen Kurden und der Zentralregierung eskaliert und die Nachbarstaaten eingreifen. (...) Hinzu kommt, dass der Irak für Deutschland und Europa wirtschaftlich immer wichtiger wird. Beide erstreben einen Zugang zu den Energieressourcen des Landes – insbesondere um die Nabucco-Pipeline vielleicht doch profitabel betreiben zu können. Außerdem ist der Irak ein potentieller Absatzmarkt für deutsche Produkte. Und nicht zuletzt könnten deutsche Firmen durch eine Beteiligung am Wiederaufbau des Landes Verluste aus dem Iran-Geschäft wieder wettmachen. Diese deutschen Interessen spiegeln sich aber nur ungenügend in der deutschen Politik wider.“ (...) „Deutschland sollte beispielsweise entschiedener gegen die Strukturen der PKK hierzulande vorgehen und damit einer häufig geäußerten Forderung Ankaras nachkommen“, denn u. a. sei die Türkei „bestrebt, zur Energiedrehscheibe für Gas und Öl aus eben diesen Produzentenregionen zu werden.“

Die SWP und europäische Think Tanks propagieren zudem offen die militärische Aufrüstung der EU für die Kriege der Zukunft

„Na dann, Herr Steinberg, sichern Sie fleißig die Ressourcen und Absatzmärkte – und hauen Sie ganz ungeniert immer feste druff auf diejenigen, die Ihnen dabei im Weg stehen“, könnte man etwas zynisch kommentieren. Die Realitäten und die konstruktiven Ansätze, die von Cengiz Çandar beschrieben werden, spielen in Steinbergs Konzepten, seinem Ziel entsprechend, keine Rolle. Der menschenverachtende Ansatz, dem die Studie entspringt – und den die Studie legitimieren soll –, „spiegelt sich“ aber leider „mehr als genügend“ in der deutschen Innen- und Außenpolitik „wider“.

Eine zweite Studie der SWP von Günter Seufert beschäftigt sich mit der „Parlamentskrise nach den Wahlen in der Türkei“. Seufert beschreibt die in der „türkischen und angloamerikanischen Presse“ wachsende Kritik an der autokratischen Politik der AKP, in deren Rahmen vor der Wahl eine starke Opposition als notwendig für weitere Demokratisierungen gesehen wurde. Er hält diese Einschätzungen jedoch für übertriebene Ängste. Seifert beschreibt die Ausrichtung der AKP, CHP und MHP relativ genau. Die Stärke der BDP sieht er allerdings nicht aus der kontinuierlichen Entwicklung der kurdischen Bewegung gewachsen, sondern hauptsächlich als Resultat der nationalistischen Rhetorik der AKP. Der Wissenschaftler erkennt, dass die BDP eine kurdische Einheit gebildet hat, die „offen einen rechtlich abgesicherten politischen Status für die eigene ethnische Gruppe“ beansprucht und sich nicht von der PKK abgrenzt. Er verschweigt jedoch, dass das „Wahlbündnis für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ auch Teile der türkischen Linken mit einbezieht. „Nicht ohne Grund setzen die Kurden der BDP heute auf Massenproteste, zivilen Ungehorsam und den Aufbau von Parallelstrukturen“, bringt er die kurdische Politik mit dem „Umbruch im Nahen Osten und in Nordafrika“, der „die Legitimität von Volksbewegungen erhöht“, in Verbindung. „Bei der Abwehr von Terroranschlägen der PKK kann die türkische Regierung auch weiterhin auf internationale Unterstützung zählen“, bekräftigt der Autor der Studie, ohne zu sagen, woraus er das ableitet.

Die Verantwortung für die Krise nach den Wahlen tragen, Seufert zufolge, hauptsächlich die Oppositionsparteien CHP und BDP, die sich, statt sich gegen den Entzug von Mandaten zu wehren, wieder auf die parlamentarische Arbeit konzentrieren sollten. Auch die AKP habe jedoch mit der „Übernahme“ des Mandats von Hatip Dicle einen politisch nicht vertretbaren Schritt gemacht. Die EU sieht er in der Pflicht, alle Konfliktparteien dazu zu bewegen, „dass der parlamentarische Prozess wieder aufgenommen wird“. Denn „nur eine Türkei, der diese demokratische Transformation gelingt, ist ein berechenbarer Partner“. Auch Seufert skizziert die AKP als bestmöglichen Bündnispartner und ihre Dominanz als einzigen Weg zur Demokratisierung der Türkei. Während er richtigerweise einen Dialog über die Demokratisierung der Verfassung für notwendig hält, sieht er jenseits der realen Begebenheiten, dass in der Türkei „erstmals die Bevölkerung ihren Staat und nicht der Staat seine Bevölkerung“ formt.

Die beiden Autoren der SWP ignorieren die jeweils mehr als 1100 Fälle von Folter in den Jahren 2009 und 2010, die 29 extralegalen Hinrichtungen im Jahr 2010 und die über 3 500 Verhaftungen im Rahmen des KCK-Verfahrens.[6] Auch dass AKP und Gülen-Bewegung sämtliche gesellschaftlichen Eliten zu ihren Gunsten ausgetauscht haben – und nach Einschätzung u. a. von Experten des US-amerikanischen Magazins Foreign Policy einen gefährlicheren „Staat im Staate“ formieren als die Oligarchie in den 1990er Jahren[7] –, wird nicht gesehen oder bewusst verschwiegen. Als neoliberal-islamische Partei hat sie die Märkte geöffnet und jegliche „störende“, linke Opposition bekämpft. Die SWP und europäische Think Tanks propagieren zudem offen die militärische Aufrüstung der EU für die Kriege der Zukunft. Diese würden nicht mehr zwischen Staaten, sondern zur Absicherung der

Ressourcen gegen Bewegungen der „Bottom Billion“ geführt werden.[8] In diesem Rahmen wird auch die kurdische Bewegung in Deutschland weiterhin – eher zunehmend z. B. im Rahmen von §129b-Verfahren – kriminalisiert und die PKK als terroristisch eingestuft. Die Öl- und Gasvorkommen im Mittleren Osten sind groß – und eine selbstbewusste, sozialistisch orientierte Kraft könnte dem Zugriff darauf im Weg stehen. Das ist der Hauptgrund, warum die Dialogoption unter Einbeziehung Abdullah Öcalans und der PKK in den Studien der SWP völlig verschwiegen wird.

Die Studie von Cengiz Çandar kommt der Realität der türkischen Gesellschaft, in Bezug auf die kurdische Frage, dagegen am nächsten. Der Experte skizziert zumindest einen an humanistischen Werten orientierten dialogischen Lösungsweg. Er sieht die politisch Handelnden nicht als benutzbare Objekte im Rahmen wirtschaftlichen Kalküls, die außenpolitisch unterworfen oder innenpolitisch ruhiggestellt werden müssen, sondern als Subjekte mit Grund- und Menschenrechten. Çandar berücksichtigt und skizziert jedoch nicht die „aggressiven“ internationalen geostrategischen Komponenten und die machtpolitische, autokratische Ausrichtung der AKP, die einer friedlichen und demokratischen Lösung im Wege stehen. Erfahrungsgemäß müssen jedoch Demokratie und Menschenrechte in patriarchal-kapitalistischen Gesellschaftsordnungen von den Bevölkerungen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Die Herrschenden neigen sonst zu einer gewaltförmigen Umsetzung ihrer Interessen. ♦

Fußnoten:
1) http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2010/10/08.htm
2) http://www.tesev.org.tr/default.asp?PG=HAKEN
3) http://www.swp-berlin.org/de/die-swp.html
4) http://www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers.html
5) http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16799
6) http://www.ihd.org.tr/ und http://www.tihv.org.tr/index.php?turkce
7) http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/02/25/whats_really_behind_turkeys_coup_arrests
8) http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57603



Die Bevölkerung trotzt dem Militär und fordert ein Ende der militärischen Operationen   Foto: DIHA

Und reden doch die Staaten auch in europäischen liberalen Demokratien mit zwei Zungen

Das Verfahren gegen Roj TV: Kein juristisches Verfahren, aber ein echtes Theaterstück auf der Bühne des Kopenhagener Stadt-Gerichts

Luqman Guldivê

Das Verfahren gegen Roj TV begann am 15. August 2011 vor dem Kopenhagener Stadt-Gericht. Das gewählte Datum für den Beginn des Verfahrens ist ein historisches – die PKK nahm am 15. August 1984 in Nord-Kurdistan den bewaffneten Kampf gegen das türkische Regime auf.

Die „Besonderheiten" dieses Verfahrens sind weit davon entfernt, Ausnahmen zu sein. Es ist ein Verfahren, das keineswegs weitergeführt werden sollte. Allein die Art und Weise, wie die Anklageschrift zu Stande gekommen ist, wie die Staatsanwaltschaft ermittelte, sowie die viel zu enge Zusammenarbeit mit der Türkei sollten genügen, das Verfahren einzustellen. Das ist natürlich nicht der Fall. Das Verfahren wird weiter andauern. Nach 26 terminierten Sitzungen soll am 9. November 2011 das Urteil gesprochen werden.

Dieses Verfahren ist offensichtlich gegen die Meinungs- und Pressefreiheit gerichtet. Um zu verstehen, wie es zu diesem kam – und warum es eine Monstrosität des Justizwesens ist –, müssen wir den engen Zusammenhang zwischen ihm und der türkischen Diplomatie sehen und einen kurzen Blick auf seine Vorgeschichte werfen.

Anfang Oktober des letzten Jahres erhob die dänische Staatsanwaltschaft Anklage gegen den kurdischen Fernsehsender Roj TV wegen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung". Die Staatsanwaltschaft forderte die Schließung des Senders und den Widerruf der Sendelizenz durch die dänische Radio- und Fernsehbehörde. Die Gelder des Senders wurden beschlagnahmt. (Der Widerspruch von Roj TV fand vor Gericht Gehör und die Gelder wurden am 19. Oktober 2010 wieder freigegeben.) An dem Tag, an dem die dänische Staatsanwältin Lise-Lotte Nilas Anklage erhob, reiste der frühere Ministerpräsident Dänemarks und damals frisch gekürte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen nach Ankara. Ein Zufall? Wohl kaum: Während seiner Kandidatur als NATO-Generalsekretär gab es ein regelrechtes Feilschen mit der Türkei. Es wurde behauptet, die Türkei würde Rasmussen als NATO-Generalsekretär nur akzeptieren, wenn Roj TV tatsächlich geschlossen würde. Rückendeckung gab es dafür von anderen westlichen Ländern. Die Vereinigten Staaten von Amerika machten sich stark für die Schließung des Senders und in Deutschland, Belgien und Frankreich wurden Angriffe auf Roj TV sowie auf die für Roj TV produzierenden Medien gestartet*.

Wenn diese Behauptung nun richtig ist, müsste da nicht unter normalen Umständen von einem juristischen Skandal die Rede sein? Ist diese Behauptung denn richtig? Nicht lange nach der Eröffnung der Anklage gegen Roj TV hat die Türkei Anders Fogh Rasmussen grünes Licht gegeben, wie die Wikileaks-Dokumente bestätigen. Ein wirklicher Skandal! Aber ohne praktische Folgen für die dänische Justiz.

---

* Wikileaks-Dokumente belegen, dass die USA Anfang 2010 nochmals aktiv für die Schließung von Roj TV intervenierten, folglich griffen im März 2010 belgische Sondereinheiten die Studios von Roj TV nahe Brüssel an. Bald folgte auch die Anklage der dänischen Staatsanwaltschaft.

Eine Woche vor Prozessbeginn, am 8. August 2011, erklärte die dänische Radio- und Fernsehbehörde die „Beweise" der Staatsanwaltschaft als im Grunde nicht ausreichend für das Einleiten eines Verfahrens. Eigentlich müsste das ja heißen, dass das Verfahren eingestellt werden sollte – was natürlich noch nicht geschah. Denn das Theater musste ja eröffnet werden. Hinter diesem Schauspiel stehen die nun auch öffentlich gewordenen „Verhandlungen" der Türkei mit den NATO-Mitgliedern und die fordernden Bemühungen der Vereinigten Staaten, die sich schon früh für die Schließung des Senders engagiert hatten.

Dänemark, ein europäischer Staat, der sich als einer der weit fortschrittlichen der westlichen Demokratie versteht, spricht mit gespaltener Zunge, wenn es um KurdInnen geht: Einerseits vertritt er die Unabhängigkeit der Justiz, andererseits verspricht er als Gegenleistung für eine Begünstigung, „rechtliche" Wege und Mittel einzusetzen, um Roj TV zu schließen. Für uns Kurden und Kurdinnen eigentlich nicht überraschend, aber für die Dänen und Däninnen wahrscheinlich schon. Aber vielleicht funktionieren da wieder die fast genetisch gewordenen sozialen Empfindungscodes, die genau unterscheiden zwischen Ausländern und heutzutage nun Europäern. Dabei spielen Mainstream-Medien, Liberale, Rechte bis hin zu rechtsradikalen politischen Akteuren bewusst eine entscheidende Rolle, denn es geht nicht um „uns", es geht nur um die KurdInnen!

Mit Beginn des Verfahrens war die an sich schon tragikomische Situation noch ärger: Die Staatsanwälte bedankten sich bei der Türkei „herzlich" für die „Begünstigungen" während ihrer Besuche in der Türkei. Die Anwälte von Roj TV legten den Brief mit diesen Aussagen dem Gericht vor!

Wenn unter uns noch jemand daran glauben sollte, dass das Gericht diesem Theater endlich ein Ende setzen würde, den oder die muss ich leider enttäuschen, das wäre zu gutgläubig: Es wird hartnäckig an diesem Prozess mit seinen vorgesehenen 26 Sitzungen festgehalten. Es wird wahrscheinlich schwierig werden, Roj TV nach demokratischem Recht zu bestrafen. Aber da wir von einer Theateraufführung sprechen, müssen wir abwarten, welche Rolle die Regie dem geltenden Recht und dem Widerstand der KurdInnen vorsieht.

Die KurdInnen demonstrieren ihre Solidarität mit dem Sender. So kamen dafür unter anderem die BDP-Abgeordneten Nazmi Gür, Ayla Akad Ata und Nursel Aydoğan nach Kopenhagen. Der Vorstand von Roj TV rief zu weiterer Solidarität mit Roj TV auf.

Roj TV hat sich seit März 2004 gegen vielerlei Angriffe des türkischen Staates und gegen die verschiedenen europäischen Staaten bewährt und wurde zur Stimme des kurdischen Volkes. Eine Schließung des Senders trotz oben erwähnter Umstände wäre nur eine weitere Schande für die westliche liberale „Demokratie", ein weiterer Verstoß gegen die für die Demokratie lebenswichtige Pressefreiheit.

Eine Einstellung des Verfahrens aber wäre ein weiterer Erfolg des kurdischen Widerstands. ♦

Einladung zur Prozessbeobachtung: Die dänische Regierung gegen Roj TV

Roj TV lädt Rechtsanwälte, Juristen und andere Experten zur Kontrolle und Beobachtung des Prozesses gegen Roj TV ein, in dem die dänische Regierung den Fernsehsender „terroristischer Aktivitäten" beschuldigt.

Die Verhandlung des dänisch-kurdischen Fernsehsenders Roj TV wird am 15. August 2011 um 9.30 Uhr am Stadtgericht Kopenhagen beginnen. Das Verfahren wird in einer Gesamtzahl von 26 Anhörungen bis November 2011 verhandelt.

Am 31. August 2010 folgte das dänische Justizministerium der Empfehlung der Generalstaatsanwaltschaft und erhob Anklage gegen Roj TV A/S, Mesopotamia Broadcast A/S und METV A/S., die Gesellschaften von Roj TV, wegen Verstoßes gegen § 114 des Strafgesetzbuches durch Förderung terroristischer Aktivitäten.

Das Gerichtsverfahren strebt die Schließung von Roj TV und der Begleitunternehmen an. Am selben Tag, an dem die Anklageerhebung veröffentlicht wurde, fror die Polizei alle Bankkonten der Gesellschaften von Roj TV ein, durchsuchte deren Verwaltungssitz und beschlagnahmte Rechner sowie Daten.

Es stellte sich später heraus, dass es keine juristische Grundlage für das Einfrieren der Finanzen und die Beschlagnahmungen der Ausstattung gab, denn sowohl das Stadtgericht (19. Oktober) als auch das Landesgericht (6. Dezember) erklärten beide Übergriffe für rechtswidrig.

Vor diesem Hintergrund ist es von großer Bedeutung, dass das Gerichtsverfahren international beobachtet wird.

Das Verfahren stellt nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber den Kurden dar, sondern ebenso einen schweren Schlag gegen die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit.

Ferner stellt dieser Übergriff eine Einschränkung der elementaren Grundrechte von 40 Millionen Kurden hinsichtlich ihrer sprachlichen, kulturellen, künstlerischen und politischen Identität dar.

Mehr Informationen:
Imdat Yilmaz, Geschäftsführender Direktor
H. C. Andersens Boulevard 39, DK–1553 Copenhagen V
SE. NR.: 28 31 13 62
Tel: +45 7026 0688, Fax: +45 7026 0788
iyi@roj.tv, http://roj.tv

Das Verfahren wird in einer Gesamtzahl von 26 Anhörungen vom 15. August 2011 bis 9. November 2011 verhandelt. Die Anhörungen finden jeweils zwischen 09.30 Uhr und 15.30 Uhr statt.

Für den Prozesstag am 10. Oktober 2011 rufen wir Rechtsanwälte, Juristen und andere Experten dazu auf, sich mit Roj TV zu solidarisieren und in einer internationalen Beobachtungsdelegation zur Kontrolle und Beobachtung des Verfahrens am Prozess teilzunehmen.

An diesem Tag werden unter anderem Beobachterdelegationen aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Österreich, Italien und England erwartet. Nach der Anhörung ist eine Pressekonferenz in Planung.

Wer an der Delegation teilnehmen möchte, melde sich bitte mit einer Mail bei isku@nadir.org an.

AN DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG VON ROJ TV

Wie auch aus den Wikileaks-Dokumenten hervorgeht, ist der Fernsehsender Roj TV, der seine Sendelizenz in Dänemark erhalten hat, mit einem unrechtmäßigen Schließungsverfahren durch die Generalstaatsanwaltschaft Dänemarks konfrontiert.

Die Staatsanwaltschaft beruft sich dabei auf Paragraph 114 des dänischen Strafgesetzes, der „Handlungen von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen, die terroristische Absichten verfolgen", unter Strafe stellt. Basierend auf der Behauptung, Roj TV würde terroristische Aktivitäten verfolgen, wurde dessen Schließung beantragt.

Demgegenüber ist bekannt, dass Roj TV als ein von staatlichen Medien oder Kartellen unabhängiger Sender den Stimmen der Völker zensurfrei Gehör verschafft. Aus einer kritischen Perspektive heraus werden von dieser Medieneinrichtung Sendungen entsprechend dem Geist einer freien Presse gestaltet.

Roj TV bringt kontinuierlich den in Kurdistan gegenwärtigen Krieg, die angerichteten Verwüstungen, die verübten Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstöße auf die Tagesordnung und leistet damit einen großen Beitrag zur Verteidigung der Menschenrechte. Zuletzt präsentierte der Sender der Weltöffentlichkeit Nachrichten und Aufnahmen, welche den Gebrauch chemischer Waffen durch die türkische Armee gegen die PKK-Guerilla unter Beweis stellen und die damit begangenen Kriegsverbrechen aufdecken. Roj TV ist gerade aufgrund dieser Berichterstattungslinie ins Visier geraten. Die Eröffnung des Schließungsverfahrens impliziert daher eine Akzeptanz der begangenen Verbrechen und Rechtsverstöße.

Roj TV wirkt mit seinen bedeutenden Arbeiten und Programmen zur kurdischen Kultur, Sprache und Geschichte der Assimilationspolitik entgegen, der die Kurdinnen und Kurden ausgesetzt sind, und zwar auf rechtmäßige, demokratische und transparente Art und Weise. Wenn das Verfahren gegen Roj TV mit einer Schließung enden sollte, dann würde damit offenkundig werden, dass die gegenüber den Kurdinnen und Kurden angewandte Assimilationspolitik unterstützt und diese Politik auf internationaler Ebene legitimiert wird.

Die beabsichtigte Schließung von Roj TV widerspricht dem universalen Recht auf freiheitliche Berichterstattung und der zugrundeliegenden Meinungs- und Pressefreiheit, die dem Wohle der Öffentlichkeit dienen soll. Es ist ein großes Unglück, dass der Prozess in Kopenhagen abgehalten wird, in der Stadt, in der die Kopenhagener Kriterien zur Sicherstellung der Menschenrechte und der Demokratie innerhalb der Europäischen Union festgelegt worden sind.

Roj TV wird nicht nur in Kurdistan, sondern auch im Nahen Osten, im Kaukasus und in Europa von der Öffentlichkeit verfolgt, da der Sender als eine unabhängige Institution Sendungen in verschiedenen Sprachen ausstrahlt und zum Dialog zwischen den Völkern beiträgt. Außerdem erweist Roj TV aufgrund seiner freiheitlichen Berichterstattung und des Prinzips, sich gegen jedwede Zensur zu wenden, dem Ziel der Europäischen Union einer informierten Öffentlichkeit einen großen Dienst.

Aufschlussreich ist zudem die Tatsache, dass die türkische Regierung, die in der kurdischen Frage, aber auch bei vielen anderen politischen und sozialen Herausforderungen eine die Freiheit einschränkende Haltung einnimmt, in der Außenpolitik von den anderen Staaten dieselbe Haltung erwartet. Die Tatsache, dass die Länder der europäischen Union, welche eigentlich äußerst sensibel in Rechtsfragen der Pressefreiheit und des Pluralismus der Stimmen sind, diese wiederum selbst durch Geheimverhandlungen hintergehen, ist nicht nur für die kurdische Bevölkerung, sondern für den gesamten Nahen Osten und die demokratische Weltöffentlichkeit besorgniserregend. Aus diesem Grund stellt der Kopenhagener Prozess gegen Roj TV eine Prüfung der demokratischen und pressefreiheitlichen Prinzipien dar.

Wir als kurdische Gesellschaft und als demokratische Kräfte der Türkei erwarten von Dänemark, aber auch von den anderen europäischen Staaten, die die Werte der Demokratie, der Menschenrechte und der Pressefreiheit verinnerlicht haben, nicht die Eröffnung eines Schließungsverfahrens gegen Roj TV, sondern einen Beitrag dazu, dass Roj TV in Zukunft eine freie Berichterstattung aus seinem eigenen Land leisten kann. In diesem Sinne rufen wir alle Intellektuellen, Mandatsträger/innen und jede/n Einzelne/n, die/der die Demokratie und das Recht auf Muttersprache verteidigt, dazu auf, sich gegen den inakzeptablen Prozess, der Roj TV bevorsteht, zu wenden und als Fürsprecher/in einer freiheitlichen Presse diese Erklärung mit seiner/ihrer Unterschrift zu unterstützen.

VERFASSER/INNEN DES AUFRUFS

Fr. Filiz KOÇALİ – Co-Vorsitzende der BDP
Hr. Hamit GEYLANİ – Co-Vorsitzender der BDP
Fr. Aysel TUĞLUK – Co-Vorsitzende des DTK, Abgeordnete von Van
Hr. Ahmet TÜRK – Co-Vorsitzender des DTK, Abgeordneter von Mardin
Hr. Selahattin DEMİRTAŞ – Fraktionsvorsitzender der BDP, Abgeordneter von Hakkari
Fr. Pervin BULDAN – Vertreterin des BDP-Fraktionsvorsitzes, Abgeordnete von Iğdır
Hr. Hasip KAPLAN – Vertreter des BDP-Fraktionsvorsitzes, Abgeordneter von Şırnak
Fr. Gültan KIŞANAK – Abgeordnete der BDP Siirt
Hr. Murat BOZLAK – Abgeordneter der BDP Adana
Hr. Halil AKSOY – Abgeordneter der BDP Ağrı
Hr. Bengi YILDIZ – Abgeordneter der BDP Batman
Fr. Ayla AKAT ATA – Abgeordnete der BDP Batman
Hr. İdris BALUKEN – Abgeordneter der BDP Bingöl
Hr. Hüsamettin ZENDERLİOĞLU – Abgeordneter der BDP Bitlis
Hr. M. Hatip DİCLE – Abgeordneter der BDP Diyarbakır – Mandat aberkannt; inhaftiert
Fr. Leyla ZANA – Abgeordnete der BDP Diyarbakır
Fr. Emine AYNA – Abgeordnete der BDP Diyarbakır
Fr. Nursel AYDOGAN – Abgeordnete der BDP Diyarbakır
Hr. Altan TAN – Abgeordneter der BDP Diyarbakır
Hr. Şerafettin ELÇİ – Abgeordneter der BDP Diyarbakır
Hr. Adil KURT – Abgeordneter der BDP Hakkari
Hr. Esat CANAN – Abgeordneter der BDP Hakkari
Fr. Sebahat TUNCEL – Abgeordnete der BDP Istanbul
Hr. Sırrı Süreyya ÖNDER – Abgeordneter der BDP Istanbul
Hr. Levent TÜZEL – Abgeordneter des Wahlblocks von Istanbul
Fr. Mülkiye BİRTANE – Abgeordnete der BDP Kars
Hr. Erol DORA – Abgeordneter der BDP Mardin
Fr. Gülser YILDIRIM – Abgeordnete der BDP Mardin – inhaftiert
Hr. Ertuğrul KÜRKÇÜ – Abgeordneter des Wahlblocks von Mersin
Hr. Sırrı SAKIK – Abgeordneter der BDP Muş
Hr. Demir ÇELİK – Abgeordneter der BDP Muş
Hr. İbrahim BİNİCİ – Abgeordneter der BDP Ş.Urfa
Hr. İbrahim AYHAN – Abgeordneter der BDP Ş.Urfa – inhaftiert
Fr. Selma IRMAK – Abgeordnete der BDP Şırnak – inhaftiert
Hr. Faysal SARIYILDIZ – Abgeordneter der BDP Şırnak – inhaftiert
Hr. Nazmi GÜR – Abgeordneter der BDP Van
Hr. Kemal AKTAŞ – Abgeordneter der BDP Van – inhaftiert
Hr. Özdal ÜÇER – Abgeordneter der BDP Van
Hr. Osman BAYDEMİR – Bürgermeister der BDP Büyükşehir der BDP Diyarbakır
Hr. Serhat TEMEL – Vertreter des Bürgermeisters der BDP Diyarbakır
Hr. Fadıl BEDİRHANOĞLU – Bürgermeister der BDP Hakkari
Hr. Hüseyin MALK – Vertreter des Bürgermeisters der BDP Iğdır
Hr. Selim SADAK – Bürgermeister der BDP Siirt
Hr. Ramazan UYSAL – Bürgermeister der BDP Şırnak
Fr. Edibe ŞAHİN – Bürgermeisterin der BDP Tunceli
Hr. Bekir KAYA – Bürgermeister der BDP Van
Hr. Mehmet ÇALGAN – Bürgermeister der BDP Adıyaman Çelikhan Bulam
Hr. Celal TANRIVERDİ – Bürgermeister der BDP Ağrı Diyadin
Fr. Canan KORKMAZ – Bürgermeisterin der Ağrı Doğubeyazıt
Hr. Yusuf YILMAZ – Bürgermeister der BDP Ağrı Patnos
Hr. Muzaffer YÖNDEMLİ – Bürgermeister der BDP Aydın Merkez Ovaemir
Hr. Ahmet ÖLÇER – Bürgermeister der BDP Aydın Söke Savuca
Hr. Esat ÜNER – Bürgermeister der BDP Batman Gerçüş
Hr. Mehmet Raşit HAŞİMİ – Bürgermeister der BDP Batman Kozluk
Hr. Selahattin BULAT – Bürgermeister der BDP Batman Kozluk Bekirhan
Hr. Ferit ÇELİK – Bürgermeister der BDP Bingöl Karlıova
Hr. Mehmet Emin ÖZKAN – Bürgermeister der BDP Bitlis Güroymak
Hr. Abdullah OK – Bürgermeister der BDP Bitlis Tatvan
Hr. Lezgin BİNGÖL – Bürgermeister der BDP Bitlis Hizan Kolludere
Hr. Mehmet DEMİR – Bürgermeister der BDP Bitlis Ahlat Ovakışla
Fr. Yüksel BARAN – Bürgermeisterin der BDP Diyarbakır Bağlar Belediye
Fr. Cemile EMİNOĞLU – Bürgermeisterin der BDP Diyarbakır Bismil
Fr. Petek EYUSE ÇAPANOĞLU – Bürgermeisterin der BDP Diyarbakır Eğil
Fr. Fikriye AYTİN – Bürgermeisterin der BDP Diyarbakır Lice
Hr. Mahmut DAĞ – Vertreter des Bürgermeisters der BDP Diyarbakır Kayapınar
Hr. Selim KURBANOĞLU – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Yenişehir
Hr. Abdullah DEMİRBAŞ – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Sur
Hr. Fesih YALÇIN – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Ergani
Hr. Fadıl ERDEDE – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Silvan
Hr. Ahmet CENGİZ – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Çınar
Hr. Mustafa UYGUNER – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Dicle
Hr. Mehmet SALIK – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Dicle Kaygısız
Hr. Remzi ÇALİ – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Kocaköy
Hr. Ramazan KARACADAĞ – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Kocaköy Özekli
Hr. M. Nesim ŞİMŞEK – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Kulp
Hr. Metin DİNAR – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Kulp Ağaçlı
Hr. Abdurrahman ZORLU – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Hani
Hr. Seyit NARİN – Bürgermeister der BDP Diyarbakır Hani Kuyular
Hr. Mehmet KANAR – Bürgermeister der BDP Hakkari Çukurca
Hr. Sedat TÖRE – Bürgermeister der BDP Hakkari Şemdinli
Hr. Erdal AYDIN – Bürgermeister der BDP Hakkari Yüksekova
Hr. Hurşit ALTEKİN – Bürgermeister der BDP Hakkari Yüksekova Esendere
Hr. Ömer AKSU – Bürgermeister der BDP Iğdır Halfeli
Hr. Mehmet ALKAN – Bürgermeister der BDP Kars Kağızman
Hr. Muzaffer KUTAY – Bürgermeister der BDP Kars Digor
Hr. Ayhan ERKMEN – Bürgermeister der BDP Kars Digor Dağpınar
Hr. Mulla ŞİMŞEK – Bürgermeister der BDP Konya Cihanbeyli Gölyazı
Hr. Abdulkerim ADAM – Bürgermeister der BDP Mardin Merkez Yalım
Fr. Şerife Alp – Vertreterin des Bürgermeisters der BDP Mardin Kızıltepe
Hr. Çağlar DEMİREL – Bürgermeister der BDP Mardin Derik
Fr. Ayşe GÖKKAN – Bürgermeisterin der BDP Mardin Nusaybin
Hr. Ömer ALTUN – Bürgermeister der BDP Mardin Nusaybin Girmeli
Hr. Zeki KAVAK – Bürgermeister der BDP Mardin Nusaybin Duruca
Hr. Lokman FINDIK – Bürgermeister der BDP Mardin Nusaybin Akarsu
Hr. Süleyman ASEN – Bürgermeister der BDP Mardin Dargeçit
Hr. Ahmet İNCİ – Bürgermeister der BDP Mardin Dargeçit Kılavuz
Hr. Hasip AKTAŞ – Bürgermeister der BDP Mardin Mazıdağı
Hr. Fikri ÖKMEN – Bürgermeister der BDP Mardin Savur Sürgücü
Hr. A. Kadir DAĞ – Bürgermeister der BDP Mardin Savur Pınardere
Fr. Gülbeyaz GÜNEŞ – Bürgermeisterin der BDP Mardin Savur Yeşilalan
Hr. Mehmet Fazıl TÜRK – Bürgermeister der BDP Mersin Akdeniz
Hr. Ziya AKKAYA – Bürgermeister der BDP Muş Bulanık
Hr. Ali Haydar AYDIN – Bürgermeister der BDP Muş Bulanık Yemişen
Hr. Mustafa ORHAN – Bürgermeister der BDP Muş Bulanık Elmakaya
Hr. Mashar YILMAZ – Bürgermeister der BDP Muş Bulanık Mollakent
Hr. Halef YUCA – Bürgermeister der BDP Muş Bulanış Rüstemgedik
Hr. Cemil YÜNAÇTI – Bürgermeister der BDP Muş Bulanık Sarıpınar
Hr. Mehmet YAŞIK – Bürgermeister der BDP Muş Bulanık Erentepe
Hr. Bahattin BAHADIR – Bürgermeister der BDP Muş Korkut Altınova
Hr. Mehmet Nuri BALCI – Bürgermeister der BDP Muş Malazgirt
Hr. Kemal Çetin – Bürgermeister der BDP Muş Malazgirt Konakkuran
Fr. Gülşen DEĞER – Bürgermeisterin der BDP Muş Varto
Hr. Mehmet Melih OKTAY – Bürgermeister der BDP Siirt Eruh
Hr. Nejat YILMAZ – Bürgermeister der BDP Siirt Kurtalan
Hr. Abdurrezzak YILDIZ – Bürgermeister der BDP Şırnak Merkez Balveren
Hr. Mehmet DEMİR – Bürgermeister der BDP Şırnak Merkez Kumçatı
Hr. Yusuf TEMEL – Bürgermeister der BDP Şırnak Beytüşşebap
Hr. Mehmet SAÇIN – Vertreter des Bürgermeisters der BDP Şırnak Cizre
Hr. Resul SADAK – Bürgermeister der BDP Şırnak İdil
Hr. Nuri AKMAN – Bürgermeister der BDP Şırnak İdil Sırtköy
Hr. Emin TUĞURLU – Bürgermeister der BDP Şırnak Silopi
Hr. Sinan USAL – Bürgermeister der BDP Şırnak Silopi Başverimli
Fr. Şükran SİNCAR – Bürgermeisterin der BDP Şırnak Uludere
Hr. Ali BAYRAM – Bürgermeister der BDP Şırnak Uludere Uzungeçit
Hr. Mehmet ÖZKAN – Vertreter des Bürgermeisters der BDP Ş.Urfa Suruç
Hr. İ. Halil PARILDAR – Bürgermeister der BDP Ş.Urfa Suruç Onbirnisan
Hr. Mehmet BURUN – Bürgermeister der BDP Ş.Urfa Viranşehir
Hr. İsmail ARSLAN – Bürgermeister der BDP Ş.Urfa Ceylanpınar
Hr. Bazo YILMAZ – Bürgermeister der BDP Ş.Urfa Halfeti Yukarıgöklü
Fr. Nezahat ERGÜNEŞ – Bürgermeisterin der BDP Merkez Bostaniçi
Hr. Abdulkerim SAYAN – Bürgermeister der BDP Van Edremit
Hr. Veysel KESER – Bürgermeister der BDP Van Erçiş Çelebibağ
Hr. İzzet ÇELİK – Bürgermeister der BDP Van Muradiye
Fr. Hecer SARIHAN – Bürgermeisterin der BDP Van Başkale ♦

AZADÎ e. V. | Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Graf-Adolf-Str. 70A, 40210 Düsseldorf, Tel. 0211 – 830 29 08; email: azadi@t-online.de

Erstes Verfahren gegen kurdischen Aktivisten nach § 129b StGB vor Oberlandesgericht Frankfurt/M.

Am 23. August 2011 wird vor dem für Revisionsverfahren zuständigen 4. Senat des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt/M. das erste Verfahren gegen einen kurdischen Aktivisten wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen ausländischen Vereinigung" nach § 129b StGB eröffnet. Ein Novum, seit der Bundesgerichtshof (BGH) in dem Revisionsverfahren von Vakuf M. am 28. Oktober 2010 entschieden hat, die Strafverfolgung nach § 129b StGB auf die kurdische Bewegung – wie zuvor Angehörige islamistischer Organisationen, der linken türkischen DHKP-C und der tamilischen LTTE – auszuweiten. Mit dieser Entscheidung hatte der BGH seine Absicht, die bisherige Strafbarkeitslücke zu schließen, besiegelt. Die bisherige Rechtsprechung war davon ausgegangen, dass es sich bei dem so genannten „Funktionärskörper" der PKK um eine eigenständige „inländische" Vereinigung im Sinne des § 129 Strafgesetzbuch handelt. Diese Auffassung, die trotz Einführung des § 129b StGB im Jahre 2002 beibehalten wurde, hat der BGH geprüft und neu bewertet. Danach kann die in Deutschland tätige Teilorganisation der PKK nicht als eigenständig angesehen werden, weil sie kein ausreichendes Maß an organisatorischer und personeller Selbstständigkeit aufweise, sondern vielmehr abhängig sei von der ausländischen Hauptorganisation, deren Willensbildungsprozess sie vollziehen müsse und dem ihre Mitglieder sich zu unterwerfen hätten. Neben der **Vereinheitlichung der Strafverfolgungspraxis** glaubt der BGH auch, nunmehr eine deutlichere Abgrenzung zwischen inländischen und ausländischen Organisationen hergestellt zu haben. Vor diesem Hintergrund ist das Verfahren gegen den Kurden zur Neuverhandlung an das OLG Frankfurt/M. zurückverwiesen worden.

Zur Vorgeschichte: Vakuf M. war am 1. Dezember 2009 in erster Instanz vom OLG Frankfurt/M. nach § 129 StGB wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer „inländischen" kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten verurteilt worden. Der Senat sah es als erwiesen an, dass der Kurde von Juli 2004 bis Juni 2007 als PKK-Gebietsverantwortlicher in Deutschland tätig gewesen sei. Dieser Rechtsauffassung des OLG (inländische Vereinigung nach § 129 StGB) ist der BGH mit seinem Urteil entgegengetreten, insbesondere auch in dem Punkt, in dem das OLG gegenüber „einfachen" Mitgliedern im Gegensatz zu Kadern oder FunktionärInnen eine Abgrenzung vorgenommen hatte, was bis dahin jedoch allgemeine Rechtsprechung war. Vakuf M. befindet sich seit Juli 2010 auf freiem Fuß.

Die Einzelermächtigung zur Strafverfolgung des Kurden nach § 129b StGB hat das Bundesjustizministerium (BMJ) am 19. April 2011 erteilt.

Verfolgungsgeschichte | Die strafrechtliche Verfolgung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten hat in Europa, insbesondere in der BRD, Mitte der 80er Jahre begonnen, nachdem die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) am 15. August 1984 den bewaffneten Befreiungskampf gegen den türkischen Staat aufgenommen hatte. Der letzte große kurdische Aufstand in Dêrsim (türk.: Tunceli) war 1938 blutig niedergeschlagen worden. Die Gründung der PKK 1978 und die Aufnahme des Kampfes waren die Folge jahrzehntelanger Unterdrückung, Verfolgung und Verleugnung der Existenz des kurdischen Volkes. Weil zunehmend auch die in Europa lebenden Kurdinnen und Kurden die PKK und ihre Ziele unterstützten, traten die verschiedenen Geheimdienste, insbesondere der türkische MIT, auf den Plan, um diese Unterstützung im Keim zu ersticken. Die deutschen Behörden waren selbstverständlich Teil der geheimdienstlichen Untergrundarbeit, in deren Folge Dutzende kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten verhaftet und nach § 129a StGB angeklagt wurden. Erinnert sei an den so genannten großen „Düsseldorfer Prozess" gegen ursprünglich 19 Kurd_innen, der 1989 begonnen hatte und im März 1994 mit der Verurteilung von vier verbliebenen Angeklagten endete. Eigens für diesen als größten in die Geschichte der deutschen Strafjustiz eingegangenen Prozess war eine ehemalige Polizeikaserne zu einem „bombensicheren" unterirdisch gelegenen Gerichtssaal für 8,5 Millionen Mark umgebaut worden.

PKK-Betätigungsverbot | Weil der türkische Staat Anfang der 90er Jahre in unverminderter Intensität und Brutalität gegen die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten vorging und hierbei auch deutsche Waffen und Panzer eingesetzt waren, haben Kurdinnen und Kurden ihren Protest auf die Straßen Deutschlands getragen. Aus innenpolitischen Sicherheitserwägungen sowie aus wirtschaftspolitischen Interessen und außenpolitischen Rücksichtnahmen auf die Türkei verfügte die damalige Kohl-Regierung 1993 das PKK-Betätigungsverbot.

PKK „nur" noch „kriminelle" Vereinigung | Nach einem Gespräch, das deutsche Politiker und Geheimdienstvertreter mit Abdullah Öcalan Mitte der 90er Jahre geführt hatten, distanzierte sich der damalige PKK-Vorsitzende explizit von gewaltsamen Aktionen in Deutschland und versicherte, dass künftig auf

die Anwendung von Gewalt verzichtet werde. Daraufhin stuften die Strafverfolgungsbehörden die PKK von einer „terroristischen" (§ 129a StGB) zu einer „kriminellen" Vereinigung (§ 129 StGB) herunter. Seit etwa Anfang 1998 werden mutmaßliche Funktionärinnen und Funktionäre nach dieser Strafvorschrift angeklagt und verurteilt. In den vergangenen Jahren haben Staatsanwaltschaften jedoch zunehmend versucht, auch Verstöße gegen das Vereinsgesetz (§§ 18–20) nach § 129 zu ahnden.

PKK durch neue Rechtsprechung wieder „terroristisch"

Verhaftungen von Aktivisten mit §129b-Vorwurf | Das Verfahren Vakuf M. wird Signalcharakter haben und sich auf die zu erwartenden Verfahren von Ridvan Ö. und Mehmet A. (beide am 17. Juli 2011 festgenommen) sowie Metin A., der sich zurzeit aufgrund eines Haftbefehls des Bundesgerichtshofs vom 18. Juli 2011 in Schweizer Auslieferungshaft befindet, auswirken. Alle werden verdächtigt, „Verbrechen" gemäß § 129b Abs. 1 in Verbindung mit § 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB begangen zu haben, indem sie sich sowohl im Bundesgebiet als auch im europäischen Ausland als Mitglieder in einer Vereinigung im Ausland beteiligt hätten. Sie sollen insbesondere Kaderaktivitäten in der (PKK-Teilorganisation) „Gemeinschaft der Jugendlichen", KOMALEN CIWAN (KC) entfaltet und innerhalb der Europaorganisation „Kurdische Demokratische Gesellschaft in Europa" (CDK) Führungsfunktionen ausgeübt haben.

Kann es alle treffen? | Eine wichtige Änderung der Rechtsprechung bezieht sich auf die Aussage des BGH, dass es hinsichtlich der Struktur der PKK bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen Hinweise darauf gebe, **nicht** zwischen dem „Kreis herausgehobener Funktionäre bzw. Kader einerseits" und den „sonstigen Angehörigen" zu differenzieren. Bisher sei dieser Unterschied zwar gebilligt worden, doch nach neuer Einschätzung können die „**außenstehenden weiteren Mitglieder der Gruppierung Unterstützer der Vereinigung" sein**. Das bedeutet, dass auch wer nicht dem Führungskreis der Organisation angehört, aber deren Ziele und Programmatik und Methoden kennt, sich der Vereinigung anschließt und in ihr betätigt, als deren Mitglied eingestuft werden soll. Es könne keine Einschränkung auf einen bestimmten Personenkreis innerhalb der Organisation (mehr) geben.

In der Konsequenz könnte – sollte das Verfahren gegen Vakuf M. im Sinne der Anklage verlaufen – die Situation eintreten, dass einerseits hohe Freiheitsstrafen für Kader drohen und andererseits für einen großen Personenkreis (die Verfassungsschutzberichte sprechen seit Jahren von 11 500 PKK-Mitgliedern in Deutschland) eine Grauzone zwischen legalen Aktivitäten und drohender erheblich verschärfter Strafverfolgung entsteht.

Der BGH selbst weist in seinem Urteil auf die große Zahl der „in Deutschland für die PKK und ihre Nachfolge- sowie Teilorganisationen aktiven Personen" hin und darauf, dass der Kreis „potenzieller Beschuldigter unter Umständen deutlich größer [als bei DHKP-C oder LTTE] werden" könne.

In den Pilotprozessen gegen DHKP-C-Leute gab es überwiegend Urteile zwischen 5 und 10 Jahren.

Bisher geahndete Verstöße gegen das Vereinsgesetz **können** nach der neuen Rechtsprechung nach § 129b verfolgt werden. In den DHKP-C-Verfahren beispielsweise sind legale Tätigkeiten (Demos, Veranstaltungen, Herausgabe von Zeitungen, Spendensammeln etc.) zu Aktivitäten im Rahmen einer terroristischen Vereinigung mutiert.

Ermächtigungen zur Verfolgung nach § 129b politisch motiviert | Bislang hat das Bundesjustizministerium in den Fällen M., Ö., A. und A. jeweils Einzelermächtigungen zur Strafverfolgung nach § 129b erteilt, d. h. es gibt zurzeit (noch) keine allgemeine Ermächtigung. Sollte die erteilt werden, wäre mit einer erheblich ausgeweiteten Repression zu rechnen.

In verschiedenen juristischen Kommentaren wird primär auf die nun vereinheitlichte Rechtspraxis eingegangen und dies rechtlich detailliert erläutert, wobei politische Hintergründe oder Bewertungen nicht vorgenommen werden.

Gemeinsam ist den Beiträgen jedoch die Skepsis hinsichtlich der Anwendung des § 129b StGB auf den großen Kreis der möglicherweise Betroffenen.

Vermutlich werden die Staatsanwaltschaften vermehrt richterliche Anordnungen zu Überwachungsmaßnahmen nach § 129b (erweiterte Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden) beantragen.

Aus Sicht zahlreicher StrafverteidigerInnen aber war und ist der § 129 äußerst fragwürdig, weil er in erster Linie dazu dient, politisch unliebsame Organisationen, Gruppen und Personen – seien sie in- oder ausländisch – auszuforschen, zu kriminalisieren, zu isolieren und letztlich zu marginalisieren. Insofern ist er ein Verfolgungsinstrument in Händen von Politik und Justiz. Mithin muss auch jede Verfolgungsermächtigung, die das BMJ erteilt, als politisch motiviert bezeichnet werden. Zwar werden die Gerichte letztendlich die Urteile fällen, doch ist die zuvor getroffene Festlegung des BMJ, eine Vereinigung nicht als Befreiungsbewegung anzusehen, sondern als „terroristisch" einzustufen, eine quasi Vorverurteilung und zweifellos politisch motiviert.

Letzten Endes hängt das Vorgehen der deutschen (bzw. europäischen) Strafverfolgungsbehörden gegen die kurdische Bewegung auch von der weiteren politischen Entwicklung ab. Alle friedenspolitischen Initiativen und demokratischen Lösungskonzepte, die PKK/KADEK oder KONGRA-GEL insbesondere im vergangenen Jahrzehnt zur Diskussion vorgeschlagen haben, sind sowohl von der Türkei als auch der EU nicht nur ignoriert, sondern gezielt torpediert worden. Und derzeit spricht nichts für eine politische Konfliktlösung; vielmehr sind die Signale in Richtung Krieg gestellt – auf der einen Seite mit militärischen und auf der anderen Seite mit den Mitteln des Strafrechts und der Repression. ♦

Auswertung der Antwort auf die kurdenspezifische Anfrage an die Bundesregierung

Emel Engintepe, Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.

Im Januar hat die Fraktion Die Linke im Bundestag eine „Kleine Anfrage" an die Bundesregierung gerichtet, die in Zusammenarbeit mit Kurd-Akad und Azadî entstanden ist und die von der NRW-Landtagsabgeordneten Hamide Akbayir der Fraktion Die Linke NRW vermittelt wurde.

Sinn und Zweck der Anfrage war es, die Ausrichtung der Integrations- bzw. Migrationspolitik der Bundesregierung auf die Bedürfnisse der KurdInnen hin abzufragen. Diese Bevölkerungsgruppe der KurdInnen lebt seit nunmehr 45 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. In der ersten Migrationsphase kamen sie als ArbeitsmigrantInnen infolge der Anwerbeabkommen zwischen der deutschen und der türkischen Regierung. Damals bewegte der Pauperismus infolge der Vernachlässigung der wirtschaftlichen Entwicklung in den kurdischen Regionen die Menschen dazu, ihre ländlichen Heimatregionen in den 1960er Jahren aufzugeben und eine bessere Zukunft in Europa zu suchen. In den 1980er Jahren folgte eine Welle von politischen MigrantInnen, die vor den Repressionen im Zuge des Militärputsches von 1980 geflohen waren. In den 1990er Jahren erhöhte sich die Flüchtlingszahl mit dem anschwellenden Bürgerkrieg zwischen dem türkischen Militär und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nochmals.

Realitätsbezogene Datenerhebung oder statistisches Korsett

Mittlerweile wird eine Anzahl von rund 800 000 KurdInnen in Deutschland vermutet. Die öffentliche Aussage des Innenministers Thomas de Maizière vom letzten Jahr[1] gab Anlass, dieser Angabe mithilfe einer „Kleinen Anfrage" an das Innenministerium nachzugehen.[2] Ernüchterndes Resultat ist das Eingeständnis des Ministeriums, die Angaben auf Schätzungen der Forschungseinrichtung Navend getätigt zu haben. Unerwähnt bleibt indessen, dass die angesprochene Veröffentlichung aus dem Jahre 2002 stammt, zwar Rückschlüsse aus den AusländerInnenregistern und Flüchtlingsstatistiken beinhaltet, aber nichtsdestotrotz sowohl als veraltet als auch ungenau bezeichnet werden kann.[3]

Unzureichend ist außerdem der Hinweis des Innenministeriums, dass als „Erhebungsmerkmal ausschließlich die Staatsangehörigkeit" gewählt wird. Berücksichtigung der „Volkszugehörigkeit bzw. ethnischer Gruppen" sei nicht vorgesehen. Gerade aber diese Kriterien würden die kurdische Bevölkerung erfassen helfen.[4]

Heterogenität oder Homogenisierung der Integrationsmaßnahmen

In der Antwort auf die Frage nach der kurdenbezogenen Integrationspolitik der Bundesregierung werden verallgemeinernde Verlautbarungen gemacht. Absicht der Bundesregierung sei es, einerseits unabhängig von der ethnischen Differenzierung zu integrieren, denn die „Integrationsförderung orientiert sich nicht an der (ethnischen) Herkunft, sondern an konkreten Integrationsbedürfnissen". Andererseits wird eingeräumt, dass es spezifische Bedürfnisse, besagte „konkrete Integrationsbedürfnisse" gibt, auch wenn diese außer Acht gelassen werden, denn die „Bundesregierung fördert im Wesentlichen Projekte, die sich an konkreten, von der ethnischen Herkunft unabhängigen Integrationsbedürfnissen der Migranten orientieren (…)".[5] Dieser Grundwiderspruch in der Argumentation wird durch Erfahrungswerte bestätigt, die verdeutlichen, dass durchaus differenzierte Förder- und Entwicklungsprogramme auf bestimmte Bevölkerungsgruppen angewendet werden. Uns sind einige Beispiele bekannt, in denen der Migrationsgeschichte und -perspektive bestimmter Gruppen wie der aus der Türkei stammenden und der SpätaussiedlerInnen mittels Stiftungen und Förderprogrammen entsprochen wird.[6] Der Widerspruch besteht dahingehend in der Orientierung an der Nationalität statt an der Vielfalt der Kulturen sowie Ethnien und der damit einhergehenden Exklusion der kurdischen Migrationszusammenhänge.

Auch die Frage nach wissenschaftlichen Studien hinsichtlich der kurdischen Bevölkerung wird in der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage abgewiegelt, denn solche seien „weder geplant noch beauftragt oder durchgeführt worden".[7]

Insgesamt bleibt unbeantwortet, warum die Integrationsbedürfnisse der KurdInnen als Einwanderergruppe und eigenständige Ethnie unberücksichtigt bleiben. Mit der oberflächlichen Begründung, keine ethnische Unterscheidung vornehmen zu wollen, wohingegen de facto bestimmte EinwanderIn-

nengruppen sehr wohl differenziert behandelt werden, redet das Innenministerium den Aufforderungscharakter der Anfrage klein.

Inklusion oder Selektion

Anders verhält es sich bei der Frage nach der Einbeziehung der KurdInnen beim Integrationsgipfel. Beim Integrationsgipfel sind nach Aussage des Innenministeriums die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, BAGIV e. V. und das Zentrum für kurdische Studien e. V., NAVEND regelmäßig involviert. Unseren Recherchen zufolge sind KOMKAR, Verband der kurdischen Vereine in Deutschland und die Kurdische Gemeinde in Deutschland zwei der sieben Mitgliedsverbände bzw. -vereine des Dachverbands BAGIV. Mit diesem Hinweis gibt die Bundesregierung sich zufrieden, und damit, dass darüber hinaus einzelne kurdischstämmige Personen beim Integrationsgipfel vertreten wären.[8]

Aufschlussreich sind zudem die Angaben über Bundesfördermittel. Im Zeitraum von 2002 bis 2013 habe NAVEND zwischen 100 000 EUR und 176 000 EUR Fördermittel zur Integration erhalten. Der Jugendverband KOMCIWAN, Mitglied bei KOMKAR, werde für 2011 Fördermittel von 140 000 EUR zur Professionalisierung seiner Jugendverbandsarbeiten bekommen.

Diese Auflistung ermöglicht einen Einblick in die minimalen Förderstrukturen, da sie vereinzelten Institutionen gelten. Der Fingerzeig auf diese Einrichtungen macht gleichzeitig klar, dass die Maßnahmen einem großen Kreis von kurdischen MigrantInnenselbstorganisationen nicht zuteilwerden. Von einer Kombination aus rechtlicher und politischer Ausgrenzung kann bei dem Dachverband YEK-KOM ausgegangen werden, denn diesem bleiben sämtliche Türen verschlossen.[9]

Damit verstärken die Förderstrukturen insgesamt auf der einen Seite eine Marginalisierung bestimmter politischer Kreise der kurdischen Community und auf der anderen Seite lässt sich eine schematische Spaltung in förderungswürdige und förderungsunwürdige, d. h. gute und schlechte kurdische MigrantInnenselbstorganisationen erkennen.

Sprachliche Vielfalt oder Stigmatisierung

Während die Ministerien mittlerweile versuchen, zumindest auf die Mehrsprachigkeit der meisten MigrantInnengruppen differenziert einzugehen, indem sie entsprechende Informationsmaterialen zur Verfügung stellen, ist das Angebot der kurdischsprachigen Materialien mangelhaft. Die erwähnte Broschüre des Bundesamts für gesundheitliche Aufklärung über „HIV-Übertragung und Aidsgefahr" kann nicht stellvertretend für ein umfassendes mehrsprachiges Angebot stehen.

Dahingegen tritt der höchst pragmatische und zugleich diskriminierende Aspekt der bisherigen „kurdenspezifischen" Migrationspolitik bei der Antwort zu Tage: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge begleite Asylverfahren, vor allem die Rechtsbelehrungen, Rückkehrinformationen, Merkblätter und Bescheide mit kurdischsprachigen Materialien.

Auch wenn die Sprachförderung der Integrationsangebote teilweise mit kurdischen Info- und Merkblättern ergänzt wird, stehen die kurdischsprachigen Rechtsbelehrungen über die Strafprozessordnung bei Festgenommenen wiederum für den Umgang mit dieser Gruppe als „Sicherheitsrisiko".

Insgesamt betrachtet wird der Aspekt der Mehrsprachigkeit genutzt, um die Ämter bei Asylgesuchen oder Strafprozessen rechtlich abzusichern.[10]

Integration oder Kriminalisierung

Belastend für eine angemessene Integrationspolitik ist die Ausgrenzungs- und Repressionspolitik der türkischen Regierung, die sich seit Jahrzehnten auf den bundesdeutschen Umgang mit den kurdischen EinwanderInnen auswirkt. Die Stigmatisierung bestimmter politisierter kurdischer Organisationen als „kriminelle Vereinigung" geht einher mit der konsequenten Ablehnung der Anträge zur Aufhebung des seit 1993 verhängten PKK-Betätigungsverbots in der BRD. Wenig Wirkung zeigt, dass mit dem proklamierten Friedenskurs der PKK in der Türkei und der zunehmenden Anerkennung dessen in der türkischen, aber auch deutschen Gesellschaft argumentiert wird.

Beweis dieses Missstands ist, dass selbst die Verweise auf den vom Verfassungsschutz bestätigten Gewaltverzicht der PKK in Deutschland folgenlos bleiben. In der Anfrage begründet das Innenministerium dies mit: „Die PKK insgesamt bleibt ein destruktiver Faktor der inneren Sicherheit."[11] Das Betätigungsverbot bleibe „deshalb als Instrument der Prävention wie als Grundlage der Überwachung (…) unverzichtbar." Letzteres macht die Unverhältnismäßigkeit des Verbots zur Absicht kaum tragbar, denn jedes Verbot ist ein Sanktionsmittel und kein Präventions- oder Kontrollmittel.

Exkurs „Zeit zum Umdenken":
Das Beispiel der Stiftung Entwicklung und Frieden

In einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung der Stiftung Entwicklung und Frieden wird die Frage aufgeworfen, ob Spannungen zwischen MigrantInnengruppen in Deutschland importiert oder hausgemacht sind. Gleich zu Beginn wird dabei unmissverständlich klargestellt, dass „Konflikte zwischen einzelnen Migrantengruppen aus einem Herkunftsland oder einer Region sich durch eine Vielzahl von Aspekten aus[zeichnen], die sowohl im Ursprungs- und Niederlassungskontext als auch im Migrationsprozess selbst begründet liegen".[12]

Das Grunddilemma zwischen politischem Integrationswillen gegenüber der kurdischen Community und der momentanen Stigmatisierungs- und Kriminalisierungspolitik in Deutschland ist den politischen AkteurInnen hinlänglich bekannt. In der veröffentlichten Broschüre, die sich an die kommunalen AkteurInnen richtet, wird unmissverständlich davor gewarnt, den bisherigen Ausgrenzungs- und Stigmatisierungskurs beizubehalten, denn: „Gegen kriminelle und terroristische Aktivitäten der PKK sollte von staatlicher Seite entschieden vorgegangen werden. Umfassende Verbote und Kri-

minalisierung einer ganzen Einwanderergruppe bieten jedoch keine Lösung der Gesamtproblematik. Stattdessen sollte ein politischer Dialog gefördert werden, um Extremisten auszugrenzen und gesprächsbereite Kreise zu stärken."[13] Mit dieser Empfehlung wird ansatzweise, wenn auch nicht gänzlich zur Revision der bisherigen Politik aufgefordert.

Die Broschüre formuliert Handlungsempfehlungen, die einen lösungsorientierten Umgang mit den Problemfeldern bieten sollen, die sich aus den transnationalen Auswirkungen des türkisch-kurdischen Konflikts auf die deutschen Kommunen ergeben. Es wird realistisch von einer derzeitigen „institutionellen Diskriminierung" kurdischer MigrantInnen ausgegangen: „Auch wenn es in den letzten Jahren eine deutliche Verbesserung gegeben hat, bestehen im Umgang mit Kurden im Vergleich zu anderen Migrantengruppen nach wie vor Unterschiede hinsichtlich ihrer Anerkennung als Minderheit und dem Zugang zu öffentlicher Förderung. Ein weiterer Abbau dieser Ungleichbehandlung würde zu einer Verbesserung des Selbstwertgefühls der Gruppe führen und einer Radikalisierung entgegenwirken. Hier sollten sich kommunale Entscheidungsträger deutlich gegen Einflussnahme von staatlicher türkischer Seite wehren."[14]

Verfolgt werden muss, inwiefern die allgemeinen Handlungsempfehlungen des Autors dazu beitragen werden, konkrete Strategien zur Lösung von Konfliktfällen zu entwickeln. Trotz allem sind die Empfehlungen ein erster Schritt, um den AkteurInnen bestehende Defizite zu vergegenwärtigen.

Fazit

Zwar kann bei genauerer Beschäftigung mit dem Sachverhalt der mangelhaften kurdischen Migrationspolitik seitens der Institutionen des Landes und des Bundes eine defizitäre politische Interessenvertretung der kurdischen Community und ihrer Vereinigungen verantwortlich gemacht werden, aber trotzdem ist den politischen AkteurInnen eine politisch motivierte und systematische Missachtung der „konkreten Integrationsbedürfnisse" der kurdischen MigrantInnen vorzuwerfen.

Für die kurdischen MigrantInnenselbstorganisationen ist primär zu erreichen, sich eine solide gesellschaftspolitische Interessenvertretung zu schaffen. Als Vorbilder sollten andere MigrantInnenverbände dienen, wie beispielsweise der Armenische Rat, der mithilfe seiner aktiven Interessenvertretung und initiierter gesellschaftlicher Diskurse erreicht hat, sich in Politik und Gesellschaft Gehör zu verschaffen.

Als schwierig zu bewerten sind dabei die Versuche, die kurdischen MigrantInnenorganisationen in gute und schlechte Vereinigungen zu spalten, wenn zum Integrationsgipfel nur ausgewählte InstitutionsvertreterInnen und Einzelpersonen geladen oder Fördermittel einigen wenigen Organisationen zugesprochen werden. Dem kann einzig eine starke gemeinsame Grundposition der kurdischen Selbstorganisationen entgegenwirken.

Von einer Kurzsichtigkeit der konservativen Politik kann ausgegangen werden, wenn der Integrationswille der kurdischen ImmigrantInnen als Zufluchtssuchende unterschätzt wird. Schließlich haben die Flüchtlinge, sei es nun aus vordergründig wirtschaftlichen oder offensichtlich politischen Gründen, in der BRD eine neue Heimat gefunden. Die Rechtsstaatlichkeit und der soziale Friede sind Errungenschaften, die die KurdInnen zu würdigen wissen, gerade weil sie aus Gebieten geflohen sind, die ihnen diese Rechte verweigern. Mit der bisherigen politisch motivierten Ignoranz gegenüber der Migrationsgeschichte der KurdInnen bleiben Potentiale unausgeschöpft, die das Einwanderungsland Deutschland bereichern könnten.

Nun bleibt zu fragen, wie lange die Bundesregierung dieser Einwanderungsgruppe, die mittlerweile in der dritten Generation hier lebt, eine adäquate Teilhabe und Integration verwehren will und wie lange sie verteidigen kann, eine solche Gruppe systematisch und politisch zu missachten oder gar auszugrenzen?

Der Vorstoß der Stiftung Entwicklung und Frieden hingegen, die in ihrer Publikation „Spannungen zwischen Migrantengruppen" eine defizitäre Integrationspolitik gegenüber der kurdischen Community attestiert und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen für die kommunalen AkteurInnen formuliert, die mit den negativen Auswirkungen der ausbleibenden Inklusion zu kämpfen haben, ist zu begrüßen. ♦

Fußnoten:
1) http://www.hurriyet.de/haberler/gundem/689905/thomas-de-maiziere-burasi-vataniniz/de%20maiziere (26.11.2010)
2) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Christine Buchholz, Inge Höger und der Fraktion DIE LINKE., Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drs. 17/4937, Elektronische Vorab-Fassung, 28.02.2011, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/049/1704937.pdf
3) NAVEND - Zentrum für Kurdische Studien e. V. (Hrsg.): Rechtliche Situation und Integrationsperspektiven von kurdischen MigrantInnen. Ein Handbuch, NAVEND Schriftenreihe Bd. 9, Bonn 2002, S. 18
4) Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE., Kurdenspezifische Migrationspolitik, BT-Drucksache 17/4727, 24.02.2011, 1a)-1c)
5) a. a. O. zu 3.)
6) http://www.50jahre-migration-tuerkei.de/weitere-kooperationspartner.html (16.06.2011)
http://www.bamf.de/DE/Willkommen/VerbaendeOrganisationen/Migrantenorganisationen/migrantenorganisationen-node.html (16.06.2011)
http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Integrationsprojekte/Spaetaussiedlerangebote/spaetaussiedlerangebote-node.html (16.06.2011)
http://www.bmi.bund.de/cln_156/DE/Ministerium/Beauftragte/BeaufAussiedNatMinder/beaufaussiednatminder_node.html (16.06.2011)
7) a. a. O., zu 2.) und 3.)
8) a. a. O., zu 3a) und 3b)
9) a. a. O. 3 a) - c)
10) a. a. O. 4.
11) a. a. O. zu 6c)
12) Hanrath, Jan: Spannungen zwischen Migrantengruppen: Importiert oder hausgemacht? Empfehlungen an kommunale Akteure am Beispiel des türkisch-kurdischen Konflikts (Stiftung Entwicklung und Frieden: Policy Paper 33), Bonn 2011, S. 4
13) a. a. O., S. 8
14) a. a. O., S. 9

Über die Arbeiten der philippinischen Frauenbewegung Gabriela und die Gründung der Internationalen Frauenallianz (IWA)

„Der internationale Austausch erweitert unseren Horizont und gibt uns Kraft für neue Schritte“

Ann-Kristin Kowarsch, Juli 2011

Gegenüber den vielfältigen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung suchen Frauen in allen Teilen der Welt nach Wegen zu einem Leben in Freiheit und Würde. Ein Ausdruck hiervon sind die Arbeiten der philippinischen Frauenbewegung Gabriela und die Gründung der Internationalen Frauenallianz (IWA). Am 16. August 2010 beschlossen 400 Vertreterinnen von 27 Frauenorganisationen und 15 Fraueneinrichtungen aus 32 Ländern in der kanadischen Stadt Montreal, eine antiimperialistische, antipatriarchale, antirassistische und antisexistische Frauenbewegung als Teil der Bewegungen für nationale und soziale Befreiung aufzubauen.

Im Anschluss an die Gründungsversammlung war ein Vorbereitungskomitee gewählt worden, das die Vorbereitung der Ersten „Internationale Frauenallianz“-Generalversammlung auf den Philippinen sowie die Ausarbeitung von Entwürfen für ein Grundlagenpapier und eine gemeinsame Satzung der Allianz übernahm. Auf dieser Grundlage waren Delegierte von diversen Frauenbewegungen und Massenorganisationen von fünf Kontinenten zur Ersten IWA-Generalversammlung vom 5. bis 6. Juli 2011 auf die Philippinen eingeladen worden. Die philippinische Frauenbewegung Gabriela, die sich als Dachorganisation der Widerstandsbewegung von Frauen gegen die Marcos-Diktatur im Jahr 1984 gegründet hatte und über eine starke Basisorganisierung verfügt, hatte die Vorbereitungen am Austragungsort übernommen. Unter dem Motto „Bringt die globale antiimperialistische Frauenbewegung voran! Stärkt die internationale Frauenallianz!“ kamen 99 Delegierte und Beobachterinnen von 67 Organisationen aus Argentinien, Ecuador, Australien, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Kenia, Malaysia, Neuseeland, Pakistan, den Philippinen, Süd-Korea, Sri Lanka, Taiwan, den USA, Kanada, Deutschland, den Niederlanden und Kurdistan in Quezon City zusammen, um die Erfahrungen ihrer Kämpfe auszutauschen und über gemeinsame Strategien für den Aufbau einer kämpferischen globalen Frauenbewegung im 21. Jahrhundert zu diskutieren.

Insbesondere die Vielfalt von Frauenorganisationen, die zum Netzwerk von Gabriela in verschiedenen asiatischen Ländern gehören und vertreten waren, ermöglichte einen Einblick in die Vielzahl von Problemen und Fronten, an denen Frauen kämpfen: Bewohnerinnen der Slumgebiete berichteten von ihrem Widerstand gegen den Abriss ihrer Unterkünfte und staatlicher Vertreibungspolitik. Ehemalige politische Gefangene wie Angie Ipong, die kurz zuvor aus der Haft entlassen worden war, sprach über ihren Kampf um die Bewahrung ihrer Würde und politischen Identität. Vertreterinnen von Migrantinnen- und Hausarbeiterinnenorganisationen brachten ihre prekäre Situation zur Sprache. Frauen aus Umweltschutz-, Gewerkschafts- und Landrechtsbewegungen gaben Beispiele von Fabrik- und Landbesetzungen, die Bestandteile ihres Überlebenskampfes sind. Vertreterinnen des Netzwerkes von Lesben und Transgender berichteten von ihrer stärker werdenden Organisierung und ihrem Widerstand gegen Angriffe der Katholischen Kirche. Eine Repräsentantin des Frauenvereins gegen Frauenhandel forderte die Anwesenden zur Solidarität mit dem Kampf von Frauen und Kindern in der Prostitution auf. Neben Akademikerinnen, Künstlerinnen und Kirchenmitarbeiterinnen waren auch die Kongressabgeordneten der Gabriela-Frauenpartei Liza Maza und Luzviminda Ilagan vertreten.

Mit der Verabschiedung eines Grundlagenpapiers über die Ausgangspunkte und Ziele der Frauenallianz, der IWA-Satzung und eines Aktionsplans legten die Delegierten der ersten Generalversammlung ein wichtiges Fundament für die Stärkung der Internationalen Frauenallianz.

Frauenpolitik als Alternative zur patriarchalen, staatlichen Machtpolitik

In einem Interview berichtete die Kongressabgeordnete und Vorsitzende der Gabriela-Partei Luzviminda Ilagan von ihren Arbeiten und über den Weg, der zur Gründung der IWA führ-



Versammlung von Gabriela zur Organisierung des Widerstands gegen Zwangsräumungen im Viertel Foto: Ann-Kristin Kowarsch

te. Luzviminda Ilagan ist Gründungsmitglied der Gabriela-Frauenbewegung und seit 1984 in der Frauenpolitik aktiv. Sie war am Widerstand beteiligt, der die Marcos-Diktatur zu Fall brachte. Heute ist sie in der zweiten Legislaturperiode Abgeordnete der Gabriela-Partei im Parlament der Philippinen.

Wie entstand die Idee, eine Gabriela-Frauenpartei aufzubauen? Begreift sich die Gabriela-Frauenpartei als Teil der Massenbewegung der Frauen auf den Philippinen?

Natürlich bestand die Frauenbewegung Gabriela schon als ein Teil der Massenbewegung für soziale und politische Veränderung auf den Philippinen. Die Frauenbewegung spielte damals eine Führungsrolle in den Kämpfen gegen die Marcos-Diktatur. Danach setzten wir uns aktiv für Frauenrechte ein und verteidigten insbesondere die Rechte von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt waren. In der Regierungszeit von Corri Aquino wurde ein neues Gesetz erlassen, das die Kandidatur von Parteilisten ermöglichte. Von Anfang an hatte Gabriela keine Illusionen, dass sich das System durch eine Vertretung im Parlament verändern ließe. Denn es ist ein reaktionäres System und das sind reaktionäre Institutionen. Jedoch beschlossen wir das System der Parteilistenkandidatur für unsere Belange zu nutzen. Vor diesem Hintergrund gründeten wir die Gabriela-Frauenparteiliste. Bei den ersten Wahlen konnten wir nur einen Kongresssitz gewinnen, unsere erste Abgeordnete war damals Liza Maza. Dann verstärkten wir jedoch unsere Basisorganisierung und unser Stimmenanteil nahm zu. Denn die Frauen bemerkten, dass es für sie gut war, eine Stimme im Parlament zu haben.

Was sind die wichtigsten Errungenschaften, die die Gabriela-Partei im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit erreichen konnte?

Insbesondere durch die Unterstützung einer Massenbewegung der Frauen in allen Teilen des Landes haben wir die Anerkennung als Verteidigerinnen von Frauenrechten und -interessen gewonnen. Selbst traditionelle Politikerinnen akzeptieren mittlerweile Gabriela als eine Kraft. Umgekehrt versuchen wir natürlich auch Einfluss auf diese PolitikerInnen zu nehmen und sie für die Unterstützung unserer Belange zu gewinnen. Es gelang uns, die korrupte Regierungspolitik bloßzustellen. Wir konnten die Streichung einiger frauenfeindlicher Gesetze erreichen. Des Weiteren zeigten wir die Manipulation der Regierung auf, mittels derer die neo-kolonialen, halbfeudalen und patriarchalen Strukturen aufrechterhalten werden, die Frauen unterdrücken. Dabei benutzten wir eine sogenannte Doppeltaktik: Während wir einerseits gegen die ungerechten Gesetze der Regierung protestierten, bereiteten wir unsere eigenen Gesetzesinitiativen und eine Lobby zur Durchsetzung von Frauenrechten vor. Wir waren eine treibende Kraft für die Bewilligung von Gesetzen im Interesse von Frauen, wie z. B. das Gesetz gegen sexuelle Belästigung oder das Gesetz gegen Frauenhandel. Nicht alle unsere Initiativen waren erfolgreich. Wenn wir jedoch Probleme im Plenarsaal ansprechen, dann sind auch die traditionellen PolitikerInnen gezwungen, uns zuzuhören und auf unsere Forderungen für marginalisierte Teile der Gesellschaft einzugehen.

Was waren die größten Schwierigkeiten, die Ihnen in der parlamentarischen Politik, die von patriarchaler Machtpolitik gekennzeichnet ist, begegnet sind?

Eines der größten Hindernisse war, dass die anderen Abgeordneten so gut wie alle aus der herrschenden Klasse stammen. Viele Kongressabgeordnete und Regierungsmitglieder sind zugleich in den Vorständen großer multi-nationaler Konzerne, die die Märkte und die Politik dominieren. Deshalb denken sie nur an ihren eigenen Profit und unterstützen die imperialistische Politik der Globalisierung und der Freihandelszonen. Ein weiteres Hindernis ist die Katholische Kirche, die sehr patriarchal und feudal ist. Sie blockiert u. a. unsere Gesetzesentwürfe zur Verteidigung reproduktiver Rechte von Frauen und für die Reform des Scheidungsrechts.

In vielen Ländern haben Frauenbewegungen zumeist vorrangig um rechtliche Gleichstellung gekämpft. Jedoch zeigt sich heute, dass sich trotz formalrechtlicher Gleichstellung kaum etwas an der Lebensrealität von Frauen geändert hat. Insbesondere Gewalt gegen Frauen in der Familie und andere Formen patriarchaler Gewalt nehmen eher zu als ab. Welche Auswirkungen haben die progressiven Gesetze, die Sie durchsetzen konnten, auf die Lebensrealität von Frauen?

Die Durchsetzung von Gesetzen ist ein Teil der Geschichte, deren Anwendung ein anderer. Beispielsweise gibt es jetzt bei uns ein Gesetz zur Verhütung von familiärer Gewalt gegen Frauen und deren Kinder. Andererseits gibt es die Schwierigkeit, dass Frauen immer noch davor zurückschrecken, gewalttätige Ehemänner anzuzeigen. Das heißt, wir müssen die Frauen an der Basis noch besser organisieren, ausbilden und aufklären, damit sie ihre Rechte auch nutzen können.

Meinen Sie, dass es möglich ist, die Politik von einer Frauenperspektive aus neu zu gestalten und eine Alternative zur patriarchalen, staatlichen Machtpolitik zu entwickeln?

Wir sind momentan dabei, eine solche alternative Politik mit einer Frauenperspektive zu entwickeln. Aber es ist ein sehr schwieriger Prozess. Denn es erfordert nicht nur, Denksysteme und Logiken neu zu hinterfragen. Zugleich ist es notwendig, den Frauen begreifbar zu machen, dass sie die Führungsposition in diesem Kampf einnehmen sollten. Jedoch ist die Basis dafür in der parlamentarischen Arbeit sehr schwach.

In welcher Hinsicht können Frauen aus anderen Ländern von den Ergebnissen der Arbeit und den Kämpfen der Frauenbewegung auf den Philippinen profitieren?

Wir machen eine Menge Netzwerk- und Solidaritätsarbeit innerhalb und außerhalb unseres Landes. Gabriela ist sehr stark beim Aufbau internationaler Bündnisse mit Frauenorganisationen im Ausland. Wir beteiligen uns aktiv an internationalen Konferenzen. Und so stellten unsere Anstrengungen und unsere Erfolge auch schon für Frauen aus anderen Ländern ein Vorbild dar. Aber genauso bemühen auch wir uns, von den Kämpfen anderer Frauen und Frauenbewegungen zu lernen. Das gilt insbesondere für Frauenbewegungen, die aus Ländern kommen, in denen ein politischer Kampf um Unabhängigkeit oder Befreiung geführt wird. Einer solchen Solidarität können wir durch Konferenzen – wie beispielsweise die Generalversammlungen der IWA – Kontinuität und Tiefe verleihen.

Sie sind eine der Initiatorinnen, die an der Gründung der IWA beteiligt waren. Wie begann dieses Vorhaben?

Ursprünglich war nur eine Zusammenkunft, ein Treffen von Frauen in Montreal in Kanada geplant. Jedoch kamen hier Frauen von diversen Kulturen – women of colour –, Frauen aus unterschiedlichen Ländern mit dem gemeinsamen Ziel, die Rechte von Frauen zu erkämpfen, zusammen. Und die Frauen brachten konkrete Aktionsvorschläge und eine Organisierungsperspektive in die Diskussionen ein. So sahen wir es als unsere Aufgabe als Feministinnen an, uns als Frauen gegenseitig in unserem Kampf um Befreiung zu unterstützen. Ein genereller Aktionsplan zum Aufbau einer Internationalen Frauenallianz war im Rahmen der Internationalen Liga der Kämpfe der Völker (ILPS) zuvor formuliert worden. Damit verfolgten wir das Ziel, eine gemeinsame Aktionsplattform von Frauen aufzubauen. Wir wollten Frauen aus allen Bereichen der Gesellschaft in diesen Prozess einbeziehen, insbesondere jedoch Vertreterinnen von Bäuerinnen- und Arbeiterinnenbewegungen und Repräsentantinnen von politischen Kämpfen. In diesem Sinne können wir IWA als das Kind der Mühen und der Arbeit der Frauen bezeichnen, die mit diesem Projekt letztes Jahr in Kanada begonnen haben. Wir können viel im Austausch und in der Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisationen lernen. Es erweitert unseren Horizont und gibt uns Kraft für neue Schritte. ♦



Auf der IWA-Pressekonferenz   Foto: Ann-Kristin Kowarsch

Tunesien: Soziale Dynamik & Strukturen in der Revolution

Bernard Schmid, Journalist

Der Funke des „Arabischen Frühlings“ 2011 ging von Tunesien aus. Dort floh der seit November 1987 ununterbrochen regierende – (und periodisch bei „Wahlen“ mit jeweils über 90 % der Stimmen amtlich bestätigte) – Präsident Zine el-Abidine Ben ′Ali am Abend des 14. Januar d. J. außer Landes. Seitdem lebt er im saudi-arabischen Djidda in einem vergoldeten Exil.

Unmittelbarer Auslöser der Revolte, die Tunesien in diesem Ausmaß seit einem Generalstreik vom 26. und 27. Januar 1978 und den „Brotpreisunruhen“ vom 27. Dezember 1983 bis 06. Januar 1984 nicht erlebt hatte – die letzte breite soziale Protestbewegung im Juni 2008 erfasste vor allem das Phosphat-Bergbaubecken von Gafsa –, war der Selbstmord eines jungen Prekären. Am 17. Dezember 2010 übergoss sich der 26-jährige Mohammed Bou’azizi in der 40 000 Einwohner/innen zählenden zentraltunesischen Stadt Sidi Bouzid mit einer brennbaren Flüssigkeit, Terpentin, und zündete sich an. Voraus gingen zahlreiche Schikanen durch die örtliche Polizei. Beim letzten Mal hatte eine Polizistin dem jungen Mann, der Abitur hat, aber sein Leben durch „illegalen“ Gemüseverkauf auf dem Markt fristen musste, seine Waren abgenommen. Bou’azizi wollte sich auf dem Polizeipräsidium beschweren, wo man ihn zum Teufel schickte. Daraufhin beging er vor den Türen des Gebäudes seine Verzweiflungstat.

Fünf Tage später, am Abend des 22. Dezember 2010, kam es in derselben Stadt zu einem neuen (weniger bekannt gewordenen) Drama: Der junge Arbeitslose Houcine Neji, 24 Jahre alt, kletterte auf einen Strommasten und stürzte sich vor den Augen einer Menge – die sich inzwischen unten versammelt hatte – in die 30 000-Volt-Leitungen. Unter den Worten *„Kein Elend mehr, keine Arbeitslosigkeit mehr“* stürzte er sich in den Tod. Am 26. Dezember stürzte der 34-jährige Lotfi Guadri sich in fünf Kilometer Entfernung von Sidi Bouzid, in Gdera, absichtlich in einen Brunnen und ertrank. Anderthalb Wochen später, am 04. Januar 2011, starb Mohamed Bou’azizi in einem Spezialkrankenhaus in Tunis an seinen Verletzungen.

Doch Mohamed Bou’azizi war nicht allein das Opfer polizeilicher Schikanen. Er wurde auch zum Sinnbild einer „verlorenen Generation“, einer Jugend mit Schul- und oft Hochschul-Abschlüssen, aber ohne Chancen auf einen halbwegs erträglichen Job.

Von der Revolte zur (demokratischen) Revolution

Schon wenige Stunden, nachdem Mohamed Bou’azizi in Flammen gestanden hatte, versammelten sich zahlreiche Elendsgenossen in Sidi Bouzid auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Ihr Protest schwoll schnell an, und in den darauffolgenden beiden Tagen gingen die Niederlassung der Staatspartei RCD (Demokratische Verfassungspartei), Autoreifen und ein Polizeiauto in Flammen auf. Polizisten wurden mit Steinen beworfen. Die sonst übliche bleierne Angst vor den „Sicherheitskräften“ wich der Wut. Die Bewegung breitete sich schnell aus. Am Wochenende des 25. und 26. Dezember 2010 erreichte sie die Hauptstadt Tunis, wo erste Demonstrationen stattfanden. Nochmals massiv verbreitet wurde sie ab dem 03. Januar 2011 durch das Ende der Schul- und Hochschulferien.

Das auslösende Element der Massenproteste, die innerhalb der kommenden anderthalb Wochen die Abdankung des Präsidenten Ben ’Ali erzwingen konnten – nachdem die polizeiliche Repression gegen die Demonstrationen insgesamt 230 Tote gefordert hatte –, war also klar eine soziale Revolte. Dennoch beschränkte sich die Bewegung nicht darauf. Vielmehr wurde der Protest, je schneller er wuchs, de facto zur klassenübergreifenden, demokratischen Massenbewegung, die endlich die bleierne Ruhe von 23 Jahren polizeistaatlicher Diktatur und stickiger gesellschaftlicher Atmosphäre durchbrach. Eine wesentliche Rolle spielten dabei etwa auch die Anwältinnen und Anwälte. Deren Berufsstand (auch wenn er natürlich auch rein gewinnorientierte, dem Regime und/oder der Geschäftswelt nahe stehende Mitglieder hatte) war traditionell politisiert: Als Anwalt oder Anwältin gegenüber einem Staat, dessen Strukturen notorisch korrupt waren, der sich selbst

nicht an eine Rechtsbindung hielt, der die eigenen Gesetze übertrat und vielfach Folter praktizierte, tätig zu sein: Dies bedeutete notwendig die Bereitschaft dazu, auch mit den Machthabern im Konflikt zu stehen.

Die Rolle der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft

Ab der zweiten Januarwoche 2011 trat auch der Gewerkschafts-Dachverband UGTT (*Union générale tunisienne du travail*, Allgemeine tunesische Werktätigen-Union) in die Protestbewegung ein. Einige seiner regionalen Strukturen und Branchenverbände – entgegen anderslautenden Gerüchten jedoch nicht der Dachverband selbst – riefen für den 14. Januar 2011 die abhängig Beschäftigten zu einem Generalstreik auf. Just an jenem Tag floh Präsident Ben ’Ali, auf Drängen seiner engeren Umgebung hin, außer Landes.

An ihrer Spitze hatte die UGTT zwar bis dahin unter der Kontrolle des Staatsapparats gestanden. Verantwortlich dafür war eine Mischung aus Korruption, Ämterkauf, Repression gegen missliebige Mitglieder oder Gewerkschaftsfunktionäre sowie materiellen Vorteilen für „auf Linie“ befindliche Bürokraten. Eine große Anzahl ihrer Apparatschiks waren gleichzeitig Abgeordnete der Staatspartei RCD. Doch mehrere ihrer Branchenverbände standen bis zuletzt deutlich oppositionell zum Regime. Beispielsweise die Branchengewerkschaft der Mediziner im öffentlichen Krankenhausdienst, der Lehrerinnen und Lehrer, im Post- und im Fernmeldewesen. Ebenso standen mehrere regionale Untergliederungen der UGTT, so im Bergbaubecken von Gafsa – Schauplatz der letzten größeren sozialen Massenrevolte, von Januar bis Juni 2008 –, in Opposition zum Regime wie zur Bürokratie des eigenen Dachverbands. Dabei bildete sich in der letzten Phase des Regimes aus der Verquickung des Gewerkschaftsmilieus mit den Milieus von Frauenrechtlerinnen, widerständigen Anwälten, linken Aktivisten … eine Art „Gegengesellschaft“ heraus.

Auch und gerade nach dem Sturz Ben ’Alis fanden in Tunesien eine Reihe von Streikbewegungen statt. In der Anfangsphase forderten diese oft die Auswechslung von als korrupt verschrienen, durch ihre enge Verbindung mit dem Ben ’Ali-Regime belasteten Direktoren und Betriebsleitern. Was nicht mit dem Bestreben nach Aufbau eines sozialistischen Rätesystems in den Unternehmen, wie manche Linke es auf die Situation projizierten, verwechselt werden darf. Im Vordergrund stand der demokratische Aspekt, d. h. der Wunsch nach Auswechslung des Personals der alten Diktatur und nach Beendigung der Korruption.

Ende Januar 2011 beispielsweise „entließen“ die Angestellten der Versicherungsgesellschaft **Star** ihren Leiter, bei der Nationalen Landwirtschaftsbank wurde der Manager ebenfalls aus dem Amt vertrieben. Und auch beim tunesischen Unternehmerverband, Utica, wurde der bisherige Vorsitzende Hedi Jilani durch Proteste verjagt. Im tunesischen Fernsehen übernahmen Gewerkschafterkomitees zum selben Zeitpunkt vorübergehend die Kontrolle über die Nachrichtensendung.

Auch Monate später fanden weiterhin Aufsehen erregende Streiks in Tunesien statt. Einer der wichtigsten Streiks fand den ganzen Monat Mai und die erste Junihälfte 2011 über bei *Tunisie Télécom* statt. Seit einer Teilprivatisierung des Unternehmens im April 2006 hatte dieses externe Berater und Manager – mehrheitlich Auslandstunesier – zu, im Vergleich zu den Löhnen des übrigen Personals, astronomischen Gehältern eingestellt. Eine Vereinbarung mit den Streikenden vom 16. Juni 2011 sieht nunmehr vor, dass 53 von 63 der besonders kritisierten Manager gefeuert werden. Bei einem der größten tunesischen Wirtschaftsunternehmen, Poulina Group Holding (PGH), konnten streikende Beschäftigte relativ stattliche Lohnerhöhungen durchsetzen. Hingegen scheiterten sie bei dem Versuch, die Entlassung eines als korrupt verschrienen und mit der Mafia Ben ’Alis in Verbindung stehenden Direktors einer Filiale zu erzwingen: Der Streik wurde mit einer Aussperrung beantwortet, die Streikenden mussten an dem Punkt nachgeben. Dies deutet darauf hin, dass die Forderung seitens der Lohnabhängigen, über die Absetzung eines (in diesem Falle besonders korrupten) Direktors mit zu entscheiden, die „Entscheidungsträger“ ganz besonders störte – stärker als die erhobenen Lohnforderungen.

Insofern war es der Protestbewegung zumindest gelungen, einen gewissen Einfluss auf die Investitionspolitik und die Ziele der wirtschaftlichen Aktivität zu nehmen.

Beim größten Exportunternehmen Tunesiens, der im Chemiesektor tätigen *Groupe chimique tunisien* (GTC), konnte die Einstellung von 3 500 jungen Arbeitslosen erzwungen werden. Zu diesem Zweck wurden neue Aufgabenbereiche in dem Unternehmen geschaffen, die sich künftig um die Entgiftung der Umwelt in Südtunesien – wo die Hinterlassenschaften des Phosphatbergbaus bislang in die Landschaft gekippt worden waren –, die Entseuchung von Oasen und Wiederaufforstung kümmern. Insofern war es der Protestbewegung zumindest gelungen, einen gewissen Einfluss auf die Investitionspolitik und die Ziele der wirtschaftlichen Aktivität zu nehmen. Zwar noch nicht so weitgehend wie im Optimalfall einer sozialistischen Selbstverwaltung, dennoch konnte ein Teil der Aktivität des Unternehmens in gesellschaftlich sinnvolle Bahnen gelenkt werden.

Insgesamt jedoch dominiert in Tunesien zur Jahresmitte 2011 eine durch breite Kreise pessimistisch bewertete wirtschaftliche Situation, und damit einhergehend ein Beginn einer gewissen Resignation. Auch wenn man die wahlpolitische Ebene sicherlich nicht überbewerten darf – die Linke sollte die außerparlamentarische Ebene sicherlich höher bewerten –, so wird doch die ziemlich schleppend verlaufende Einschreibung der Stimmberechtigten auf die Wählerlisten für die ersten freien und pluralistischen Wahlen in Tunesien (die am

23. Oktober stattfinden sollen) auch als Indiz dafür betrachtet. In der dritten Augustwoche hatten 50 bis 55 Prozent der Stimmberechtigten sich eingeschrieben. Der Hintergrund für die sich ausbreitenden wirtschaftlichen Befürchtungen: Während der Tourismus in Tunesien im ersten Halbjahr 2011 einen starken Einbruch erlebt hatte, droht ein Teil der (einheimischen wie der internationalen) Bourgeoisie mit dem Abzug ihrer Investitionen ins Ausland und versucht die „zu viel streikende und zu viel protestierende“ Bevölkerung auf diesem Wege einzuschüchtern. Im ersten Semester 2011 erfuhr die tunesische Ökonomie eine Schrumpfung um –7,4 %.

Eine weitere Ebene der Selbstorganisierung, jenseits von betriebs- oder arbeitsbezogenen sozialen Kämpfen, war vor allem in der Anfangsphase der Revolution im Januar/Februar 2011 die Schaffung von Stadtteilgruppen. Diese Erscheinung, die auch in Ägypten beobachtet wurde, beruhte zunächst ebenfalls nicht auf dem politischen Willen zur Errichtung eines sozialistischen Rätesystems, sondern auf örtlichen Notwendigkeiten, die mit der Sicherheit der Bewohner/innen zusammenhing. Im Zusammenhang mit den Umbrüchen gingen viele Polizisten der bisherigen Diktatur unter Ben ’Ali – darunter nicht wenige in Zivil arbeitende Mitglieder der molochartigen Nachrichtendienste, oder Angehörige von besonders repressiven Eliteeinheiten, die fürchteten, unter einem neuen Regime zu „belastet“ für eine Karriere zu sein – zu blankem Terror über. In Vororten von Tunis wurde nächtlich wild um sich geschossen, um den Anschein von „Chaos und Anarchie“ (nicht im Sinne der anarchistischen Utopie von herrschaftsfreier Gesellschaft, sondern des bürgerlichen Begriffs von „Unordnung“) zu erwecken. Dadurch sollte der Bevölkerung eingetrichtert werden, dass die Alternative laute: „das bestehende Regime oder das Chaos“. Allgemein sollte ein Unsicherheitsgefühl erweckt werden. Hinzu kam, dass zahllose Strafgefangene – rund 11 000 – während der Umbrüche aus den Haftanstalten fliehen konnten, von denen einige die Gelegenheiten zu Diebstählen nutzten, um sich in der neugewonnenen Freiheit über Wasser zu halten. Vor diesem Hintergrund bildeten sich Nachbarschaftsräte, die beispielsweise als *Conseils de quartier* (Wohnviertel-Räte) bezeichnet wurden. Selbige sollten sich um die Organisierung der Bewohner/innen zwecks Aufrechterhaltung der Sicherheit auch ohne Polizei, etwa durch gemeinsame Rundgänge oder erhöhte Wachsamkeit im Wohngebiet, kümmern.

Eine weitere Ebene der Selbstorganisierung, jenseits von betriebs- oder arbeitsbezogenen sozialen Kämpfen, war vor allem in der Anfangsphase der Revolution im Januar/Februar 2011 die Schaffung von Stadtteilgruppen.

Die politische Natur dieser provisorischen Komitees war durchaus schillernd. Die tunesische Armee, die – ähnlich wie in einer allerersten Phase (vor der Abdankung von Präsident Hosni Mubarak am 11. Februar 2011 und dem Antritt einer Militärregierung, des SCAF – *Supreme Council of armed forces*) zunächst auch die ägyptische Armee – die Revolution begleitete und anders als Polizei und Milizen nicht auf die Protestierenden schoss, genoss in weiten Teilen der Bevölkerung noch ein gewisses Vertrauen. An manchen Orten war sie es, die die Bevölkerung zur Bildung solcher Nachbarschaftsräte aufrief. An anderen Orten hingegen war ihre Schaffung das Ergebnis eines spontan „von unten“ kommenden Prozesses. Auch die Zielsetzung unterschied sich zum Teil von Örtlichkeit zu Örtlichkeit: Mancherorts ging es den Bewohner-inne-n vor allem darum zu zeigen, dass sie auch ohne die „Sicherheits“kräfte des autoritären Regimes auskämen. An anderen Orten, etwa in wohlhabenderen Wohngegenden oder auch manchen Mittelklassevierteln, ging es dagegen eher um Schutz vor Plünderungen und die Abwehr von als Bedrohung wahrgenommenen Regungen der Armutsbevölkerung.

Auf überörtlicher Ebene kam es zunächst zu keinem Zusammenschluss dieser Nachbarschaftsräte, von denen einige auch über die Monate hinweg weitermachten und zum Teil auch zum Forum für politische Diskussionen wurden. In jüngerer Zeit kam es dagegen zu Zusammenschlüssen: Am 07. August 2011 schlossen sich etwa die „Komitees und Räte für den Schutz der Revolution im Großraum Tunis“ (*conseils et comités de protection de la révolution du Grand Tunis*) auf einem gemeinsamen Treffen in El-Wardia, einem Stadtteil im Süden von Tunis, zusammen. Es gibt allerdings seit Monaten auch auf nationaler Ebene einen „Rat für den Schutz der Revolution“, in dem alle wesentlichen politischen Kräfte – von der radikalen Linken bis zu den Islamisten – vertreten sind: Seine Gründung war zu Anfang des Jahres, im Februar 2011, das Zugeständnis der bürgerlichen Übergangsregierung an die außerhalb von ihr stehenden politischen Kräfte, um ihnen zu versichern, eine gewisse Kontrolle über den Übergangsprozess zu behalten. Ein Teil der radikalen Linken ist jedoch inzwischen der Auffassung, dass man damals in die Falle einer Institutionalisierung getappt sei, da die Aufgaben des Gremiums nicht genau bestimmt seien, während die bürgerliche provisorische Regierung die reale Kontrolle über den Übergangsprozess behalte. Als einen seiner ersten Beschlüsse entschied der Zusammenschluss im Raum an jenem ersten Augustsonntag, eine Kampagne für die Freilassung von jugendlichen Demonstranten zu führen, die bei einer der zahllosen kleineren Protestaktionen der Wochen zuvor und bei Scharmützeln mit der Polizei festgenommen worden waren. ♦

Hochzeit der Möwen. Ein Roman.

Schicksal und wahre Dichtung?

Buchbesprechung von Susanne Roden



Merih Günay:
Hochzeit der Möwen. Roman
Übersetzt von Hülya Engin.
Verlag Picus
ISBN: 978-3-85452-640-7,
1. Aufl. 03.2009
gebunden, ca. 120 S.
16,90 EUR[D]

Der Umschlag der deutschsprachigen Ausgabe zeigt ein zerborstenes Fenster mit verkohltem Holzrahmen und einen jungen Mann in rückwärtiger Ansicht, Hände in den Hosentaschen, schaut rechts am Bildrand in ein undefinierbares helles Licht. Es sieht nach einem Erdbeben oder einer Feuersbrunst aus, aber was hat das mit Möwen zu tun und wieso Hochzeit der Möwen?

Möwen, Küste, frische Seeluft, Wellen, in den Hafen laufende Kutter mit den Vogelschwärmen im Schlepp, dazu das Gekreische aus dem Himmel. Sofort stellen sich Assoziationen ein. Das Friesenlied „Wo die Möwen schreien schrill im Sturmgebraus, da ist meine Heimat, da bin ich zu Haus“ (eigentlich in Platt).

Die Raben der Meere sind wahre Überlebenskünstler und durch ein intelligentes und anpassungsfähiges Wesen in ihrer Überlebensstrategie dem Menschen recht nahe. Sie machen das Beste aus den Lebensbedingungen, die ihnen gegeben sind.

Die eigentliche Hochzeit der Möwen – Balz und Paarung – findet in der Regel an Land im Revier des Männchens statt, wenn ein Weibchen einfliegt oder schwimmt. Das Männchen empfängt den nahenden Gast in Vorwärtspose und mit extrem nach oben gerichtetem Schnabel. Ein zusätzliches Jauchzen soll verhindern, dass ein fehlgeleitetes Männchen dort landen könnte. Ein Kontakt suchendes Weibchen hingegen nimmt ebenfalls diese Pose unter Jauchzen „kiau…kiau…kiau“ ein und das geht dann so lange, bis ein Partner den Kopf ruckartig zur Seite dreht. Dieses Wegdrehen ist das Zeichen des Nichtangriffs. Nach mehreren Tagen dieser Begrüßung beginnt das Weibchen mit dem Nestbau, dann beginnen das Partnerfüttern und die Begattung, wobei das Männchen mit ausgebreiteten Flügeln rhythmisch schlägt, den Hinterkörper senkt und den Schwanz seitlich schwenkt. Sobald sich die Schwänze berühren, löst das Wackeln das Schwanzheben beim Weibchen aus und die Kopula wird vollzogen.

Wenn man sich das Umschlagbild vor Augen führt, dann lässt der Titel des vorliegenden Buches nichts Gutes erahnen, was das Image der Möwen angeht.

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschte ein positives Bild des eleganten Vogels vor. Für die Seefahrer immer ein Zeichen der nahenden Küste, für viele Küstenbewohner bedeutete das Eiersammeln eine sichere Einnahmequelle, Jungvögel dienten als Nahrung, Daunen und Federn zur Kissenfüllung und vor dem Hintergrund schrieb Christian Morgenstern auch sein bekanntes „Möwenlied“:

Die Möwen sehen alle aus,
als ob sie Emma hießen.
Sie tragen einen weißen Flaus
und sind mit Schrot zu schießen.
Ich schieße keine Möwe tot,
ich lass sie lieber leben –
und füttre sie mit Roggenbrot
und rötlichen Zibeben.
O Mensch, du wirst nie nebenbei
der Möwe Flug erreichen.
Wofern du Emma heißest, sei
zufrieden, ihr zu gleichen.

Unter anderen Werken der Literatur, die die Möwe im Titel nutzen, fällt mir sofort Anton Tschechows Drama „Die Möwe“ aus dem Jahr 1899 ein. Tschechow hat sein Theaterstück, ein Nachdenken über das menschliche Dasein, als eine Komödie bezeichnet. Die Hauptfigur, Sohn einer Schauspielerin, möchte ein berühmter Schriftsteller werden. Er erreicht zwar den ersehnten Erfolg, scheitert aber als Mensch an der Realität und nimmt sich das Leben.

Im Jahr 1943 veröffentlichte der Ungar Sándor Márai das Buch „Die Möwe“, in dem es um die innere Zerrissenheit eines Lebens geht. Seinem Romanhelden fallen beim Überqueren der Donaubrücke auf einmal die vielen Möwen auf, die von weit her kommen und hierhin und dorthin geweht werden. Der Schauplatz für den Roman ist das winterliche Buda-

pest, kurz bevor Ungarn direkt in den 2. Weltkrieg mit eintritt.

Eine weitere bekannte Veröffentlichung ist das Buch von Richard Bach „Die Möwe Jonathan“ (1989), ein Roman, in dem eine Möwe für ihre Selbstverwirklichung eintritt und allen Widrigkeiten zum Trotz sich der Vervollkommnung ihres Fluges widmet und dies als den Sinn des Lebens sieht.

Aber das positive Bild der Möwe bröckelt gewaltig und spätestens seit dem Animationsfilm „Findet Nemo“, in dem die Möwen sprachlich reduziert werden auf die einzige Vokabel „meins, meins, meins“ – was auf die Zankerei um Futter abzielt –, wird dies deutlich.

Die Möwe ist dort mit einem scheinbar stählernen Magen ausgestattet und verschlingt alles sich ihr Bietende: Kleintiere, Muscheln, Aas, Eier. Dennoch das tägliche Brot ist und bleibt Fisch. Die Möwe ist aber ein schlechter Taucher und somit bedient sich der Vogel gern des über Bord geworfenen Beifangs, also eine leicht eroberte Mahlzeit.

Neben Kuttern und Trawlern als Nahrungsquelle gebrauchen manche Großmöwenarten, wie auch die nahe verwandte Raubmöwe, außerdem noch den Diebstahl in der Luft, den sogenannten Kleptoparasitismus. Dabei greifen sie von der Jagd heimkehrende Vögel an und drängen sie durch Attacken, ihre Beute aufzugeben. Sobald diese dann den Fang fallen lassen, schnappt ihn sich die Möwe im Flug.

Durch die Entwicklung der modernen Wegwerfgesellschaft gab es in vielen Küstenstädten in den letzten Jahren eine regelrechte Möwen-Invasion. Diese Stadtmöwen finden heute auf den Mülldeponien ein Schlaraffenland. Die Verlagerung ihrer Nistplätze auf Häuserdächer birgt allerdings gewisse Risiken für den Menschen im Miteinander mit den Möwen, denn die Möwe ist zum Letzten entschlossen, wenn es um die Verteidigung des Nachwuchses geht.

Im vorliegenden Band von Merih Günay, der 1969 in Istanbul geboren wurde, geht es nun also nicht um Möwen. Er beginnt mit den Worten: „ Es war kein schlechtes Jahr – ich lebe – kann noch immer trinken und Liebe machen …“

Der Band besteht aus fünf Teilen und der erste Teil beschreibt den durch Erfolg übermütig vor sich hin fabulierenden jungen Schriftsteller, der gerade sein erstes Buch veröffentlicht hat, zudem ein Souvenirgeschäft sein Eigen nennt und vor Kurzem eine neue Eigentumswohnung bezogen hat. Er ist glücklich verheiratet und in Kürze wird das zweite Kind erwartet.

Er beginnt sein Zwiegespräch mit den Worten „Herr unser, Du Gnadenreicher …“ und ist so erfüllt von seinem Enthusiasmus und seinem Glück, dass er erklärt, dass man so doch kein wahrer Dichter sein könne, denn ein Schriftsteller, der etwas auf sich hielte, müsse doch ein Hungerleider, ein Habenichts sein.

Kurze Zeit später muss er erkennen, dass offenbar seine Worte Gehör gefunden haben und sein Wunsch umgehend in Erfüllung geht. Eine Bombe war in der Nähe seines Souvenirladens explodiert und hatte alles zerstört. Zunächst glaubt er noch an die Rückkehr der Touristen und einen neuen Aufschwung, aber dann vergehen die Monate und eine Besserung der Situation tritt nicht ein, seine Frau verlässt ihn. Dann ereilt ihn die Nachricht vom im Sterben liegenden Vater.

Als dieser dann tatsächlich im Krankenhaus verstirbt, tritt unser Romanheld erschöpft vor die Tür und steckt sich eine letzte Zigarette an. Er vernimmt ein herzzerreißendes Kreischen von oben und hebt den Kopf. Es war die Hochzeit der Möwen.

Somit sind wir nun also an dem Punkt angekommen, wo das Möwengeschrei, egal ob nun „kwäär“ oder „gegegeg“, einfach nur ein schlechtes Omen bedeutet.

Der Schrei der Möwe aus dem Himmel als Synonym für Zerstörung und Niedergang, der Vorbote einer nahenden Bestrafung durch eine höhere Macht.

Im Klappentext dieses als Schelmenroman betitelten kleinen Bandes wird ein feines Bild der türkischen Gesellschaft, stellvertretend für jede kapitalistisch ausgerichtete Gesellschaft, gezeichnet in ihrem Umgang mit dem durch Schicksalsschläge niedergestreckten jungen Mann, der als vorher angesehener Bürger nun plötzlich rücksichtslos ausgegrenzt, missachtet und schikaniert wird. Die eigene Familie wendet sich erbarmungslos gegen ihn.

Fast genau in der Mitte des Romans zeichnet sich dann ein Silberstreif am Horizont ab und stille Hilfe schleicht sich langsam beschreibend in die Zeilen ein. Die helfende Person ist eine taubstumme Nachbarin, die durch ihre Behinderung ebenfalls zu einer von der Gesellschaft ausgegrenzten Gruppe gehört. Und genau von dort kommt dann die Solidarität. Diese Nachbarin, an deren Existenz unser bis dahin erfolgreicher und beschäftigter Romanheld zuvor keine Gedanken verschwendet hatte.

Somit ist er sich dann auch nicht sicher, ob diese selbstlos aus reiner Menschenliebe helfende Frau ein Engel in Menschengestalt ist, eine Heilige in Gestalt einer Behinderten oder eine Erscheinung, die ihm aufgrund seiner Leiden zugeteilt wurde. Eine Wahnvorstellung hält er nicht für denkbar, aus dem einfachen Grund: Sie ist dick.

Dankbar und schweigend nimmt er das Angebot der einsamen Frau an, die ihn offenbar vergöttert. Dass er diese Hingabe aber nicht ehrlich und aus vollem Herzen erwidern kann, wird spätestens dann klar, als die bildhübsche Schwester der taubstummen Talin eines Tages unerwartet vor dem Schriftsteller steht. Seine pragmatische Einstellung führt ihn in seinem Schicksal nun wieder an eine neue Schwelle zu Liebe und Glück und er ist aufgefordert, eine folgenschwere Entscheidung zu treffen.

Merih Günay, geboren 1969 in Istanbul, lebt in seiner Geburtsstadt. Er publiziert seit 2001 in Zeitschriften und Auswahlbänden, außerdem erschienen die Romane »Pabuçlarımın Yazarı« (Der Dichter meiner Schuhe, 2004), »Martıların Düğünü« (Hochzeit der Möwen, 2007) »HIÇ« (NICHTS, 2008), für die er zahlreiche Auszeichnungen erhielt. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Die „Lebenden Schutzschilde“ gehen in die Gebiete der Militär-operationen nach Süd-kurdistan Foto: DIHA

Rückseite:
19. Hüseyin-Çelebi-Veranstaltung
YXK | Verband der Studierenden aus Kurdistan

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnen-briefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abge-druckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch aus-zugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahl-reicher Freundinnen und Freunde.

19. Xelatên wêjeyê yên Literaturpreise Hüseyin Çelebi

Hauptprogramm:

17:30-23:00 Uhr
* Cemil Koçgün
* Zelal
* Koma Hîvron
* Necmeddin Xulami
* Zîlan

Nebenprogramm/ Seminare:

14:00- 17:30 Uhr
* Ethminologische Aspekte der kurd. Sprache (Mamoste Samî)
* Völkerrecht und Demokratische Autonomie (Prof. Dr. Norman Paech)
* Feminizid (UTAMARA)

Bir resim çizdim
Hep bakılmasını isterim.
Bir ses oldum hep duyulsun isterim
Ülkeme, dünya'ya, evren'e
RÊBER APO

29.Oktober 2011
Audimax Uni Hamburg
Von-Melle-Park 4
20146 HAMBURG

YEKÎTIYA XWENDEKARÊN KURDISTAN

Hüseyin Çelebi

Org.: Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. (YXK)
www.yxk-online.com






ISSN 0935-5375